



Franz Meyer:

Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen

Beim kommunalpolitischen Kongress der CSU-Niederbayern in Deggendorf erläuterte der Finanzstaatssekretär den Doppelhaushalt 2005/2006. **Seite 15**



Heinrich Frey:

Überzeugende Politik mit Augenmaß

Starnbergs Landrat feierte am 6. Oktober seinen 65. Geburtstag. „Nahe an den Menschen“ lautet das Leitbild seiner Politik. **Seite 16**



Hans Rampf:

Neuer „Bürger-Meister“ für Landshut

Der CSU-Politiker wurde bereits im ersten Anlauf zum Nachfolger des langjährigen Rathauschefs Josef Deimer gewählt. **Seite 13**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 21. Oktober 2004

55. Jahrgang / Nummer 20

Umsetzung von Hartz IV:

Landkreise bestens gerüstet

Landräteseminar in Gerolzhofen

Hartz IV und die Verwaltungsstrukturreform „Verwaltung 21“ bestimmen derzeit bayernweit die politische Diskussion. Was Wunder, dass diese beiden Themen auf der Tagesordnung des zweitägigen Landräteseminars des Bayerischen Landkreistags in Gerolzhofen bei Schweinfurt standen.

Das im Vermittlungsausschuss veränderte Reformgesetz Hartz IV ist für die Verwaltungen nur schwer umsetzbar. Es missachtet nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags alle anerkannten Regeln für ein modernes, bürgerfreundliches und ver-

„Wir wollen unsere Bürger nicht mit leeren Händen dastehen lassen.“ Ungeachtet der noch offenen Rechtsfragen vereinbarten gegenwärtig 64 der 71 Landkreise die Bildung von Arbeitsgemeinschaften mit den Agenturen für Arbeit. Dabei zeigen sich die besonderen Probleme, wenn die eigenverantwortlich handelnden Landkreise auf die hierarchisch organisierten und strukturierten zentralen Agenturen für Arbeit stoßen. Fünf Landkreise werden die Aufgaben in eigener Zuständigkeit erfüllen und zwei Landkreise haben die Optionslösung gewählt. Sie sind damit zu Konkurrenten für die Agenturen für Arbeit geworden.



Landrat Roland Schwing.

waltungsentlastendes Gesetz. 16-seitige Antragsvordrucke und Mammutlösungen für die EDV seien nur die äußeren Anzeichen eines „handwerklich total missglückten Elaborats des Gesetzgebers“. Hartz IV könne in der Wirtschaft keinen Arbeitsplatz neu schaffen, dafür aber würden die Verwaltungsstrukturen aufgebläht, so der Tenor.

Chefsache

Dennoch haben sich die Landräte persönlich der Umsetzung des Gesetzes und der verwaltungsmäßigen Vorbereitungen angenommen. „Hartz IV ist bei uns Chefsache“, erklärte hierzu der Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Miltenbergs Landrat Roland Schwing.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Brandneues Buch über OB Deimer:

„Das Nest im Kopf“

Rechtzeitig zur Frankfurter Buchmesse ist ein besonderes Landshuter Buchprojekt erschienen: „Das Nest im Kopf“ lautet der Titel eines Buches über den dienstältesten Oberbürgermeister Deutschlands, Josef Deimer, der im Dezember nach 35 Jahren sein Amt abgibt.

Bei einem Pressetermin im Rathaus der Drei-Helmen-Stadt präsentierten OB Deimer und sein Team Helmut Stix, Christoph Thoma und Raimund Hackl sowie der Arcos-Verlag die ersten druckfrischen Exemplare. Das 312 Seiten umfassende und mit 700 Farbbildern reichlich ausgestattete Lesewerk ist ein politisches Bilderbuch, das im übertragenen Sinn die Arbeit aller Kommunalpolitiker in ihrer ganzen Vielfalt widerspiegelt.

Das authentisch bebilderte Buch erzählt anschaulich, kenntnisreich, unterhaltsam und spannend vom themen- und terminreichen Alltag des Mannes, der in seine Heimatstadt Landshut verliebt ist, der sein hohes, verantwortungsvolles Amt mit Akkuratheit und Leidenschaft ausfüllt - bis zur letzten Ausschusssitzung und der allerletzten offiziellen Unterschrift, und der nichts so sehr hasst, wie wenn der politische Gegner (oder auch der politische Freund) aus Machtdenken oder Parteiproporz heraus mal wieder „Gutes nicht gut sein lässt“.

Nur Landshuter, die heute älter als 60 Jahre sind, haben je aktiv an einer Oberbürgermeisterwahl teilgenommen, bei der Josef „Dick“ Deimer nicht (erfolgreicher) Kandidat war. Was Wunder, bei sechs Wahlperioden. Die gute Entwicklung Landshuts ist vor großer Kulisse zu sehen, im Dialog mit der Welt, als Spiegelbild der vergangenen 30 Jahre des 20. Jahrhunderts. Nicht nur, weil die deutsche Wiedervereinigung in diese Epoche fällt, gilt der Satz: Die Ära Deimer ist ein Stück Zeitgeschichte. **DK**

Deimer zu Hartz IV:

Hilfeberechtigte bekommen ihr Geld

Die bayerischen Städte arbeiten mit Hochdruck daran, dass das Arbeitslosengeld II pünktlich zum Jahresanfang den Hilfeempfängern überwiesen werden.

Um das sicherzustellen, haben die Kommunen Personal aus anderen Bereichen abgezogen, Urlaubssperren ausgesprochen und fahren teilweise Sonderstunden. Der den Städten auferlegte Zeitplan ist extrem eng. Sie gehen aber davon aus, dass die Umstellung auf das neue Arbeitslosengeld II pünktlich anlaufen kann.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, versicherte: „Wir werden alles tun, damit die Betroffenen ihre Unterstützung rechtzeitig bekommen. Wir wissen, dass Men-



Oberbürgermeister Josef Deimer.

„Stütze“ zwischenfinanzieren zu können.“

Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit

Von den 25 kreisfreien Städten in Bayern arbeiten 22 auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit den örtlichen Agenturen für Arbeit hin. Die Arbeitsgemeinschaft ist dann für die Beziehung des Arbeitslosengeld II zuständig. Die Städte Erlangen und Schweinfurt haben dagegen (Fortsetzung auf Seite 4)

Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler:

Familienförderung im Visier

Mit neuem Profil die Zukunft sichern / Flexible Lebensarbeitszeitmodelle

Wer heute geboren wird, muss als 26-Jähriger für 80 Prozent der Bezüge eines Rentners aufkommen, prognostiziert das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung für das Jahr 2030. Auf 100 Einwohner im Alter zwischen 25 und 65 Jahren kommen dann 77 Einwohner über 65 Jahre. Wie Landesvorsitzender Armin Grein auf einer Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler in Naila konstatierte, sind diese Zahlen schockierend. Noch schockierender sei aber, „dass keine Partei und kein Politiker ernsthaft etwas unternimmt, um diese Entwicklung zu stoppen“.

Vor diesem Hintergrund stellen die Freien Wähler ihren neuen Schwerpunkt „Familie - Betreuung - Schule“ vor. Die FW setzen sich für einen Bewusstseinswandel hin zu einem modernen, offenen und liberalen Gesellschaftsbild ein. Der Erziehung sei dabei der gleiche Rang einzuräumen wie der Erwerbsarbeit. Neue Rahmenbedingungen müssten es jungen Paaren er-

möglichen, sich wieder verstärkt für Kinder zu entscheiden.

Kindergutschein

So sollte nach Ansicht der FW ein sog. Kindergutschein für die Eltern von Neugeborenen eingeführt werden. Dazu gehöre ein Begrüßungsgeld sowie ein Gutschein, der auf zweierlei Weise eingelöst werden könnte:

• Kinderbetreuung in einem ganztägigen Kinderhort für Kinder von null bis drei Jahren (wenn beide Elternteile sich dafür entscheiden, im Beruf zu bleiben).
• Familiengeld, das einen mehr als nur symbolischen Ausgleich für die Einkommensverluste bietet, wenn die Frau/der Mann sich voll der Familie zu widmen möchte.



Landrat Armin Grein.

In Einklang mit der Arbeitswelt

Die Arbeitswelt wiederum ist nach Ansicht der Freien Wähler so umzugestalten, dass Kindererziehung und Erwerbstätigkeit wieder in Einklang gebracht werden können. (Forts. Seite 4)



Die Kommunale Verdienstmedaille in Silber überreichte Innenminister Dr. Günter Beckstein an GZ-Herausgeber Luitpold Braun. Gewürdigt werden damit die vielfältigen Verdienste des Schongauer Landrats vor allem auch für seinen langjährigen Einsatz als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung. Wer sonst noch zu den neuen Ausgezeichneten gehört, finden Sie auf Seite 3.



Die Vorzimmerperle und ihr Bürgermeister sind sich einig: Für ein Privatunternehmen muss sich eine Maßnahme rechnen und meistens rechnet sich nur, was den Kunden Vorteile bringt - siehe Post und Telekom. Nicht zu Unrecht meint der Schriftsteller Salman Rushdie: „Es ist erstaunlich, was man alles lernen kann, wenn man will. Jede Gewohnheit lässt sich ändern.“ **S. 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite	
Jetzt geht es um die Finanzierung des Reformkonzepts	2
100 Millionen für die Förderung der Wirtschaft	2
Gewerbsteuer mittelfristig abschaffen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun:	
Mehr Gelassenheit im Umgang mit merkwürdigen Gestalten	3
Plädoyer für eine Kultur der Verantwortung	3
Kindertagesstättengesetz bringt Fortschritte	4
GZ-Fachthemen	
Kommunal Finanzen	5 - 8
Abfall - Umwelt	9/10
Wasser - Abwasser	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Etatentwurf 2005/2006 im Landtag:

Jetzt geht es um die Finanzierung des Reformkonzepts

Es bleibt dabei: Ab 2006 keine neuen Schulden - Verwaltungsreform geht konform, Änderungen möglich - Opposition sieht das soziale Bayern in Gefahr

Das Reformkonzept nach der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber vor einem Jahr kommt jetzt mit der Einbringung des Doppelhaushalts 2005/2006 im Landtag in ein entscheidendes Stadium. Ungeachtet dessen, dass Einzelheiten der Reformen nach dem Konzept „Verwaltung 21“ in der CSU noch umstritten sind und die Staatsregierung laut Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser und Reformminister Erwin Huber bis Mitte November für Vorschläge aus dem Parlament wie von draußen, z. B. von den Kommunen, noch offen ist, werden im Etat die finanziellen Eckpunkte markiert.

Bereits vor der ersten Lesung des neuen Haushaltsbuches mit 34,8 Milliarden Euro (plus 2,2 %) im nächsten und 35,1 Milliarden Euro (plus 1,0 %) im übernächsten Jahr hat der Finanzminister die Vorlage veröffentlicht und die Diskussion mit der Opposition in Gang gesetzt.

Er zeigte sich mit dem Ergebnis der schwierigen Verhandlungen in Kabinett und CSU-Fraktion „sehr zufrieden“. Gemäß der schon 2003 vorgesehenen Etatperspektive wird jeder Haushalt ab 2006 ohne neue Kreditaufnahme ausgeglichen. Der Vorlage nach müssen nächstes Jahr noch ungefähr eine Dreiviertel-milliarde Euro Schulden gemacht werden, je nach dem, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln. An „Konsolidierungsbeiträgen“ der einzelnen Ministerien und der Staatskanzlei zum Etatgleichgewicht verzeichnet Faltlhausers Vorlage für 2005 knapp 262 Millionen Euro und für 2006 dann 325,6 Millionen Euro.

Tragfähiger Konsens

Zum kommunalen Finanzausgleich stellte Faltlhauser fest, er höre von dieser Seite keine Klagen mehr. Nach schwierigen Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden sei ein tragfähiger Konsens erzielt worden. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund steigt demnach von 11,54 % auf 11,60 %. Die reinen Landesleistungen erhöhen sich 2005 um 8,1 % auf 5,14 Milliarden Euro. Insgesamt wächst der Finanzausgleich um 3,8 % auf 5,67 Milliarden Euro. U. a. übernimmt der Freistaat ab 2006 in drei Jahresschritten die von den Kommunen aufzubringende Solidarumlage („Soli“). Was die staatlichen Fördermittel für kommunale Investitionen betrifft, „konnten Kürzungen vermieden werden“.

Die Investitionen im staatlichen Bereich werden laut Faltl-

hauser in den kommenden beiden Jahren leider die 15% nicht erreichen. Einschließlich Privatisierungserlösen will der Freistaat 12,9 % seiner Mittel in diesem Sinn verwenden und werde damit im Vergleich mit dem Bund und den West-Ländern neben dem Saarland Spitze bleiben. Faltlhauser bestätigte, dass die Steuereinnahmen nach einer beispiellosen Zeit von drei Jahren ständig sinkender Einnahmen und damit falscher Prognosen heuer wieder steigen.

Verkauf von Immobilien

Um das Ziel des Haushalts ohne neue Nettokredite ab 2006 zu erreichen, kündigte der Finanzminister den Verkauf von Immobilien an, deren Bayern rund 19.000 besitzt. Es gebe schon Angebote für einzelne Objekte. Die Königsschlösser oder das Hofbräuhaus werde man aber keinesfalls versilbern. Diese Verkaufaktion hängt auch mit der Verwaltungsreform zusammen. Dabei soll es, wie Faltlhauser und Huber versicherten, jedoch nicht dazu kommen, dass man neue Ämter baut, während bestehende staatliche Gebäude in der Nachbarschaft leer stehen.

Opposition erwartet Einnahmehüberschüsse

Die Opposition reagierte kritisch. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget und sein Haushaltsexperte Dr. Heinz Kaiser sprachen von einer Mogelpackung Haushalt, die den wahren Einnahmeerwartungen nicht entspreche und nicht geeignet sei, die Binnenkonjunktur zu stärken. Kaiser errechnete für nächstes Jahr einen Einnahmehüberschuss des Finanzministers von 737 Millionen Euro. Er und Maget verteidigten mit ihrer Gegenrechnung die Forderung, die Investitionen mehr zu stärken als vorgesehen und den Haushalt

ohne Neuverschuldung auf 2007 oder 2008 zu verschieben. Gegen den Immobilienverkauf hatten sie im Grundsatz nichts einzuwenden. Der Grünen-Haushaltssprecher Thomas Mütze nannte das Zahlenwerk „Doppelhaushalt mit doppeltem Boden“. Das Beharren auf 2006 führe zu unnötigen Härten und riskiere in vielen Bereichen Folgekosten, „die uns in Zukunft teuer zu stehen kommen“.

11.000 Stellen weniger

Zu „Verwaltung 21“ berichtete Huber im Ausschuss für den öffentlichen Dienst (ÖD), insgesamt sollten in den nächsten Jahren 6.000 Planstellen gestrichen werden. Zusammen mit bereits durch die Arbeitszeitverlängerung wegfallenden Beamtenpositionen ergebe sich eine Gesamtreduktion von 11.000, was am Ende jährlich 550 Millionen Euro Einsparung bedeute. Das allein genüge jedoch nicht, um die allmählich von drei auf fünf Milliarden Euro jährlich steigenden Pensionskosten zu decken.

Weniger Gesetze und Verordnungen

Im Zuge der „Verschlankung“ der Verwaltung wurde laut Hü-

Forderung der bayerischen Bauindustrie:

Mit zusätzlichen Kommunaleinnahmen vorrangig die Bauetats aufstocken

„Die bayerischen Städte und Gemeinden dürfen ihre Haushaltsprobleme nicht zu Lasten des dringend nötigen Erhalts und Ausbaus ihrer Infrastruktur lösen.“ Mit diesen Worten kritisierte Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, das kommunale Investitionsverhalten.

Die Kommunen haben 2003 ihre Bauausgaben um 11,8 % zurückgefahren, sie blieben damit um 23,3 % unter ihrem ursprünglichen Ansatz. „Den Rest immerhin mehr als eine Mrd. Euro - haben die Kämmerer zur Eindämmung des kommunalen Gesamtdefizits verwendet“ beklagt Hess. „Das nenne ich einen Raubbau zu Lasten der Zukunftsvorsorge“. Zu leiden habe unter diesem Verhalten auch die Planungssicherheit für Investoren, insbesondere die Bauwirtschaft.

Investitionsstau

Hess fordert Städte und Gemeinden auf, mit Blick auf die um 13,5 % höheren Kommunalsteuereinnahmen ihr Investitionsverhalten für 2004 zu überdenken. „Eine weitere Senkung der für 2004 geplanten kommunalen Bauausgaben um 7,5 % ist angesichts des gewaltigen kommunalen Investitionsstaus unverantwortlich“. Im ersten Quartal 2004 blieben die Kommunen mit ihren Bauausgaben um 7,5 % unter dem entsprechenden Wert im Vorjahr. Hess: „Die Verantwortung für die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfelds des Bürgers verlangt von den Kommunen, jetzt mit den zusätzlichen Steuereinnahmen die notleidenden Investitionsetats aufzustocken.“

Nachdenken über PPP

Den Kommunen empfiehlt Hess, auch verstärkt über PPP (Public Private Partnership) nachzudenken und diesen innovativen Weg mutig zu gehen. Hess: „Aus einer von unserem Verband durchgeführten Umfrage wissen wir, dass in Bayern

ber seit 2003 die Zahl der Gesetze von 346 auf 312 reduziert und die der Verordnungen von 1.162 auf 850. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2008 habe die Regierung den Ehrgeiz, die insgesamt rund 70.000 Seiten Verwaltungsvorschriften um 20.000 zu reduzieren. Ob das zu erreichen sei, hänge nicht zuletzt von der EU ab. „In Brüssel werden Paragrafen produziert wie in München die Weißwürste.“

Streichung ganzer Verwaltungsebenen

Der Reformminister erneuerte sein Angebot, Vorschläge zur Verwaltungsreform mit Streichung ganzer Verwaltungsebenen und Zusammenlegung von Behörden noch bis Mitte November in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. In der CSU-Fraktion läuft diese Diskussion bereits seit Monaten. Derzeit sieht es u.a. so aus, dass es für die Reduzierung der Vermessungsverwaltung auf das Landesvermessungsamt und etwa 50 statt jetzt 79 Vermessungsämter nur noch mit Führung der Liegenschaftskataster zu befassen, die Landvermessung aber vereidigten Ingenieuren zu übertragen, keine Mehrheit gibt. Auch die Struktur der Schulverwaltung war in den letzten Fraktionssitzungen noch Gegenstand unterschiedlicher Versionen.

„Bomber“ Huber

Im ÖD-Ausschuss blieb die Opposition auf Gegenkurs. Die stellvertretende Vorsitzende Christa Naaß (SPD) befand,

Einladung nach Dornbirn, Vorarlberg:

Internationaler Kongress

Linux-Kongress zu „Freier Software in der Verwaltung“

14.000 Arbeitsplätze will München auf Linux umstellen, 7.500 sind es in Wien. Viele andere Städte und Gemeinden überlegen noch. Der erste LinuxKongress am 12. November in Dornbirn/Vorarlberg (www.LinuxKongress.at) widmet sich dem aktuellen Thema „Freie Software in der öffentlichen Verwaltung - Erfahrungen aus der Praxis“. Dazu laden die Veranstalter ausdrücklich Vertreter aus Bayerns Kommunen und Behörden ein.

Hersteller-Unabhängigkeit, Kosteneinsparung und IT-Sicherheit führen die Verwaltungen als Argumente für Linux an. Dennoch scheuen gerade kleine Gemeinden und Behörden den Umstellungsaufwand. Beim Kongress am 12. November im Hotel Martinspark in Dornbirn (Vorarlberg) referieren unter anderem die IT-Verantwortlichen der Städte München und Wien, des „Informatikstrategieorgans“ der Schweizer Bundesverwaltung und des Südtiroler Gemeindeverbands. Hauptsponsor beider Veranstaltungen ist der Webhoster Domainfactory, der auf 150 Linux-Servern für Kunden in Österreich und Deutschland 150.000 Web-Präsenzen verwaltet.

Weitere Informationen: www.LinuxKongress.at

Stoibers „rechte Hand“ Huber betreibe die Zerschlagung bestehender Strukturen, was dazu führen werde, dass der Freistaat sein soziales Gesicht verliere und andererseits immer mehr Kompetenzen in der Staatskanzlei zentralisiert würden. Es gebe bei den Plänen „keine Kriterien, keine Kosten-Nutzen-Rechnung und keine Transparenz“. Ähnlich äußerte sich Adi Sprinkart für die Grünen. Ausschussvorsitzender Prof. Walter Eykman wies die Oppositionskritik als unbegründet zurück. Die Lacher auf seiner Seite hatte Huber, als der SPD-Abgeordnete Ludwig Wörner formulierte, der Minister wolle „amerikanische Verhältnisse bei uns herbeibomben“.

Finanzminister Faltlhauser:

100 Millionen für Förderung der Wirtschaft

Staatliche Anteile am Gewinn der LfA für die Zinsverbilligung

Zur Wirtschaftsförderung in Bayern hat die Bayerische Staatsregierung rund 100 Millionen Euro deutlich zinsverbilligte Darlehen zur Verfügung gestellt. Die für die Zinsverbilligung notwendigen Mittel stammen aus dem staatlichen Anteil am Gewinn der LfA Förderbank Bayern.

Erhalt von Arbeitsplätzen

Zur Förderung von Konsolidierungsvorhaben von Unternehmen stehen, nach einer Mitteilung von Faltlhauser 30 Millionen Euro an Darlehensvolumen zur Verfügung. Damit soll im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen Betrieben im Rahmen eines Gesamtkonsolidierungskonzeptes eine Umschuldung überhöhter kurzfristiger Verbindlichkeiten ermöglicht werden. Wie bisher können unter bestimmten Voraussetzungen damit auch gemeinnützige Kur- und Rehabilitationseinrichtungen gefördert werden.

Umweltschutz

Für den Umweltschutz sind Darlehen von 25 Millionen Euro vorgesehen. Damit können verstärkt Investitionen gewerblicher Unternehmen für die Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie für Lärmschutz, Abfallwirtschaft und Grundwasserschutz gefördert werden. Im Rahmen der Technologieförderung sollen rd. 6,5 Millionen Euro dem Einsatz und der Anwendung neuer Technologien in Produkten und Produktionsverfahren zugute kommen.

Regionalprogramme

Außerdem kann aus dem Gewinn der LfA Förderbank Bayern zur Verstärkung der bestehenden bayerischen regionalen Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft ein Darlehenskонтinient in Höhe von rd. 36 Millionen Euro bereitgestellt werden. Damit können insbesondere arbeitsplatzschaffende und arbeitsplatzsichernde Investitionen in strukturschwachen Gebieten gefördert werden.

Weitere Auskünfte über die einzelnen Programme erteilt die LfA Förderbank Bayern in 80535 München, Tel.: 089/2124-0, oder Internet: www.lfa.de.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Jörg
87778 Stetten
am 8.11.

Bürgermeister Oskar Kaiser
97618 Hohenroth
am 10.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Hoffmann
83253 Rimsting
am 10.11.

Bürgermeister Friedrich Wolf
93483 Pöising
am 11.11.

Bürgermeister Georg Heigl
92665 Altenstadt a. d. Waldnaab
am 12.11.

Bürgermeister Rüdiger Pompl
91207 Lauf a. d. Pegnitz
am 14.11.

Bürgermeister
Reinhard Kolouch
93087 Alteglofshaim
am 16.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Zistl
85625 Baiern
am 13.11.

Bürgermeister
Hans Pechter
85276 Pfaffenhofen
am 14.11.

Bürgermeister Georg Thaler
93176 Beratzhausen
am 15.11.

Bürgermeister Eugen Hain
95358 Guttenberg
am 20.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hans Wojta
85276 Hettenshausen
am 13.11.

Bürgermeister Alois Böhm
92548 Schwarzach
am 15.11.

Bürgermeister Hans Beck
96178 Pommersfelden
am 17.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Lehrieder
97253 Gaukönigshofen
am 20.11.

Bürgermeister Georg Lang
91327 Gößweinstein
am 21.11.

Zukunftsaufgabe „Verwaltung 21“:

Plädoyer für eine Kultur der Verantwortung

CSU-Regionalveranstaltung in Erding mit Erwin Huber und Joachim Herrmann

Damit Bayern eine der führenden Wirtschaftsregionen in Bayern bleiben kann, hat die Bayerische Staatsregierung u.a. die Verwaltungsreform auf den Weg gebracht. Die Regionalveranstaltungen, die CSU-Generalsekretär Markus Söder für alle Regierungsbezirke initiierte, dienen der Aufklärung über Aufgabenstellungen, Prioritäten und Ziele des Projekts „Verwaltung 21“. Beim Diskussionsforum im oberbayerischen Erding standen Staatskanzleichef Erwin Huber, der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, und CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder Rede und Antwort.

Damit die Veränderungen der Verwaltungsreform nachhaltig wirken, wird Huber und Herrmann zufolge eine neue Verantwortungskultur in den Behörden benötigt. Den Mitarbeitern sei hierzu mehr Entscheidungsfrei-

Niveau gerecht werden müsse, habe sie sich auf folgende Leitlinien verständigt:

Leitlinien

- Die CSU-Fraktion befürwortet eine Straffung der bestehenden Polizeiorganisation von vier auf drei Stufen. Dabei soll innerhalb der Bayerischen Landespolizei durch die Zusammenlegung der beiden Ebenen Polizeipräsidium und Polizeidirektion eine neue Führungsebene „Schutzbereich“ geschaffen werden. Bayern wird zukünftig in 10 Schutzbereiche gegliedert.
- Ziel der Organisationsreform ist es, Bürokratie in der Polizeiverwaltung abzubauen und die Präsenz der Polizei vor Ort zu stärken. Die CSU-Fraktion spricht sich daher dafür aus, die entstehenden personellen Einspargewinne für eine Verstärkung der polizeilichen Präsenz vor Ort und zur Stärkung der operativen Ebene zu nutzen. Lediglich 180 der ca. 2.000 Stellen in den Stäben der Präsidien und Direktionen werden von 2008, bis 2010 eingezogen.
- Angesichts der hohen Anforderungen, die an die bayerische Polizei insbesondere bei der Betreuung der Fußball-WM 2006 gestellt werden, unterstützt die CSU-Fraktion die Pläne des Staatsministers des Innern, die Reform der Polizeiorganisation stufenweise umzusetzen. Mit der Umsetzung der Reform in den Präsidialbereichen München und Mittelfranken soll deshalb erst nach Abschluss der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 begonnen werden. Ziel ist es, den dreistufigen Aufbau der Polizeiorganisation in ganz Bayern bis zum Jahre 2008 abzuschließen.
- Die CSU-Fraktion betont,

vor Ort. Deshalb strebe die Staatsregierung eine weitere Zentralisierung durch zunehmende Verlagerung von Behörden in die Fläche an. Eine Konzentration auf wenige Ballungszentren sei abzulehnen.

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

heit einzuräumen, gleichzeitig müsse ihr Mut zur Verantwortung gestärkt werden. Benötigt werde ein Mentalitätswandel. Der Perfektionismus in den Behörden und der Ruf nach dem alles regelnden Staat sei nicht mehr zeitgemäß.

Präsenz vor Ort

Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern dürfe die Verwaltungsreform nicht zu Lasten einzelner Regionen oder des ländlichen Raumes gehen, erklärten die Politiker. Bürgernähe bedeute auch Präsenz der Verwaltung

Bei der traditionellen Klausurtagung der CSU-Fraktion in Kloster Banz sei der Weg zu einer Organisationsreform der Polizei frei gemacht worden, betonte Herrmann. Die Organisation der Bayerischen Polizei bestehe weitgehend unverändert seit 30 Jahren. Die wachsende Durchlässigkeit der Grenzen, die Lage im Bereich der organisierten Kriminalität und die Nutzung moderner Technologien durch Straftäter werde die Polizeikräfte auch in Zukunft immer wieder vor neue Herausforderungen stellen. Da die Polizei diesen Herausforderungen auf hohem

Kommunale Verdienstmedaille

20 Persönlichkeiten Lebens aus Oberbayern und Schwaben ausgezeichnet

20 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Oberbayern und Schwaben überreichte Innenminister Dr. Günther Beckstein kürzlich die Kommunale Verdienstmedaille, unter ihnen der langjährige Innenstaatssekretär Hermann Regensburger, sowie GZ-Herausgeber Landrat Luitpold Braun. Die Auszeichnung wurde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung verliehen.

Die Ausgezeichneten:
Kommunale Verdienstmedaille in Gold:

Hermann Regensburger, ehemaliger Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, ehemaliger 2. Bürgermeister der Stadt Ingolstadt und derzeitiges Mitglied des Stadtrats Ingolstadt;

Kommunale Verdienstmedaille in Silber:
Luitpold Braun, Landrat des

Landkreises Weilheim-Schongau und ehemaliger 1. Bürgermeister der Stadt Schongau;

Dr. Franz Forchheimer, ehemaliges Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München;

Max Gast, 1. Bürgermeister der Gemeinde Sachsenkam und Mitglied des Kreistags Bad Tölz-Wolfratshausen;

Franz Gmach, 1. Bürgermeister der ehemaligen Gemeinde Rhanwaling und ehemaliger zweiter Bürgermeister der Gemeinde Waffernbrunn;

Paul Gött, ehemaliges Mitglied des Stadtrats Dorfen;

Josef Haas, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Tuntenhausen und derzeitiges Mitglied des Kreistags Rosenheim;

Rudolf Hierl, Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München;

Siegfried Keller, ehemaliger 2. Bürgermeister des Marktes Sulzberg und ehemaliges Mitglied des Kreistags Oberallgäu;

Hermann Knipfer, Mitglied des Stadtrats Augsburg und ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags;

Hermann Memmel, Mitglied des Bayerischen Landtags und ehemaliges Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München;

Franz Mesner, ehemaliger 1. Bürgermeister der Gemeinde Inning a. Holz und derzeitiges Mitglied des Kreistags Erding;

Maria Nindl, ehemaliges Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München;

Ludwig Reimeier, ehemaliger 1. Bürgermeister der Stadt Kolbermoor

Elisabeth Schosser, Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München

Dr. Karl Voge, Landrat im Landkreis Augsburg, ehemaliges Mitglied des Bayerischen Landtags und ehemaliges Mitglied des Stadtrats Schwabmünchen;

Josef Westermayr, ehemaliger 1. Bürgermeister der Gemeinde Röhrmoos und derzeitiges Mitglied des Kreistags Dachau;

Adolf Wiedemann, ehemaliges Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München

Kommunale Verdienstmedaille in Bronze:

MdL Herbert Müller, Mitglied des Stadtrats Memmingen und des Bayerischen Landtags

Max Strehle, Stellvertreter des Landrats des Landkreises Augsburg, Mitglied des Bayerischen Landtags und ehemaliges Mitglied des Kreistags Schwaben.



Ausgezeichneter Einsatz im Dienste der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke: Hermann Regensburger, ehemaliger Kommunalstaatssekretär erhielt von Innenminister Dr. Günther Beckstein die Kommunale Verdienstmedaille in Gold.

dass bei der Festlegung der einzelnen Standorte, insbesondere der Schutzbereiche, die anderen anstehenden Entscheidungen im Zuge des Reformvorhabens „Verwaltung 21“ berücksichtigt werden müssen.

Weitere Reformvorhaben

Für den Herbst 2005 stehen nunmehr weitere wichtige Reformvorhaben an, mit denen die CSU-Fraktion die Verwaltungsreform in der notwendigen Breite konsequent fortführen wird. Mit einem „Paket 2“, über das im November entschieden wird, sollen Erwin Huber zufolge folgende Projekte in Angriff genommen werden: Neuorganisation der Regierungen, Reform der Oberfinanzdirektionen, Reform der Bezirksfinanzdirektionen, Außenstellen der Finanzämter, Reform der Vermessungsverwaltung, Neuorganisation der Amtsgerichts-Zweigstellen, Straffung der Gerichtsorganisation bei den Außenstellen der Arbeitsgerichtsbarkeit, Reform der Landesämter im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Neuordnung der Staatsbau- und Wasserwirtschaftsverwaltung, Reform der Landwirtschaftsverwaltung, Reform der Verwaltung für Ländliche Entwicklung.

Mit den Paketen 1 und 2 sollen sukzessive über die kommenden Jahre hinweg insgesamt rund 6.000 Planstellen eingespart werden, um damit eine Entlastung von rund 300 Mio. Euro pro Jahr zu erbringen. **DK**

58. Bayerischer Heilbädertag in Bad Heilbrunn:

Licht und Schatten

Die Lage der 47 Heilbäder und Kurorte im Freistaat bleibt prekär. Zwar ist das Kurwesen nach den Worten des Vorsitzenden des Bayerischen Heilbäderverbandes, Franz Gnan, noch lange nicht dem Untergang geweiht, doch sind die aktuellen Zahlen wenig erfreulich: Bis August 2004 wurden in bayerischen Kurorten ein bis zwei Prozent weniger Übernachtungen gezählt als im Vorjahr.

Wie Gnan beim 58. Bayerischen Heilbädertag in Bad Heilbrunn (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) betonte, seien für den Rückgang vor allem die Wirtschaftskrise und das zurückhaltende Konsumverhalten der Bevölkerung verantwortlich. Innerhalb von acht Jahren sei der Anteil der Patienten, die ihre Kur selbst bezahlen, von 30 auf 70 Prozent gestiegen; dadurch spürten die Kurorte unmittelbar die allgemeine Sparsamkeit.

Künftig mehr Prävention

Allerdings seien wiederum 60 Prozent der Deutschen bereit, mehr Geld für ihre Gesundheit auszugeben - für Gnan ein deutliches Zeichen, dass sich das Kurwesen behaupten kann. Auch sei der medizinische Erfolg von Kuren unbestritten. Un-

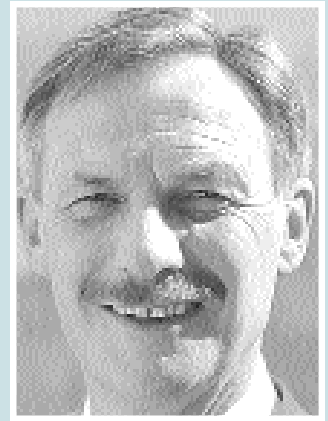
GZ Kolumne Luitpold Braun

Diebe leber

Es ist ja völlig unbestreitbar, dass die neugewählten Vertreter der NPD und der DVU in den Landtagen von Sachsen und Brandenburg merkwürdige Gestalten sind, die dort besser nicht wären.

Allerdings sind auch sie vom Volk gewählte Vertreter. Insoweit sind sie auch als solche zu behandeln. Deshalb mutet es schon eigenartig an, wenn bei der Wahlberechtigterstattung die Moderatoren des Fernsehens den Vertretern dieser Parteien das Wort abschneiden und sie zum „Stillsein“ auffordern. Damit erzeugt man nur einen Mitleidseffekt für diese Leute, der ihnen nützt. Abgesehen davon zeugt ein derartiges Verhalten nicht gerade von abgeklärter demokratischer Reife.

Nicht weniger erstaunt hat mich allerdings die Tatsache, dass die Vertreter der demokratischen Parteien durch ihren Weggang aus der Diskussionsrunde sich damit indirekt mit den PDS-Vertretern solidarisiert haben. Honeckers Erben mit ihrer



oft mehr als dubiosen Vergangenheit aus den Zeiten der DDR und der „glorreichen“ Sowjetunion haben ebenso wenig Anspruch auf die Solidarität der Demokraten, wie die Vertreter der unappetitlichen Rechtsparteien.

Mir scheint, dass in der Diskussion über die extremen linken und rechten Ränder unseres demokratischen Spektrums mehr Gelassenheit angezeigt wäre.

Luitpold Braun

14,5 Prozent mehr als noch Mitte der neunziger Jahre.

Die bayerischen Kurorte trügen damit maßgeblich zur hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens bei. Heike zufolge entfallen in Bayern innerhalb des Dienstleistungssektors die meisten Arbeitsplätze auf das Gesundheitswesen mit seinen rund 360.000 Beschäftigten. Damit seien in diesem Bereich mehr als doppelt so viele Beschäftigte tätig wie in sämtlichen in- und ausländischen Niederlassungen der Audi AG und der BMW Group zusammengekommen.

Trotz aller positiven Aspekte dürfe aber nicht vergessen werden, dass die notwendigen Einsparungen im Gesundheitswesen auch im Kur- und Rehabilitationsbereich Wirkung zeigen, vor allem durch die neuen Zahlungsregelungen im Heilmittelbereich. „Eine weitere Herausforderung für die Leistungserbringer der stationären Rehabilitation sind die möglichen Folgen der Einführung von Fallpauschalen, den so genannten DRGs, in den Krankenhäusern - eine Reihe von Reha-Klinikbetreibern geht von einem höheren Behandlungsbedarf aufgrund der erwarteten weiteren Verkürzung der Verweildauer im Akutkrankenhaus aus“, erklärte Heike.

Notwendige Systemverbesserungen

Eine Ausdehnung des DRG-Systems auf den Rehabilitationsbereich lehnt der Staatssekretär hingegen ab: „Da die Krankenhäuser ihre akutstationären Leistungen erst seit letztem Jahr abrechnen, liegen noch nicht genügend Erkenntnisse über das neue System vor. Vielmehr wird immer deutlicher, dass es beim DRG-System noch Defizite und daher einen großen Nachbesserungsbedarf gibt.“ Bevor nun über eine mögliche Ausdehnung auf weitere Versorgungsbereiche nachgedacht werde, müssten zunächst die notwendigen Systemverbesserungen vorgenommen und die konkreten Auswirkungen der zu schnell eingeführten Fallpauschalen abgewartet werden. **DK**

Qualitätsmanagement

Für den Vorsitzenden ist es unerlässlich, dass sich das Kurwesen an die neuen Rahmenbedingungen anpasst und hierfür politische Unterstützung erhält. Die Tatsache, dass der Begriff „anerkannter und hoch-prädikatisierter Ort“ gesetzlich verankert wurde, sei hierfür ein positives Beispiel. Auch Kurorte und -betriebe hätten erkannt, wie wichtig Qualitätsmanagement sei.

Doch wo viel Licht ist, ist bekanntlich auch viel Schatten: So sei es „Unsinn“, dass Krankenkassen nur noch Kuranträge von Medizinern mit speziellen Zusatzqualifikationen annehmen wollen. Da sie nicht kostendeckend seien, müssten zudem die Zahlungen der Kassen für therapeutische Leistungen dringend geregelt werden, forderte Gnan. Sollten die Krankenkassen die Kostendeckung weiter verweigern, bleibe lediglich die Freigabe der Preise nach oben und die Vereinbarung von Festzuschüssen.

Wirtschaftliche Bedeutung

Sozialstaatssekretär Jürgen Heike wies seinerseits auf die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Kurorte hin: Im vergangenen Jahr seien mehr als 3,1 Millionen Gäste zu verzeichnen gewesen - über 400.000 bzw.

Erklärung des Bayerischen Städtetags:

Kindertagesstättengesetz bringt Fortschritte

Der Bayerische Städtetag sieht im Entwurf eines Kindertagesstättengesetzes einen deutlichen Fortschritt in der Kinderbetreuung. Kernstück des neuen Gesetzes ist die Umstellung des Fördersystems. Es wird künftig nicht mehr die einzelne Kindergartengruppe, sondern der individuelle Förder- und Betreuungsbedarf der Kinder bei der Förderung zugrunde gelegt. So gibt es z. B. für Kinder nicht deutschsprechender Eltern einen 30 Prozent höheren Fördersatz. Damit können mehr pädagogische Kräfte zur besonderen Förderung der Sprachbildung in der Gruppe eingesetzt werden. Gleiches gilt für behinderte Kinder, die mit dem Faktor 4,5 gefördert werden.

Maßstab für die Förderzuschüsse ist künftig auch, wie lange ein Kind in der Kindertagesstätte betreut wird. Das führt zu mehr Leistungsgerechtigkeit.

Bisher erhielten Gruppen mit 15 bis 25 Kindern in der Regel die gleiche Förderung. Der individuelle Betreuungsbedarf der Kinder wurde nicht berücksichtigt.

Archäologen aus Bayern und Österreich tagten gemeinsam

Goppel: „Ehrenamt für Archäologie unverzichtbar“

Die entscheidende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements im Bereich der Archäologie und Bodendenkmalpflege für den Erhalt der Kulturlandschaft hat Bayerns Kunstminister Thomas Goppel betont. Ehrenamtliche Mitarbeiter seien neben den staatlichen und privaten Bemühungen um den Erhalt und die Erforschung der Bodendenkmäler unverzichtbar, so Goppel. Ihr Engagement sei unerlässlich und unverzichtbar, sagte der Minister bei einer gemeinsamen Tagung bayerischer und österreichischer Verbände für Archäologie, Ur- und Frühgeschichte in Siegsdorf. In beiden Ländern bestehe großes Interesse an der Archäologie, lobte Goppel die „erfreuliche länderübergreifende Zusammenarbeit“ gerade in Zeiten, in denen schwierige Haushaltseinschnitte zu bewältigen seien. Der Minister interpretiert dies als bereites Zeichen für das Zusammenwachsen Europas.

Hilfeberechtigte ...

(Fortsetzung von Seite 1)

die sog. Option ausgeübt; d. h., sie übernehmen auch die Aufgaben der Arbeitsagenturen bei der Bearbeitung des Arbeitslosengeld II. Die Stadt Passau wird ihre bisherigen Sozialhilfeempfänger zwar auf das neue Leistungsrecht umstellen, die bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe werden dagegen von der Arbeitsagentur ihre neuen Bescheide erhalten. Nach einiger Zeit soll die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft erneut geprüft werden.

Formulare sind verschickt

Die für die Umstellung auf das neue Leistungsrecht notwendigen Antragsformulare sind zu 100 Prozent versandt. Der Rücklauf der ausgefüllten Formulare liegt bei den Städten derzeit im Schnitt zwischen 50 bis 60 Prozent. In Ausnahmefällen wie in Regensburg sogar bei 85 Prozent. Vielfach weisen die Städte mit dem Versand der Unterlagen auf Informationsveranstaltungen für die Betroffenen hin. Nachdem sich herumgesprochen hatte, dass diese Veranstaltungen „etwas bringen“, hat die Teilnahme deutlich zugenommen. Einige Städte bieten Einzeltermine zur Vervollständigung der Antragsunterlagen an. Diese Hilfen erscheinen notwendig, weil das etwa 16-seitige Antragsformular mit weiteren Anlagen nicht unkompliziert ist.

Kommunalverwaltungen „näher am Bürger“

Bei der Bundesagentur für Arbeit liegt die Rücklaufquote für die Formblätter derzeit in Bayern bei 42 Prozent. Der Grund für die unterschiedlichen Rücklaufquoten dürfte sein, dass die Stadtverwaltungen näher am Bürger sind.

Die Nagelprobe, ob Hartz IV reibungslos abläuft, kommt am 18. Oktober. An diesem Tag sollen die Arbeitsagenturen und Stadtverwaltungen der bundesdeutschen Millionenstädte Zugriff auf das Software-Programm der Bundesagentur für

Arbeit erhalten. Danach sollen stufenweise alle weiteren Städte, Landkreise und Arbeitsagenturen zugeschaltet werden. Sollte die Nagelprobe fehlschlagen – was leider nicht vollständig ausgeschlossen werden kann – liegen in den Städten und bei den Arbeitsagenturen bereits Pläne für Notlösungen parat. Viele Städte wollen in diesem Fall ihre bisherigen Verarbeitungsprogramme für die Sozialhilfe weiterlaufen lassen. Die Sozialhilfe wird dann als Abschlagszahlung auf das Arbeitslosengeld II ausgezahlt. Damit können die Städte gewährleisten, dass die Sozialhilfeempfänger am 1. Januar nicht ohne Geld dastehen.

Beteiligung des Bundes reicht nicht

Die Städte befürchten allerdings, dass der Bund die Arbeitsgemeinschaften nicht mit ausreichend Geld versorgt, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Aufgabe der Kommunen ist es, Mittel für die Miete und Heizung bereitzustellen. Die vorgesehene prozentuale Beteiligung des Bundes (29,1 Prozent) reicht nicht aus, die Städte und Landkreise wie versprochen um bundesweit 2,5 Milliarden Euro zu entlasten.

„Der Freistaat knausert“

„Auch der Freistaat Bayern knausert mit den Städten und Landkreisen“, beklagt man in der Müncher Prannerstraße: Bei dem Kompromissgesetz Hartz IV wurde ein finanzieller Ausgleich für die ostdeutschen Länder vereinbart. Anstatt seine Kommunen zu entlasten, rechnet der Freistaat Bayern aber Zahlungen des Bundes an die Kommunen mit seinen Verlusten aus dem Umsatzsteueraufkommen gegen. Dies bedeutet für die bayerischen Kommunen einen Verlust von 130 Millionen Euro jährlich. Diese Ausgleichszahlung rechnet der Freistaat seinen Kommunen auf, indem er die vom Bund für die bayerischen Kommunen vorgesehenen Gelder um 130 Millionen Euro jährlich kürzt.

Gemeinsamer Kraftakt

In einem gemeinsamen Kraftakt von Staat und Kommunen ist es mit diesem Gesetz gelungen, die für Kinderbetreuung zur Verfügung stehenden staatlichen und kommunalen Mittel zu erhöhen. Als einen besonderen Erfolg verbuchen es die Kommunen, dass sich der Staat verpflichtet, Krippen und Horte nach Bedarf zu fördern. Damit wird vor allem berufstätigen jungen Familien die Entscheidung für ein Kind deutlich erleichtert. Allein erziehende Mütter und Väter bekommen die Chance, ihrem Beruf weiter nachgehen zu können.

Landkreise bestens ...

(Fortsetzung von Seite 1) munen durch die Umsetzung von Hartz IV ein Nettodefizit von 195 Mio. Euro erwartet. Außerdem bekräftigte er die Absicht der bayerischen Landkreise, nach In-Kraft-Treten der Arbeitsmarktreform die Verfassungsmäßigkeit des Hartz IV-Gesetzes mit der Kommunalverfassungsbeschwerde in Karlsruhe prüfen zu lassen: „Der Bund greift hier in verfassungsrechtlich unzulässiger Weise in die Zuständigkeit der Länder ein und höhlt somit das kommunale Selbstverwaltungsrecht aus.“

Zu der mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Nachfolgeregelung zum BSHG notwendigen Neuregelung der Zuständigkeiten im bayerischen Landesrecht wünscht sich Schwing einen gemeinsamen neuen Finanzierungstopf: Nur auf diese Weise sei die unerträglich hohe Belastung für die Sozialhilfeträger abzufedern, nachdem die Ausgleichsfunktion der Bezirke mit der beabsichtigten Neuregelung beseitigt werden soll, so der Vizepräsident.

Gesetz zur Entlastung der Kommunen

Wiederholt sprachen sich die Landräte für den Gesetzentwurf des Freistaates Bayern zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich (KEG) aus. Schwing zufolge wird das KEG die Kommunen finanziell stärken und ihnen wieder ihre finanzielle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit geben. Das bereits vom Bundesrat beschlossene KEG will die kostspieligen Leistungspflichten der Bundesgesetzte beschränken, ohne die wirklich sozial notwendigen Leistungen zu beschneiden. Unter anderem sieht das KEG folgende Regelungen vor:

• Finanzkraftklausel für die Kommunen

Bislang wird bei der Gewährung sozialer Leistungen nicht nach der finanziellen Leistungsfähigkeit der kommunalen Träger gefragt. Mit der gesetzlichen Änderung soll der Vorbehalt der haushaltsmäßigen Finanzierbarkeit eingeführt werden.

• Kostenbeteiligung

Mehr Eigenverantwortung der Eltern bei Jugendhilfeleistungen: Vermögende Eltern sollen sich stärker an den Kosten für Jugendhilfemaßnahmen beteiligen.

• Kein Kindergeld bei Heimunterbringung

Eltern vernachlässigter Kinder, die auf Kosten der öffentlichen Jugendhilfe im Heim erzogen werden müssen, sollen künftig kein Kindergeld kassieren, sondern dies dem leistenden Jugendhilfeträger überlassen.

Um den Kindern künftig eine noch bessere vorschulische Erziehung und Bildung anbieten zu können, wird das Qualifikationsniveau des Kindergartenpersonals angehoben.

Mehr Flexibilität

Aus Sicht der Städte wäre es wünschenswert, wenn die sogenannte Gastkinderregelung wesentlich flexibler ausgestaltet würde. Durch die vorgesehene Regelung wird das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern eingeschränkt. Sobald die Heimatgemeinde einen mindestens 6-stündigen Kinderbetreuungsplatz zur Verfügung stellen kann, haben die Eltern keinen Anspruch darauf, ihr Kind im Kindergarten einer anderen Gemeinde unterzubringen. Dies wird z. B. dann problematisch werden, wenn Eltern eine 8-stündige Beschäftigung aufnehmen und ihr Kind in der Nähe des Arbeitsplatzes unterbringen wollen.

Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu:

Leistungsfähiges Handwerk braucht engagierte Kreditwirtschaft

„Tag des Handwerks“ erstmalig in Nürnberg

München/Nürnberg. Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Handwerk, seine Vielseitigkeit und Zukunftsfähigkeit standen im Mittelpunkt des „Tags des Handwerks“. Motto dieses Jahr war „Finanzierung - Wege, Umwege, Irrwege“.

Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu wies bei der Veranstaltung auf die Bedeutung einer soliden Unternehmensfinanzierung hin: „Ist man bei der Finanzierung gut aufgestellt, steht Wachstum und Beschäftigung nichts im Weg.“ Die Veranstaltung fand erstmalig in Nürnberg statt.

Der Minister forderte Handwerksunternehmen und Kreditwirtschaft zu einem partnerschaftlichen Umgang miteinander auf. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen beim Unternehmen müssten genauso auf den Tisch wie Ratingbeurteilungen

der Kreditinstitute. Bei diesen Beurteilungen müsse, so der Minister, der Meistertitel besonders berücksichtigt werden. Der Minister appellierte an die Banken, das Mittelstandskreditprogramm mit seiner Haftungsfreiheit und seinen zinsgünstigen Konditionen zukünftig noch stärker in das Beratungsgespräch miteinzubeziehen.

Leistungsfähiges Handwerk benötige richtige Rahmenbedingungen, betonte Wiesheu. Dies gelte insbesondere für steuerliche Regelungen, die die Bildung von Eigenkapital ermöglichen. Dies gelte aber auch für Fragen zur Unternehmensnachfolge: „Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung ein Erbschaftssteuergesetz mit entsprechenden Regelungen auf den Weg bringt. Wir müssen sicherstellen, dass es bei Unternehmensnachfolgen nicht an solchen Fragen scheitert.“

Schwungloser Herbstbeginn auf dem Arbeitsmarkt

Bayerns Wirtschaftsminister zu den Arbeitsmarktzahlen

Von einem „schwunglosen Herbstauftakt“ sprach Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu nach Bekanntgabe der neuesten Arbeitsmarktdaten aus Nürnberg. Die leichte konjunkturelle Belebung schlage sich noch nicht in einem Abbau der Arbeitslosigkeit über das saisonübliche Ausmaß hinaus nieder. Eine durchgreifende Verbesserung der Arbeitsmarktlage sei nach wie vor nicht in Sicht.

„Insbesondere der abermals geschrappte Bestand an offenen Stellen sowie die anhaltenden Beschäftigungsverluste signalisieren unveränderten Handlungsdruck“, so Wiesheu weiter.

Aus Sicht des Ministers ist die unbefriedigende Entwicklung auf den Arbeitsmärkten eindeutiger Beleg dafür, dass die bisher von der Bundesregierung ergriffenen Arbeitsmarktreformen nicht zu einer substantiellen Senkung der Beschäftigungsschwelle des Wachstums geführt haben. Hier sind weitere Schritte über Hartz IV hinaus unabdingbar. Nur so können wir zusammen mit einer Stärkung der Wachstumskräfte bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entscheidend weiter.

Familienförderung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Grein zufolge macht es keinen Sinn, „Menschen für teures Geld auf Kosten des Steuerzahlers auszubilden, um deren Kenntnisse dann in der Windel zu verpacken“. Deshalb müssten von der Wirtschaft flexiblere Jahres- und Lebensarbeitszeitmodelle für Vollerwerbs- und Teilzeittätigkeiten angeboten werden.

Integration verbessern

Die Freien Wähler fordern zudem erheblich höhere Anstrengungen bei der Integration der in Bayern lebenden Ausländer. Für die Erwerbstätigkeit des Sozialprodukts in 20 Jahren werden die Ausländerkinder von heute eine ganz entscheidende Rolle spielen. Da jedoch ein Viertel aller Ausländerkinder nicht einmal den Hauptschulabschluss schaffen, sei die Hauptschule entsprechend auszustatten.

Wie FW-Landesvorsitzender Johann Deuerlein betonte, „muss erreicht werden, dass jedes fremdsprachliche Kind nach drei Jahren Schule die deutsche Sprache fließend und fehlerfrei beherrscht“. Auch die Eltern müs-

sten noch viel mehr als bisher an die deutsche Sprache herangeführt werden. Für staatliche Leistungen und insbesondere bei der Einbürgerung müsse dies Voraussetzung sein.

In dem Maße, wie die Grünen gemeinhin mit dem Thema Umwelt assoziiert werden, wollen die Freien Wähler künftig für das Themenspektrum Familie stehen. Der in Naila vorgelegte neue Schwerpunkt „Familie - Betreuung - Schule“ soll das entscheidende Thema ihrer künftigen Arbeit sein, mit dem sie auch ihr inhaltliches Profil in den nächsten Jahren prägen wollen.

Näher an den Bürger ran

Vorsitzender Grein: „Die für uns unzureichenden Ergebnisse der vergangenen beiden Landtagswahlen haben gezeigt, dass unsere kommunalen Themenschwerpunkte alleine nicht ausreichen. Wir müssen näher an den Bürger ran und uns mit den echten Zukunftsthemen beschäftigen. Die alarmierenden Zahlen zum Bevölkerungsrückgang und deren Auswirkungen sind das Thema der Zukunft. Und die Freien Wähler packen es an.“

DK

Neues Kommunales Finanzmanagement:

Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik

Von der reinen Finanzsicht zu einer umfassenden Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ergebnislage

Von Heiko Pech, Partner bei Rödl & Partner Nürnberg

Der Begriff „Neues Kommunales Finanzmanagement“ (kurz: NKF) drängt bereits die Frage auf: Was ist eigentlich neu, und wo liegen die Unterschiede zum bestehenden kameralen Haushalts- und Rechnungswesen? Neu sind zunächst die Informationen mit denen der „kommunale Finanzmanager“ und die politischen Entscheidungsgremien zur Haushaltsplanung und Beratung der Jahresrechnung arbeiten. Dazu muss man wissen, dass das NKF ein „Drei-Komponenten-Modell“ ist, welches aus der Vermögens-, Finanz- und Ergebnisrechnung besteht.

Mit der Umstellung auf das NKF ändert sich die Haushaltsplanung. Der Verwaltungshaushalt wird vom Gesamtergebnisplan abgelöst; der Vermögens-

Vermögensrechnung

Neben dem neuen strukturellen Aufbau der Planungsrechnungen ändern sich in der Ergebnisplanung (heute Verwaltungshaushalt) auch einzelne Positionen. Neu sind beispielsweise bilanzielle Abschreibungen. Die Aufnahme von Abschreibungen ist sicherlich eine wesentliche Änderung. Der Haushaltsvollzug wird sich zukünftig in der Ergebnis-, Finanz- und Vermögensrechnung darstellen. Die Ergebnisrechnung entspricht in der Struktur dem Gesamtergebnisplan. Die Finanzrechnung entspricht in der Struktur dem Gesamtfinanzplan. Was hinzukommt, ist die Vermögensrechnung. Sie zeigt die Auswirkungen der kommunalen Finanzwirtschaft auf die Vermögenssituation einer Kommune. Die Vermögensrechnung wird in Form einer Bilanz dargestellt.

Die Bilanz lässt Rückschlüsse auf die Vermögenssituation der

Kommune zu. Dabei präsentiert das Eigenkapital das Nettovermögen (Vermögen abzüglich Schulden) der Kommune. Ändert sich der Wert des Eigenkapitals am Jahresende zum Positiven, handelt es sich um ein erfolgreiches Haushaltsjahr. Ändert sich der Wert des Eigenkapitals zum Negativen, handelt es sich um kein erfolgreiches Haushaltsjahr, weil sich das Nettovermögen reduziert. Ist das Eigenkapital sogar aufgebraucht, ist eine Situation gegeben, in der die Kommune überschuldet ist. In dieser Situation ist die politische Handlungsfähigkeit im höchsten Maße eingeschränkt.

Was verändert sich durch das NKF?

Obige Informationen sollten die kommunalen Entscheidungsprozesse beeinflussen. Dies beginnt bei der Haushaltsplanung. Das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen gilt auch in Zukunft. Allerdings werden die finanziellen Konsequenzen kommunalpolitischer Entscheidungen deutlicher. Dies gilt insbesondere für so genannte Folgekosten. Im Unterschied zum heutigen kameralen Haushaltswesen werden Folgekosten viel deutlicher in den Fokus

gerückt. Insbesondere bei kommunalen Investitionen wird durch den Ansatz von Abschreibungen (Ressourcenverzehr) deutlich, ob die zukünftige Einnahmesituation der Kommune ausreichend ist, um die Investition mittelfristig solide zu finanzieren.

Darüber hinaus bietet die Gesamtergebnisrechnung die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Erfolg des kommunalen Handelns zu beurteilen. Dabei geht es nicht um das Ziel Gewinne zu erwirtschaften, sondern vielmehr um die Frage, ob z. B. das Haushaltsergebnis unter Berücksichtigung der Abschreibungen ausreicht, um die Schulden dauerhaft zu tilgen. Ist dies nicht der Fall, muss eine Verbesserung der Effizienz bzw. durch eine Aufgabenkritik versucht werden, den Haushaltsausgleich und damit die Sicherung der politischen Gestaltungsfähigkeit zu erreichen.

Frühwarnindikatoren

Das NKF wird die Kommunen dabei unterstützen, absehbare Haushaltssanierungen rechtzeitig zu erkennen und diesen zu begegnen. Die Anwendung des NKF wird dazu führen, dass Frühwarnindikatoren zur Vermeidung von Haushaltssanierungsphasen entwickelt und Gegenstand der Steuerung werden. Ein wesentlicher Frühwarnindikator wird die Entwicklung der Position „Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit“ sein. Das Ergebnis setzt die Einnahmekraft der Verwaltung in Beziehung zu den Aufgaben, die sie maßgeblich in den Personal- und Sachkosten ausdrücken. Ein rückläufiges Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ist

ein erstes Indiz dafür, dass die Einnahmesituation nicht mehr zur Ausgabensituation passt. Ist dieser Trend längerfristig, muss über Gestaltungsoptionen nachgedacht werden, wenn das Primat einer soliden Haushaltspolitik gelten soll.

Welcher Umstellungsweg sichert eine erfolgreiche Einführung des NKF?

Die Umstellung auf das NKF ist ein zeitlich längerfristiges und komplexes Projekt. Die Praxis zeigt, dass derartige Projekte oftmals kostenmäßig und/oder zeitlich „aus dem Ruder laufen“. Analysiert man den Grund für diese Pannen, stellt man fest, dass diese Projekte in der Regel schlecht geplant waren und ein wirksames Projektcontrolling fehlte.

Dieser Gefahr beugt man mit einem detaillierten und sorgfältig aufgestellten Umstellungs- bzw. Projektplan vor. Von daher steht die Erstellung eines derartigen Plans, d. h. das „Kochbuch“ für ein erfolgreiches NKF-Projekt, auch ganz bewusst am Anfang.

Der Umstellungsplan sollte folgende Inhalte haben:

- ≪ vollständige Darstellung der im Umstellungsprozess anfallenden Aufgaben
- ≪ Analyse wesentlicher Bilanz-, Ergebnis- und Finanzrechnungspositionen mit Blick auf die Notwendigkeiten im Umstellungsprozess
- ≪ Klärung EDV-technischer Fragestellungen (Softwarebedarf, Softwarepartner)
- ≪ Prüfung des Umfangs der notwendigen Buchhaltungen (Finanzbuchhaltung, Anlagenbuchhaltung, Fakturierung, De-

Veranstaltung in Nürnberg

Am 21. und 22. Oktober 2004 findet bei Rödl & Partner in Nürnberg ein Seminar zum Thema „Neues Kommunales Finanzmanagement“ statt. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie im Internet unter www.roedl.de/doppik.

bitoren- und Kreditorenbuchhaltung, etc.)

≪ Termin- und Zeitplanung für die Aufgabenerledigung

≪ Beschreibung der Projektorganisation im Umstellungsprozess

Die Erstellung des Umstellungsplans setzt voraus, dass die projektverantwortlichen Mitarbeiter entsprechend qualifiziert werden. Insofern steht am Anfang eines jeden Umstellungsprozesses die Qualifikation aller Beteiligten. Dabei sollten allerdings auch diejenigen einbezogen werden, die die kommunalen Entscheidungen treffen - gemeint sind alle Mitglieder in den politischen Gremien.

Vier Arbeitspakete

Auf Basis eines sorgfältig ausgearbeiteten Umstellungsplans kann der Umstellungsprozess begonnen werden. Aus unserer Erfahrung sollten vier Arbeitspakete definiert werden:

- ≪ Arbeitspaket 1: Inventur, Vermögensbewertung, Anlagenbuchhaltung
- ≪ Arbeitspaket 2: Software
- ≪ Arbeitspaket 3: Haushaltsplanung nach dem NKF und Erstellung

(Fortsetzung auf Seite 7)

Unser Autor

Heiko Pech, Diplom-Kaufmann und Partner bei Rödl & Partner, berät seit 10 Jahren den öffentlichen Sektor bei Finanzierungsfragen und bei der Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen.

haushalt wiederum vom Gesamtfinanzplan. Die beiden Planwerke heißen Gesamtergebnisplan bzw. Gesamtfinanzplan, weil sie sich aus verschiedenen Teilplänen ergeben. Die Teilpläne entsprechen im Kern den heutigen Unterabschnitten des Haushalts bzw. den Produktbereichen bei denen, die mit der Kosten- und Leistungsrechnung arbeiten.

Übernahme öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen durch Genossenschaften:

Bürger nah und wirtschaftlich

Von Dr. Stefan Straub, Genossenschaftsverband Bayern

Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben in einer Stadt oder Gemeinde hängt entscheidend von den öffentlichen Infrastruktur- und Versorgungsleistungen ab. Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation ihrer Haushalte überlegen Städte und Gemeinden, neue und kostengünstigere Lösungen der Aufgabenübernahme und Möglichkeiten zum Erhalt kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen zu finden. Genossenschaften eröffnen den Städten und Gemeinden dabei neue Chancen, um kommunale Dienstleistungen und Infrastruktur zu erhalten und bürgernah weiterzuführen. Dadurch können kommunale Pflichtaufgaben interessengerecht und demokratisch gestaltet werden. Eine neue Broschüre von Deutschen Städte- und Gemeindebund und Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. informiert über diese Möglichkeiten.

Mit derzeit rund 1.100 Unternehmen und 70.000 Mitarbeitern in Bayern ist die Rechts- und Unternehmensform Genossenschaft hochaktuell und in nahezu allen Bereichen einer modernen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft vertreten. Fast 2,8 Millionen Bürger sind Mitglied einer Genossenschaft, das sind 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Bayerns. Keine andere Wirtschaftsform hat derartig viele Mitglieder und Miteigentümer. Wegen ihrer Flexibilität, Offenheit und hohen Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Mitglieder ist die Genossenschaft für viele moderne und innovative Wirtschaftsbereiche noch immer bzw. wieder sehr attraktiv.

Effektive Leistungserstellung

Genossenschaften sind auch geeignet, um Aufgaben in öffentlichem Interesse zu übernehmen. Sie tragen nicht nur zur Entlastung der Kommunen bei, sondern gewährleisten auch langfristig eine effektive Leistungserstellung. Dies zeigen Energieversorgungs- und Wassergenossenschaften, genossenschaftliche Schulen, Wochenmärkte, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die teilweise schon seit Jahrzehnten in und für ihre Region entsprechende Aufgaben erfüllen.

Faire Preise

Der Betrieb ehemals öffentlicher Leistungen in Form einer Genossenschaft, deren Träger Bürger, Kommunen oder örtliche Unternehmen sein können, bietet eine gute Alternative zu einer vollständigen Privatisierung, weil die Entscheidungen weiterhin vor Ort und im Interesse der betroffenen Bürger gefällt werden. Eine Genossenschaft kann lokale und regionale Dienstleistungen zu fairen und zugleich wirtschaftlich tragbaren Preisen anbieten, egal ob es um Versorgungsleistungen oder die örtliche Infrastruktur, wie der Betrieb von Bädern oder Kultureinrich-

tungen, geht. Auch im sozialen Bereich ist der genossenschaftliche Gedanke der eigenverantwortlichen Selbsthilfe anstelle staatlicher Fremdhilfe der Schlüssel zur Lösung vieler Probleme. Die Städte und Gemeinden werden auf diese Weise von Aufgaben im Bereich von Infrastruktur- und Dienstleistungen in öffentlichem Interesse entlastet ohne die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung sich selbst zu überlassen. Ihre Attraktivität als Wohnort und Wirtschaftsstandort wird gestärkt.

Hohe Identifikationskraft

Dabei hat die Genossenschaft anders als alle anderen Gesellschaftsformen nur ein alleiniges, gesetzlich vorgeschriebenes Ziel: Die Förderung ihrer Mitglieder. Weil die Mitglieder gleichzeitig Nutzer sind, entfaltet die Genossenschaft eine hohe Identifikationskraft der Mitglieder mit ihrem Unternehmen bzw. ihrer Einrichtung. Sie haben selbst das größte Interesse an der dauerhaften und verlässlichen Aufrechterhaltung der Angebotsinfrastruktur und die örtlichen Interessen werden durch die Mitglieder unmittelbar vertreten. Zudem muss keine bestimmte Rendite für kapitalmarktorientierte Eigentümer oder eine anonyme Konzernmutter erwirtschaftet werden, sondern die Mitglieder können frei darüber entscheiden, ob Überschüsse vollständig in Investitionen fließen oder als Rückvergütung an die Mitglieder erstattet werden. So kann eine Genossenschaft ihren Kunden interessensorientierte und häufig auch günstigere Leistungen anbieten.

Nutzung von Spielräumen

Es werden privatwirtschaftliche Effizienzspielräume genutzt, ohne kapitalmarktorientierte Renditeinteressen berücksichtigen zu müssen. Gleichzeitig bleibt der öffentliche Charakter des Versorgungsunternehmens durch die Mitgliedschaft der Nutzer weitgehend erhalten. So kann der

Rückzug des Staates ausgeglichen werden ohne das Angebot einem möglicherweise monopolistischen und gewinnorientierten privaten Konzern zu überlassen. Durch die Verteilung der Verantwortung auf unterschiedliche Akteure in der Region werden zudem Handlungs- und Entscheidungsspielraum auf kommunaler Ebene gestärkt.

Professionelle Struktur

Die Genossenschaft verfügt als Wirtschaftsunternehmen von Anfang an über eine professionelle Organisationsstruktur. Mit den Organen Vorstand und Aufsichtsrat hat sie eine klare Leitungs- und Kontrollstruktur und unterliegt schon in der Gründungsphase einer externen Kontrolle und Begleitung durch den Genossenschaftsverband. Durch ihre offene Struktur der Mitgliedschaft mit freien Ein- und Austrittsmöglichkeiten und die eindeutige Ausrichtung auf einen professionell geführten, wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ist sie eine ebenso flexible wie stabile Unternehmens- und Rechtsform. Die Entscheidungsstruktu-

Zusammenspiel von Kommunalpolitik und Wirtschaft:

Vorbild Pöcking

Die Kommunen sind verschuldet. Bei notwendigen Investitionen und Sanierungen sieht es derzeit düster aus. Einen Ausweg aus der Finanzmisere sehen viele Gemeinden deshalb in den Gewerbesteuererhöhungen. Mit einem niedrigen Hebesatz können sich Kommunen durchaus Standortvorteile verschaffen. Holen sie sich neue Unternehmen ins Boot, steigert dies nicht nur die Finanzkraft, es bringt darüber hinaus Arbeitsplätze und Kaufkraft in die ortsnahen Geschäfte. Doch Vorsicht: Aufgrund der hohen Gewerbesteuerumlage an Bund und Land sowie der Kreisumlage kann es passieren, dass für die Gemeinde unterm Strich nicht mehr viel übrig bleibt. Die Wechselwirkung von Hebesatz und Umlagen muss daher genau abgewogen werden.

Beim Zusammenspiel von Kommunalpolitik und Wirtschaft geht die Gemeinde Pöcking am Starnberger See seit Jahren mit gutem Beispiel voran. Schon im Jahr 1993 wurde der Hebesatz von 300 auf 250 Prozentpunkte gesenkt. Aufgrund mangelnder Flächen für produzierendes Gewerbe lagen die Prioritäten der Gemeinde beim Anwerben neuer Unternehmen stets im Dienstleistungs- und Tourismusbereich. Die Rechnung ging auf: Mit dem größten Steuerzahler in Pöcking, einem Leasingunternehmen, besteht seither eine enge Zusammenarbeit.

Die Steuereinnahmen stiegen von damals unter 500.000 Euro sprunghaft auf derzeit rund acht Millionen Euro jährlich an. Die Gemeinde wurde im letzten Jahr-

ren sind demokratisch geprägt. Die Mitglieder haben gleichberechtigten Zugang zu gemeinsamen Ressourcen und werden von der „eG“ gemeinschaftlich vertreten.

Im Rahmen von Überlegungen zur Privatisierung städtischer Betriebe ist die Genossenschaft in vielen Fällen ein Erfolg versprechender Weg. Effizienzspielräume zu nutzen, zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen, zu ehrenamtlichem Engagement zu motivieren und auch gegensätzliche politische Positionen von privatwirtschaftlicher Leistungseffizienz und öffentlich-rechtlichem Versorgungsanspruch zu integrieren.

Broschüre informiert

In der Broschüre „Genossenschaften - Miteinander von Bürgern, örtlicher Wirtschaft und Kommunen“ (DStGB Dokumentation No. 40) informiert der Deutsche Städte- und Gemeindebund zusammen mit dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. über Möglichkeiten kommunaler Genossenschaften. Die Broschüre kann bei allen bayerischen Landratsämtern eingesehen werden und steht unter www.neuegenossenschaften.de sowie unter www.stadt-und-gemeinde.de als Download zur Verfügung.

Die Kommunale GmbH

Von Hans Günther Schaedler, KFB-Schwaben

Städte und Gemeinden sind in das Korsett des landesüblichen öffentlichen Rechts eingebunden, das sie über das normale Haushaltsrecht oder Betriebe gewerblicher Art (BGA) in Form von Regiebetrieben, Eigenbetrieben oder Kommunalunternehmen, Anstalt des öffentlichen Rechts, ausüben können.

Mit der „GmbH“ dürfen die Kommunen das öffentliche Recht aushebeln und die Vorteile des bundesweiten Privatrechts nutzen. Umstritten ist jedoch, ob bei einem 100%igen Gesellschaftsverhältnis der Stadt oder Gemeinde alle Teile des öffentlichen Rechts außer Gang gesetzt werden dürfen.

Nur ufert dies schon manchmal aus, wenn für jeden Anlass eine eigene GmbH gegründet wird. So entstehen reihenweise Stadtentwicklungs-GmbH's, Stadt-sanierungs-GmbH's, kommunale Erschließungs-GmbH's, usw. - das freut die Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.



Hans Günther Schaedler.

Sinn macht das Ganze doch nur, wenn hierzu auch die eigene „Man-Power“ gegeben ist, beispielsweise ein Diplom-Ingenieur, der die Stadt-sanierungs-GmbH leitet oder die kommunale Entwicklungs-GmbH, die von einem Diplom-Kaufmann geführt wird und es sich nicht um eine „Geister-GmbH“ handelt.

Die Vorteile einer GmbH liegen sicherlich auf der Hand: Sie ist autark, hat eine eigenständige Bilanzierung und Finanzierung, ist normalerweise unabhängig und selbständig und begrenzt sich in der Regel haftungsrechtlich auf das Stammkapital. Vielfach wird jedoch übersehen, dass eine „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (GmbH) nur auf Erwerb mit Gewinnerzielungs-Absicht gegründet werden darf, so dass Liebhaberei und defizitäre Unternehmungen auszuschließen sind.

Gestaltungsmisbrauch

Beim Finanzamt würde man hier von Gestaltungsmisbrauch sprechen, wenn beispielsweise die Gründung dazu dient, dass nur die Vorsteuer „gezogen“ werden soll. Spätestens nach fünf Jahren gibt es lange Gesichte, wenn das Finanzamt diesen Gestaltungsmisbrauch aufdecken kann.

Viele Bürgermeister, die sich zum „Nulltarif“ als Geschäftsführer, quasi für das Handelsregister, in der personallosen GmbH zur Verfügung gestellt haben, merken sehr schnell am eigenen Leibe, wenn sie für das Tun und Lassen der „Pseudo-GmbH“ persönlich und unbeschränkt belangt werden. Trifft man als Oberbürgermeister zusammen mit dem Stadtrat Entscheidungen, so ist man „nur“ in der Solidarhaftung - anders als Geschäftsführer einer GmbH, wo man buchstäblich im Regen allein da steht.

So sollte man sich bei der Neugründung einer kommunalen

GmbH grundsätzlich nicht vom Anschein der Vorteile blenden lassen, sondern auch die Nachteile in Erwägung ziehen.

Nachteile in der „GmbH-Waagschale“ können sein: Gründungskosten, permanente Bilanzierungs- und Abschlusskosten, eigene Buchhaltung, Anmeldung zum Handelsregister, Körperschaftsteuer, in vielen Fällen Grunderwerbsteuer, Einzahlung des Stammkapitals sowie Beachtung der Veröffentlichungspflichten.

Voraussetzungen

Nur wenn so gewährleistet ist, dass diese laufenden Kosten in einer GmbH gedeckt und erwirtschaftet werden können und diese auf Dauer mit Personal errichtet werden kann, macht es Sinn, über die Gründung nachzudenken und mit der Gewinnerzielungsabsicht auch die Steuerschuld an den Fiskus abzuführen.

Oftmals wird nicht bedacht, dass spätestens bei der Liquidation oder Beendigung des GmbH-Unternehmens existenzielle Probleme auftreten können. Stattdessen sollten Kommunen prüfen, ob es nicht besser wäre, einen Dritten mit ins Boot zu nehmen, der dann gewerbsmäßig über das Privatrecht die Vorteile generiert und die Finanzierung mitbringt. Bayernweit gibt es einige Kommunaldienstleister, die über „PPP-Modelle“ (private-public-partnership) ihr Know-how beisteuern. Im Komplett-Angebot, von der Entwicklung über die Realisierung und Finanzierung, kann durchaus das gleiche Ziel mit einem „PPP-Anbieter“ risikolos und kostengünstig verfolgt werden.

Über 40 Projekte

Die KFB Fachberatung für Kommunen GmbH, 92717 Reuth, Tel. 09682/919110, hat bayernweit über 40 Projekte in jeder Hinsicht: Bauinvestitionen wie Rathäuser, Bauhöfe, Feuerwehnhäuser und Schulen; Sanierungsträgerschaften, beispielsweise bei Kanälen, Schulen, Kläranlagen, Sporthallen oder Erschließungsträgerschaften für Wohn- und Gewerbegebiete.

Die Finanzierungen werden den jeweiligen Verhältnissen, zu schuss-unschädlich, und auf Laufzeiten bis zu 25 Jahren, angepasst. Der Service, beispielsweise der KFB, stellt eine vollwertige Variante zur kommunalen GmbH dar.

Kommunen sollten deshalb neben den Vorteilen, die das Privatrecht bietet, auch die Nachteile einer GmbH-Gründung mit ins Kalkül ziehen und den Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aufordern, auch das Szenario bei Beendigung der GmbH darzustellen und die laufenden Kosten einer GmbH rechnen zu lassen, denn wie so oft im Leben, würde z. B. auch ein BGA genügen, um sich die Mehrwertsteuer „zurück-zuholen“.

Dieser Aufsatz ist keine Beratung im Sinne der Standesorganisationen, sondern eine Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen einer GmbH, die sicherlich in der Aufzählung unvollständig sind.

da die Einnahmen so hoch sind. „Welche Summe der Gemeinde unterm Strich noch bleibt, hängt letzten Endes auch von der Höhe der Kreisumlage ab“, resümiert der Rathauschef. Auch sei eine

Vielzahl unterschiedlicher Firmen notwendig, um Arbeitsplätze vor Ort und den finanziellen Spielraum der Gemeinde zu sichern. Schnitzler: „Das ist in Pöcking Chefsache.“

Kommunalinvestitionen:

Privater Full Service für Schulneubau

Ein 16 Millionen Euro teurer Schulneubau in Frechen bei Köln wird zum Modell, wie die öffentliche Hand trotz knapper Kassen gemeinsam mit privaten Partnern teure Infrastrukturprojekte realisieren kann. Die Full Service-Lösung erspart dem Rhein-Erft-Kreis jährlich 300.000 Euro.

Die Grundsteinlegung für den 16 Millionen Euro teuren Neubau der Paul-Kraemer-Schule und der Dreifachsporthalle des Nell-Breuning-Berufskollegs in Frechen-Habbelrath bei Köln war für den Landrat des Rhein-Erft-Kreises im Juli ein mehrfacher Anlass zu Freude: „Damit

Erstmals wird hierzulande eine Sonderschule für geistig und körperlich behinderte Kinder in einer so weitgehenden öffentlich-privaten Partnerschaft realisiert. Neu ist vor allem, dass private Partner nicht nur für die Finanzierung, Planung und den Bau von Sonderschule und

sen ihr Leistungsangebot zu erhalten.“

Die SüdLeasing ist dafür ein Partner mit großen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand. Sie ist eine der größten herstellerunabhängigen Leasinggesellschaften Deutschlands und an kommunalen Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund vier Milliarden Euro beteiligt. An der Finanzierung von Rathäusern und anderen kommunalen Verwaltungsgebäuden, Straßen, Tunneln, Freizeiteinrichtungen und Erlebnisbädern...

Ein „Ring“ von Schulen

Auch mit Public-Private-Partnerships im Schulneubau hat die SüdLeasing Erfahrungen: Gerade lässt sie im Osten von Frankfurt am Main für rund 55 Millionen Euro auf einem Areal von 30.000 Quadratmetern einen Ring von Schulgebäuden hochziehen: Abendgymnasien, Volkshochschule, berufliche Bethmannschule, Bauakademie, Dr. Hochs Konservatorium. Der Rohbau des neuen Bildungszentrums Ostend steht schon. Schlüsselübergabe wird im Dezember 2004 sein.

Mietkauf

Frankfurt wählte für die Finanzierung von Bau und Betrieb den so genannten Mietkauf, eine besondere Form des Immobilienleasing: Die Leasinggesellschaft baut als Investor das Objekt zu einem Festpreis nach den Wünschen des späteren Mieters. Ab Übergabe zahlt Frankfurt jährlich 3,9 Millionen Euro Miete plus eine jährliche Steigerung von 1,9 Prozent. Nach 20 Jahren geht die Schule unentgeltlich in das Eigentum der Mainmetropole über. Solange ist der zivilrechtliche Eigentümer und Vermieter eine eigens dafür gegründete Gesellschaft der SüdLeasing. Nach Berechnungen der Stadt liegen die Baukosten bei diesem Finanzierungs- und Bauplanmodell um 25 Prozent günstiger als bei vergleichbaren Bauprojekten der öffentlichen Hand im Bundesgebiet.

Full-Service von Finanzierung bis Verpflegung

Der Rhein-Erft-Kreis wählte für sein Schulbauprojekt in Frechen eine Full-Service-Lösung, die neben Finanzierung, Planung und Bau auch den Betrieb und die Bewirtschaftung einschließt. Den Ausschlag für die Wahl dieser Form der öffentlich-privaten Partnerschaft gab nicht allein die Aussicht auf die angesichts der schlechten Haushaltslage beträchtliche Ersparnis von jährlich 300.000 Euro, erinnert sich Anton-Josef Cremer. Vielmehr, sagt der Dezernent des Kreises für Sozial- und Schulwesen und Gebäudemanagement, „war neben den Einsparungen die Möglichkeit ausschlaggebend, die Investitionen über 25 Jahre zu Konditionen zu finanzieren, die den Kreis nicht überfordern.“

Das PPP-Modell einer privatwirtschaftlichen Finanzierung hat für die öffentliche Hand noch mehr Vorteile, erklärt SüdLeasing-Geschäftsführer Grübler: „Von der SüdLeasing im Verbund mit der LBBW arrangierte PPP-Finanzierungskonzepte ermöglichen eine langfristige Fi-

nanzierung zu Kommunalkreditähnlichen Konditionen - ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Kommune.“

„Die öffentliche Hand wird von sämtlichen Bauherrn aufgaben während der Bauzeit entlastet. Termine, Kosten und Qualität werden vom privaten Bauherrn überwacht.“

„Alle Baumaßnahmen werden pünktlich und ohne Kostenüberschreitungen fertig gestellt.“

„Erst nach Fertigstellung werden Zahlungen für Nutzung, Betrieb und Bewirtschaftung fällig. Die Summen sind langfristig vertraglich fixiert. Das entlastet die öffentliche Hand finanziell.“

Immer wieder aufgeschoben

Diese Argumente wogen im Fall Frechen um so schwerer, weil der Neubau überfällig war. Wegen finanzieller Engpässe war er seit Jahren in dem 470.000 Einwohner zählenden Kreis, der bei einem Haushaltsvolumen von rund 300 Millionen Euro für sieben Sonderschulen und fünf Berufskollegs verantwortlich ist, immer wieder aufgeschoben worden. „130 geistig und körperlich behinderte Kinder“, erläutert Monika Volk vom Amt für Schule und Weiterbildung und zuständig für das PPP-Projekt, „sind bislang in einem für die Bedürfnisse geistig Behinderter nicht mehr geeigneten Schulgebäude in Frechen-Buschbel untergebracht.“

Schulen für Geistigbehinderte sind überwiegend vor etwa 30 Jahren entstanden; zwischenzeitlich haben sich strukturelle Wandlungen vollzogen und die Schülerschaft hat sich völlig verändert.“ In dem Neubau erhalten die Behinderten auch eine geeignete Schwimmhalle. Und das kaufmännische Nell-Breuning-Berufskolleg in Frechen-Habbelrath bekommt endlich eine für den Sportunterricht ausreichend dimensionierte Sporthalle, die pädagogische Anforderungen erfüllt und den örtlichen Vereinssport bereichern wird.

Gründliche Prüfung

Trotz der unbezweifelten Dringlichkeit hatte der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises seit Mai 2002 die Vor- und Nachteile eines Public Private Partnership-Modells mit Unterstützung des Finanzministeriums von Nordrhein-Westfalen und externen Beratern gründlich prüfen lassen. Das Gutachten der Beratergruppe Ernst & Young wies nach, dass ein PPP-Modell wirtschaftlich günstiger sein kann als die klassische Form von Bau und Betrieb einer Schule in Regie der öffentlichen Hand.

Europaweite Ausschreibung

Daraufhin beschloss der Kreistag im Februar 2003 einstimmig, den Auftrag europaweit auszuschreiben. Aus einem Kreis von über 20 Interessenten wurden fünf Bietergemeinschaften aufgefordert, ein verbindliches Angebot abzugeben. Am Ende des Ausschreibungsverfahrens beschloss der Kreistag im Dezember 2003 den Auftrag an die VICO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH aus Mannheim zu vergeben - wiederum einstimmig.

Transparente Informationspolitik

Dass alle Entscheidungen so reibungslos über die Bühne



Bildungszentrum Ostend im Rohbau.

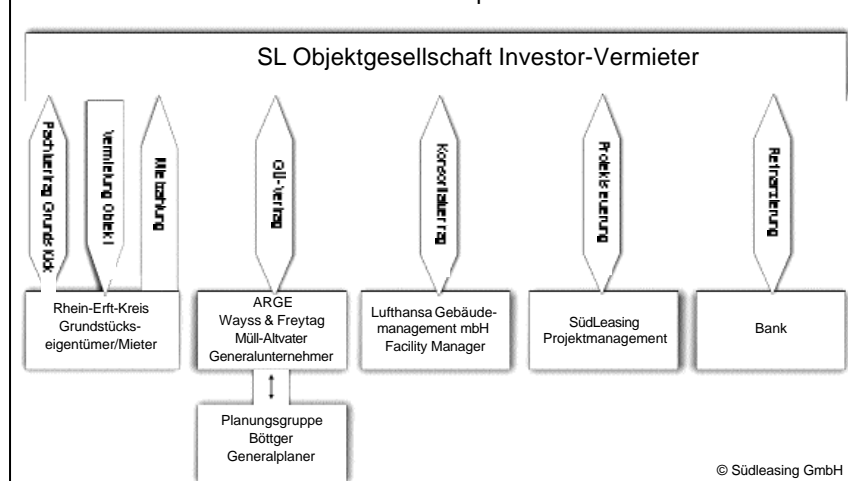
gingen, hat für Dezernent Cremer klare Gründe: „Wir sorgten für eine völlig transparente Informationspolitik, dem Kreistag und der Kommune und auch der Öffentlichkeit gegenüber. So wurde eigens eine Lenkungsgruppe des Kreistages gebildet, auch damit die Politiker jederzeit über den Stand informiert sind.“ Frechens Bürgermeister Hans-Willi Meier jedenfalls ist froh über die gefundene Lösung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und gab

dem Schulbauprojekt von Anfang an alle Unterstützung. Und Landrat Stump ist sicher, den richtigen privaten Partner gefunden zu haben: „Mit der Grundstücksverwaltungsgesellschaft haben wir uns in einem fairen und offenen Prozess binnen kürzester Zeit über die Genehmigungsplanung der Bauvorhaben verständigen können.“

Informationen im Internet: www.suedleasing.de; www.rhein-erft-kreis.de

VERTRAGSBEZIEHUNGEN

Sonderschule und Dreifachsporthalle in Frechen



werden zwei dringend benötigte Schulbauobjekte realisiert. Und wir haben eine Lösung gefunden, bei der wir pro Jahr 300.000 Euro sparen“, freute sich Werner Stump. Das ist möglich geworden, weil der Rhein-Erft-Kreis als Schulträger völlig neue Wege zur Finanzierung des Schulneubaus geht. Der Landkreis westlich von Köln ist der erste im Land Nordrhein-Westfalen, der einen Schulneubau in Public-Private-Partnership (PPP) errichtet. Das Land fördert das Vorhaben deshalb als Pilotprojekt für Schulneubauten.

Finanzierung und Bewirtschaftung

Das Projekt hat auch für Deutschland Pioniercharakter:

Umstellung von der ...

(Fortsetzung von Seite 5) lung der Eröffnungsbilanz
Arbeitspaket 4: Fragestellungen der laufenden Buchhaltung (Behandlung zentraler Geschäftsvorfälle der Kommune im NKF)

Strategische Fragen im Umstellungsprozess

Der Umstellungsprozess von der Kameralistik auf das NKF hat sicherlich auch eine strategische Komponente. Dies betrifft die Erstellung der Eröffnungsbilanz. Die Entscheidungen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden, haben Auswirkungen auf den zukünftigen Haushaltsausgleich.

Mit der Erstellung der Eröffnungsbilanz wird erstmals das kommunale Vermögen vollständig erfasst und bewertet. Damit werden die Grundlagen für die Abschreibungen in der Ergebnisrechnung gelegt. Die Ergebnisrechnung ist die Grundlage für die Ermittlung des Haushaltsausgleichs. Dies bedeutet grundsätzlich, dass mit wachsendem Umfang der Abschreibungen der Haushaltsausgleich erschwert wird. Demzufolge darf die Erstellung der Eröffnungsbilanz nicht als Formalität betrachtet werden, die am Ende eines Umstellungsprozesses steht. Die Eröffnungsbilanz ist mit Blick auf die Haushaltslage der Kommunen ein zentraler und strategisch wichtiger Baustein.

Sporthalle verantwortlich sind. Sie wurden darüber hinaus für eine Vertragslaufzeit von 25 Jahren auch mit Bewirtschaftung und Unterhalt der beiden Gebäude beauftragt: Full Service vom Hausmeisterdienst über das Schulsekretariat bis zur Verpflegung der rund 130 Schulkinder. Das, erklärt Stump, bringt dem Landkreis Vorteile, die sich rechnen: „Wir bekommen alle Leistungen aus einer Hand, die mit einem langfristig festgelegten einheitlichen monatlichen Entgelt vergütet werden. Und bei etwaigen Problemen hat der Kreis nur einen Ansprechpartner.“

Garantierte Festpreise

Der heißt VICO Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH und ist ein eigens für dieses Projekt gebildetes Konsortium aus der SüdLeasing GmbH, einer Tochtergesellschaft der Landesbank Baden-Württemberg, der Bauunternehmung Müller-Altivater aus Stuttgart, Wayss und Freytag aus Frankfurt sowie der Lufthansa Gebäudemanagement GmbH. Sie finanzieren, planen, bauen, bewirtschaften und betreiben den Neubau auf die Dauer von 25 Jahren. Zu vertraglich garantierten Festpreisen, auch für Instandhaltung und Betrieb.

Was dem Landkreis diese Public-Private-Partnership im Vergleich zu Bau und Betrieb in Eigenregie bringt, ließ Stump in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung ermitteln. Ergebnis: Über die vertragliche Laufzeit von 25 Jahren ergibt sich Jahr für Jahr eine Ersparnis von 300.000 Euro! Mit ihrem Know-How in Finanzierung, Bau- und Gebäudemanagement können die privaten Spezialisten einen Effizienzvorteil von mehr als zehn Prozent realisieren.

Zukunftsweisend für die öffentliche Hand

Ein solches Modell einer Public-Private-Partnership hat, erklärt Olaf Grübler, Mitglied der Geschäftsführung der SüdLeasing Gruppe in Stuttgart und Mannheim, „angesichts der angespannten Finanzlage öffentlicher Haushalte viele Vorteile mit zukunftsweisendem Modellcharakter“. Landrat Stump bestätigt diese Einschätzung: „Die umfassende Einbeziehung der privatwirtschaftlichen Stärken macht es der öffentlichen Hand möglich, auch in Zeiten knapper Kas-

Stifter sind die Sponsoren auch der Kommunen

Offt ein Notnagel in Zeiten leerer Kassen - In 2003 neuer Rekord bei Neugründungen - Bemerkenswertes soziales Engagement

In 524 Städten und Gemeinden Bayerns gibt es eine oder mehrere „öffentliche rechtsfähige Stiftungen“, insgesamt 2289 am Stichtag 31.12.2003. Aus berufenem Munde: „Gerade in einer Zeit, in der die Leistungen von Staat und Kommunen wegen der öffentlichen Finanznot immer weiter eingeschränkt werden, können gemeinnützige Stiftungen entstandene Lücken füllen und zum Gemeinwohl beitragen“, so Staatssekretär Georg Schmid vom Innenministerium, dem obersten Stiftungswächter.

Ulrich Schmetz sieht gerade die Kommunen als Nutznießer. Er betreut die von der Regierung von Oberbayern erfassten 914 Stiftungen, 573 davon in München ansässig. Sie könnten durchaus Sponsoren von Bund, Land und Kommunen genannt werden. Schmetz hat Kollegen in den anderen Bezirksregierungen, die unmittelbar Stiftern unter die Arme greifen, die die nicht einfachen Rechtsvorschriften beispielsweise für Stiftungsgründungen kennen. Stättliche 342 Seiten hat das Landesamt für Statistik mit dem neuen weiß-blauen Stiftungsverzeichnis gefüllt (31,00 Euro). Ausgeklammert sind kirchliche und reine Familienstiftungen. Anlässlich der Vorlage des umfangreichen Werkes freute sich Staatssekretär Schmid über den neuen Rekord von 142 neuen Stiftungen im Jahr 2003. Privatpersonen dominieren als Stifter. Hinzu kamen 20 neue kirchliche Stiftungen. Bayern liegt mit diesen Zahlen in der Spitzengruppe der Bundesländer. Welche Kapital- und Sachwerte in den 2.289 öffentlichen Stiftungen verankert sind, das weiß keiner. Mit der Schätzung, auf einen dreistelligen Millionenbetrag dürfte nicht zu hoch gegriffen sein.

Die in dreijährigem Turnus erstellte Bilanz nennt 369 Stiftungen in Schwaben, 274 in Unterfranken, 265 in Mittelfranken, 196 in Oberfranken, 137 bzw. 134 in der Oberpfalz und in Niederbayern. Zwischen dem Jahresende 2000 und dem von 2003 wurden in Bayern 397 öffentliche Stiftungen genehmigt, nur zehn aufgehoben. Damit hat sich in dieser Drei-Jahres-Spanne der Bestand von 1902 auf 226

erhöht. Die Bitte des Landtagspräsidenten Alois Glück, die Leute möchten in Zeiten knapper öffentlicher Kassen mehr ehrenamtliches Engagement zeigen, erfüllt sich unbestreitbar durch die Bereitschaft, Privatvermögen gemeinnützigen Zwecken zuzugute kommen zu lassen.

Wichtiger Leitfaden

Was vor allem juristisch bei Stiftungsgründungen zu beachten ist, darüber informieren die Sachbearbeiter der Bezirke. Regierungspräsident Werner-Hans Böhm hat dazu einen „Leitfaden“ zur Hand. In 2003 hat sein Amt 68 neue Stiftungen anerkannt, gegenüber 36 anno 1998. Dagegen habe in den letzten Jahren durchschnittlich lediglich eine Stiftung aufgehoben werden müssen. Das sei ein Beleg für die solide Ausstattung und Arbeit. Die Sachbearbeiter der Bezirksregierungen sind kostenlose Berater. Zu beachten ist, dass der Begriff „Stiftung“ häufig benutzt wird, ohne dass es sich dabei um eine öffentliche rechtsfähige Einrichtung handelt.

Politik will anspornen

Auf Bundes- und Länderebene ist in jüngster Vergangenheit einiges zur Modernisierung des Stiftungsrechts, ebenso zur leichten Handhabung der unentbehrlichen rechtlichen Absicherung unternommen worden.

Zum Ansporn winken Betuchten auch gewisse steuerliche Begünstigungen. Finanzminister Eichel und seine Länderkollegen sind sich über Zugeständnisse bei Schenkungs- und Erbschaftsteuer einig. Schon seit 2000

sind derartige Förderungen ausgeweitet. Stifter haben später, sobald sie Vermögensbestandteile einer Stiftung übereignet haben, auf diese keinen Zugriff mehr.

Unsterbliche Stiftungen

Stiftungen, in früheren Jahrhunderten, ja sogar bereits im Mittelalter geschaffen, sind so gut wie unsterblich. Herausragendes Vorbild sind die „Fürstliche und Gräfliche Fugger'sche Spitalstiftung“ von 1546, die Heiliggeist-Spital-Stiftung Schongau von 1445, die Heiliggeist-Stiftung Landshut, um 1206 ins Leben gerufen, und etliche andere.

Das neue Verzeichnis nennt noch 249 Stiftungen, bis 1800 gegründet. Bis 1939 existierten noch viel mehr so uralter Wohltätigkeitseinrichtungen mit längst ausgestorbenen Namen wie Leprosenstiftung. Aber Kriegsfolgen und Geldentwertung zeitigten tiefe Einschnitte. Wo sie dennoch in die neue Zeit herübergerettet werden konnten, wurden die Namen und Satzungen zwangsläufig modernisiert. Gelegentlich wurde zudem ihr Kapitalstock nachgefüllt.

Kommunale Treuhänder

Zum Zeitpunkt Ende 2000 wurden 426 Stiftungen in Bayern durch eine Stadt oder Gemeinde verwaltet. Die Ausschüttungen der verwalteten Stiftungsvermögen - auch außerhalb der kommunalen Treuhändlerschaft - werden vielfältig genutzt. Sie zielen häufig auf Wissenschaft und Forschung, neuerdings auf Umwelt- und Denkmalschutz. Heimatpflege, Sport, Kunst und Kultur, ebenso das Gesundheitswesen werden oft bedacht. Vielen Stiftern liegt am Herzen, unterschiedliche Einrichtungen zu Empfängern zu bestimmen.

Eindeutiger Schwerpunkt sind die sozialen Zweckbestimmungen, so Schmetz. Die Geber ha-

ben in der Regel altruistische Motive. „Es ist mir in dieser Gesellschaft gut gegangen, ich habe Erfolg gehabt und will etwas zurückgeben“, bekommen die Beamten zu hören. Dem Bereich „Allgemeine Wohlfahrt“ zugeordnet sind die Hilfen für alte Menschen, für Behinderte, Bedürftige, Kinder und Jugendliche.

Die Geber sind vermögende Private oft ohne Erben, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft ohne geeignete Rechtsnachfolger, denen es nicht zuletzt um die Sicherung der Arbeitsplätze in ihren Unternehmen geht. Neu ist der Trend, Vereine mit finanziellem Fundus in Stiftungen umzuwandeln, schon um einer Verwässerung der Ideen der Gründer vorzubeugen.

Sparkassenstiftung

Mit großem Engagement wurde 1994 die „Bayerische Sparkassenstiftung“ aus der Taufe gehoben zur Förderung auch des „Brauchturns in allen Regionen Bayerns“. Namhafte Stiftungen erinnern durch ihre Benennung an Leute, die im gesellschaftlichen Bereich eine Rolle spielten wie die „Alfons-Goppel-Stiftung“ von 1960 zugunsten von Entwicklungsländern. Die Kai-Uwe-von-Hassel-Stiftung fördert Abiturienten der Regensburger Domschatzen. Thomas Gottschalk lässt seit 1992 Hilfsbedürftige „unabhängig von Nationalität, sozialem Stand oder Religion“ nicht im Regen stehen. Heinz Sielmann startete 1994 eine Stiftung zum Schutz der Natur. Den Namen der Familie Siemens tragen gleich drei Stiftungen in München; Anneliese und Wolfgang Schieren - der früh verstorbene Allianz-Chef und seine Frau - haben ihr Erbe guten Zwecken zugeführt.

Nicht zu übersehen ist die „Stiftung Maximilianeum“ von 1816 „zur Unterstützung talentvoller Jünglinge vor allem für Zwecke des Staatsdienstes“. Durch Zustiftung sind seit 1980 nun auch „weibliche Studierende“ eingeschlossen. Diese Stiftung ist frei von finanziellen Sorgen, denn in ihrem Besitz ist das historische Gebäude über der Isar. Als Untermieter zahlt der Landtag allmonatlich eine erkleckliche Miete. **mhb**

Micro-Chip statt Magnetstreifen

SparkassenCard mit neuem Sicherheitsstandard Geldkarte wird zum Multitalent

Der kleine goldene Micro-Chip auf Sparkassen- und Bankkarten entwickelt sich immer mehr zum leistungsfähigen Multitalent. Viele Verbraucher nutzen die Geldkarte bereits als elektronische Geldbörse und ersparen sich so im Alltag die lästige Suche nach Kleingeld. Karten mit neuartigen Chip-Funktionen sollen das herkömmliche Magnetstreifen-System ablösen.

Augsburg, Parkschein, Strassenbahnkarte, Briefmarken, Getränke - auch im Raum Augsburg können Verbraucher an immer mehr Automaten mit der Geldkarte bargeldlos zahlen. Auf den Cent genau werden die Geldbeträge elektronisch vom kleinen, wieder aufladbaren Chip auf der SparkassenCard abgebucht, ohne dass eine Geheimnummer eingegeben werden muss. „Die Geldkarte hat sich nach einigen Startschwierigkeiten Ende der 90-er Jahre sehr positiv entwickelt“, sagt Werner Hallek, Leiter Electronic Banking bei der Kreissparkasse Augsburg. Allein im ersten Halbjahr 2004 verzeichnete das Kreditinstitut eine Zunahme bei den Ladetransaktionen von rund 10 Prozent; 20 Prozent mehr Kunden als noch im Vorjahr nutzen die Geldkarte.

Großer Vorteil der Chiptechnologie: Sie ist noch sicherer als das herkömmliche Magnetstreifen-System. So kann das Missbrauchsrisiko deutlich reduziert werden. „Am Chip kommt künftig keiner mehr vorbei“, prophezeit Hallek. Der Chip ist derzeit praktisch fälschungssicher und soll deshalb in einigen Jahren den Magnetstreifen ablösen.

Neue Chippeneration

Auf die veränderten Sicherheitsanforderungen hat die Kreissparkasse bereits reagiert und begonnen, an ihre Kunden SparkassenCards auszugeben, in die eine völlig neue Chippeneration nach dem EMV-Sicherheitsstandard integriert ist. Dieser Standard wurde von der Firma Europay in Kooperation mit den Kreditkarten-Spezialisten MasterCard und Visa entwickelt.

Elektronische Signatur

Die neuen Chips dienen künftig aber nicht nur als Speicher für die Kartendaten, sondern erlauben zum Beispiel auch das Ein-

bringen einer elektronischen Signatur, welche die verbindliche Unterschrift bei Transaktionen ermöglicht. Längst etabliert auf dem SparkassenCard-Chip hat sich das Rabattsystem der AugsburgCard GmbH, das ebenfalls einen freien Speicherplatz auf dem Mikro-Chip nutzt. Voraussichtlich ab 2005 können Onlinebanking-Kunden der Sparkasse ihre Transaktionsnummern mit Chipkarte und einem speziellen Kartenleser selbst generieren und sind nicht mehr auf die TAN-Papierlisten angewiesen. „Größtmöglichen Komfort bei Zahlungen und Transaktionen bei höchster Sicherheit, das wollen wir unseren Kunden bieten“, erläutert Hallek.

JobCard und BusinessCard

Auch bei verschiedenen Vorhaben des Staates soll nach dem Willen des Gesetzgebers der Chip auf den Karten der Kreditinstitute eine zentrale Rolle einnehmen. Mit der JobCard beispielsweise ist vorgesehen, dass bis Ende 2005 alle rund 40 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitslosen Signaturkarten erhalten. Mit Einführung des neuen Jugendschutzgesetzes sollen ab 2007 Zigaretten nur noch an Kunden über 16 Jahren verkauft werden dürfen. Auch hier soll der Chip der Sparkassen und Banken weiterhelfen. Automaten-Aufsteller rüsten derzeit ihre Geräte auf Geldkarte um.

Speziell auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen ist die neue Business Card zugeschnitten, die Bayerns Sparkassen ab November 2004 ihren Firmenkunden anbieten. Die von der Bayern Card-Services GmbH entwickelte Kreditkarte bringt Unternehmern und Freiberuflern eine Reihe von Vorteilen - von längeren Zahlungszielen über vereinfachtes Beschaffungs- und Büromanagement bis zu erheblichen Einsparungen beim Einkauf und bei Geschäftsreisen. **z**

Runder Tisch Bayern

Eine Initiative von KfW und LfA mit IHK und HWK

Das neue Projekt „Runder Tisch Bayern“ stellen Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu und hochrangige Vertreter der KfW Mittelstandsbank, der LfA Förderbank Bayern, der Bayerischen Industrie- und Handelskammertages und der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Handwerkskammern stellten vor.

Kerninhalt ist die Bereitstellung kostenloser Beratungsleistungen für kleine und mittlere Unternehmen in Bayern, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Der „Runde Tisch Bayern“ soll diesen Unternehmen dabei helfen, ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit wieder herzustellen und so wirtschaftlich wieder sicheres Fahrwasser zu erreichen. Zusammen mit der Task Force der LfA, den IHKs sowie den Handwerkskammern besteht damit ein äußerst wirkungsvolles Angebot für den bayerischen Mittelstand,“ so Wiesheu.

In Sachen Krisenberatung sammelte man bei der LfA mit der „Task Force“ seit 1996 bereits beste Erfahrungen. Für mehr als 3.000 Unternehmen mit wirtschaftlichen Problemen war sie schon ein hilfreicher neutraler Ansprechpartner. Diese wertvolle Know-how fließt jetzt in das Projekt „Run-

der Tisch Bayern“ mit ein. Den Vorteil des „Runden Tisches“ für die Unternehmer, die gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schiefelage aufgrund zu hoher Kosten oftmals zögern würden, Unterstützung durch externe Berater in Anspruch zu nehmen, unterstrich Dr. Reinhard Dörfler, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages. „Durch den Einsatz von Unternehmensberatern, deren Aufwandsentschädigung durch die KfW und die LfA übernommen wird, entstehen zunächst, außer den Fahrtkosten, keine finanziellen Belastungen für den Unternehmer. Gerade in Krisensituationen ist schneller, effektiver und fachkundiger Rat erforderlich.“

Alle vier Partner informieren über das Projekt auf ihrer Homepage unter www.lfa.de, www.kfw-mittelstandsbank.de, www.ihk-muenchen.de und www.hwk-muenchen.de. **z**

Neustrukturierung der GSB schreitet planmäßig voran

Die Neustrukturierung der Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung in Bayern (GSB) schreitet planmäßig voran. Insbesondere die von den Gutachtern Ernst & Young empfohlene Schließung des Standorts Schwabach kann wie vorgesehen zum 31. Januar 2005 realisiert werden. Dieses Fazit zogen Umweltminister Werner Schnappauf und Staatssekretär Franz Meyer aus dem für Staatsbeteiligungen zuständigen Finanzministerium in München bei ihrem Bericht vor dem Umweltausschuss des Bayerischen Landtages.

Schnappauf wies damit zugleich Forderungen der Grünen, die ein weiteres Sanierungskonzept für die GSB verlangt hatten, als haltlos zurück.

Schnappauf: „Wieder einmal zeigt sich, dass die Grünen nicht auf der Höhe der Zeit sind und lediglich politisches Getöse ohne Substanz vollführen. Mit den Empfehlungen von Ernst & Young und den darauf aufbauenden Beschlüssen der Staatsregierung und der Organe der GSB liegt eine schlüssige und tragfähige Grundlage für die Neustrukturierung vor. Die vom Freistaat und anderen Gesellschaftern übernommene Bürgschaft von 20 Mio. Euro ist dafür ausreichend.“

Ab 2007 schwarze Zahlen

Die Gutachter gehen davon aus, dass die GSB bei Umsetzung der Empfehlungen ab 2007 schwarze Zahlen schreiben kann. Das Konzept wird von den Beteiligten zügig umgesetzt. Dem Betriebsrat der GSB und der Belegschaft, insbesondere am Standort Schwabach, zollte Schnappauf höchsten Respekt für ihre hohe Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Hohe Transparenz

Schnappauf betonte, dass die Neustrukturierung an beiden GSB-Standorten intensiv von politischen Beiräten begleitet werde. Hier werde eine Beteiligung der Mandatsträger vor Ort und hohe Transparenz bei allen Schritten sichergestellt.

Großzügige Leistungen

Wie der Minister weiter berichtete, biete die GSB den Beschäftigten am Standort Schwabach mit dem zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung bereits vereinbarten Interessenausgleich und dem mit rund 8 Mio. Euro dotierten Sozialplan Leistungen an, die als großzügig einzustufen sind. Zudem werde derzeit intensiv nach Möglichkeiten gesucht, möglichst viele der bisherigen GSB-Mitarbeiter in neue Ar-

beitsplätze in der Region zu vermitteln.

Voller Einsatz bis zuletzt

Schnappauf: „Mit alledem wollen wir klar machen, dass uns das Schicksal der Menschen nicht gleichgültig ist.“ Besonders würdigte Schnappauf die erklärte Bereitschaft der Belegschaft in Schwabach, trotz ihrer schwierigen Zukunftssituation bis zuletzt mit vollem Einsatz für ein sicheres Abschalten der Anlage zu sorgen.

Auch die Übernahme der Nachsorgeverpflichtungen der GSB durch den Freistaat ist schon weitgehend unter Dach und Fach. Die entsprechenden Verträge sind bereits abge-

schlossen. Damit erhält die GSB die Möglichkeit, die bisher für die Deponien gebildeten Rückstellungen aufzulösen.

Bürgschaft des Freistaats entfällt

Schnappauf: „Damit kann auch - anders, als die Grünen behaupten - die bisherige Bürgschaft des Freistaats für die Deponien in Höhe von 63 Mio. Euro entfallen.“ Eventuell in der Zukunft anfallende Kosten aus Deponienachsorgeverpflichtungen muss die GSB dem Freistaat über den vereinbarten Besetzungsschein zurückerstatten, wenn sie wieder schwarze Zahlen schreibt.



Immens wachsende Abfallberge und knapp gewordener Deponieraum zwingen zum Umdenken. Seit Einführung des Grünen Punktes 1991 ist die Menge des Restmülls drastisch gesunken. Bild: Thomas Mayer

Der Countdown läuft

Neue Verwertungswege durch Kooperation der PVC-Baustoff-Recycling Initiativen.

Die Zeit läuft. Und damit läuft auch der Countdown für unbehandelte Abfälle. Die dürfen nach den Regelungen der Abfallvermeidung und der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab dem 1. 6. 2005 nicht mehr auf Deponien entsorgt werden.

Auch PVC-Baustoffe fallen - wie Holz oder Papier - unter dieses Entsorgungsverbot. Betroffen sind ausgesiedelte Fenster- und Türprofile, aber auch Rolläden, Dachbahnen, Bodenbeläge und Rohre aus PVC. Und betroffen sind Abbruch- und Entsorgungsunternehmen, Fensterbauer und sonstige Handwerksbetriebe. Auf solche Unternehmen, die regelmäßig größere Mengen an PVC-Altschutt entsorgen haben, wartet ein logistisches Problem. Und es wartet auf sie eine in ökologischer und ökonomischer Hinsicht sinnvolle Alternative.

Kein Neuland

Die Wiederverwertung von Altfenstern, -türen oder -rolläden aus PVC ist für die deutschen Kunststoffprofilhersteller kein Neuland. Auch ohne gesetzliche Vorgaben haben sie sich freiwillig zu einer Recyclinginitiative zusammengeschlossen und als Service-Dienstleister in Sachen PVC-Fenster-Recycling die Rewindo GmbH mit Sitz in Bonn gegründet.

Dabei kooperiert die Rewindo mit den namhaften Recyclingunternehmen Tönsmeier Kunststoffe und VEKA Umwelttechnik. Sie stellen die Technik und bundesweite Logistik vom Einsammeln des Materials bis hin zur Wiederaufbereitung und Lieferung des gewonnenen PVC-Recyclats zur Weiterverarbeitung bereit. So sind z. B. Altfenster aus Kunststoff nahezu vollständig recycelbar.

Wichtiges Signal

Gewonnen wird aus ihnen wertvoller Rohstoff für neue Fenster und PVC-Produkte. Deshalb ist die werkstoffliche Wiederverwertung auch finanziell oft interessanter als die Entsorgung. Ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiges Wirtschaften ist es allemal.

Effizientes Recycling

Die Rewindo versorgt alle interessierten Unternehmen mit den notwendigen Informationen zum Thema „PVC ins Recycling statt auf die Deponie“. Zu-

Abfallvermeidung:

Freistaat geht neue Wege

Bayern geht völlig neue Wege, um die Abfallvermeidung voranzutreiben. Künftig sollen schon bei der Produktentwicklung Erkenntnisse aus der Entsorgung berücksichtigt werden, beispielsweise indem zu 100 Prozent recyclingfähiges Material verwendet wird. Dazu hat der Freistaat inzwischen 11 Modellprojekte mit über 5 Millionen Euro Förderung initiiert, um in den verschiedenen Branchen diesen neuen Ansatz der sog. Integrierten Produktpolitik (IPP) umzusetzen. Mit IPP sollen innovative Produkte mit deren ökologischer Verträglichkeit verbunden werden, erklärte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf zum Abschluss des Forschungsprojekts in der Möbelbranche.

Forschungsprojekt in der Möbelbranche

Die auf den Prinzipien von IPP basierenden Küchenmöbel entwickelte ein durch Wissenschaftler unterstütztes Gremium aus Praktikern, beginnend vom Holzverarbeiter über den Händler und Elektrogerätehersteller bis hin zum Transporteur, Monteur und Entsorger.

Schnappauf: „Durch intensive Diskussionen aller beteiligten Firmen entstand eine neue Sichtweise auf die unterschiedlichen Bedürfnisse. So konnten Arbeitsabläufe, Reparaturfreundlichkeit und Recyclingfähigkeit optimiert werden.“ So wurden beispielsweise dünnere Spanplatten verwendet, um Ressourcen zu schonen und verklebte Verbundwerkstoffe vermieden, um die Demontage bei der Entsorgung zu erleichtern.

Schnappauf: „IPP rentiert sich für Umwelt, Wirtschaft und Verbraucher zugleich.“ Der Freistaat förderte das innovative Konzept mit 160.000 Euro.

sätzlich vermittelt sie auch Kontakte zu den Recyclingsystemen für andere PVC-Baustoffe wie z. B. Bodenbeläge, Dachbahnen oder Rohre. Dadurch wird das Recycling noch effizienter. Ansprechpartner bei der

Rewindo ist Geschäftsführer Michael Vetter. Er hilft, rechtzeitig nach Verwertungsalternativen Ausschau zu halten. Die Rewindo GmbH ist unter der Telefonnummer 0228/921 28 30 erreichbar.

Nachhaltigkeit durch Recycling

Abschluss des 2. Internationalen PRO EUROPE-Kongresses in Berlin

„Recycling ist ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung“, sagte Hans-Peter Repnik, Vorstandsvorsitzender der Duales System Deutschland AG und Präsident von PRO EUROPE zum Abschluss des 2. Internationalen PRO EUROPE-Kongresses.

„Ressourcenknappheit und steigende Rohstoffpreise werden die Bedeutung des Recyclings und der Gewinnung von Sekundärrohstoffen in Zukunft weiter steigern. Die ökologische und ökonomische Effizienz des Recyclings muss daher stetig weiter entwickelt werden. Nur wenn wir dies durch unsere intensive, internationale Zusammenarbeit umsetzen, können wir einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen leisten“, stellte Repnik fest.

Dachorganisation europäischer Grüner-Punkt-Systeme

Im Rahmen der Europäischen Recyclingwoche 2004 tagten rund 600 internationale Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Verbänden im September in der Berliner Humboldt-Universität. Der Kongress stand unter der Schirmherrschaft des ehemaligen tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel. PRO EUROPE ist die Dachorganisation 22 europäischer Grüner-Punkt-Systeme und ihrer Kooperationspartner in Großbritannien und Kanada.

Internationales Weißbuch

„Ein Parlament hat die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren. Aus diesem Grund möchte ich eine Delegation des 1. Europäischen Jugend Umwelt-Parlaments nach Brüssel einladen“, sagte der Vorsitzende des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, Karl-

Heinz Florenz. So könnten die Jugendlichen die Umsetzung ihrer Forderungen persönlich überprüfen. 120 Jugendliche des 1. Europäischen Jugend Umwelt-Parlaments hatten Florenz auf dem Kongress ein Umwelt-Weißbuch mit 15 Aktionsvorschlägen überreicht.

Politische Forderungen

Rund 2.700 Schüler im Alter von 13 bis 15 Jahren hatten gemeinsam ein internationales Weißbuch mit Forderungen an die europäische Politik erstellt, das sich an den Themen des 6. EU-Umweltprogramms orientiert. So forderten die Jugendlichen aus zehn Ländern zum Beispiel, das Recht auf eine ausgewogene und organische Ernährung in der Europäischen Verfassung zu verankern und Regierungsinstitutionen dazu zu verpflichten, Recycling-Standorte in ihren Gebäuden einzurichten.

Jugend ernstnehmen

Florenz versprach, die Forderungen der Jugendlichen im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments auf die Tagesordnung zu setzen. „Das beeindruckende Engagement der Schüler außerhalb des Unterrichts zeigt, dass sich die Jugend in Europa um die Umwelt sorgt und über die Grenzen hinweg nach Lösungen sucht. Dies nehmen wir sehr ernst und werden uns intensiv mit ihren Analysen und Forderungen beschäftigen“, versprach Florenz auf dem Kongress.

Recyclingquoten führen zu „grotesken Kapriolen“

Würzburger Verpackungsforum diskutierte neue Wege für die Abfallentsorgung

Auf dem fünften Würzburger Abfallforum <http://www.abfallforum.de>, organisiert vom Witzhausen-Institut, hat Professor Peter Michaelis vom Sachverständigenrat für Umweltfragen <http://www.umweltrat.de> eine Abkehr von staatlichen Quotenvorgaben für das Recycling von Verpackungen gefordert. „Über Verwertungsquoten versucht der Gesetzgeber, bestimmte Recyclingmengen zu erzwingen, die der Markt bei den gegebenen Preisen nicht freiwillig erzeugt“, betonte Michaelis in seinem Vortrag vor rund 250 Fachleuten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien. Wenn man staatlich erzwungene Verwertungsaktivitäten nur mit Subventionen leisten könne, entstünden Ausweichreaktionen. Das könne man am Kunststoffrecycling des Grünen Punktes erkennen.

„Über die an das Duale System (DSD) gezahlten Lizenzgebühren werden nicht nur Sammlung und Sortierung finanziert, sondern auch Subventionen für die Verwertung von Plastikverpackungen“, so Michaelis. Es sei aber nicht immer möglich, den tatsächlichen Verbleib der zur Verwertung abgegebenen Kunststoffabfälle lückenlos nachzuprüfen. „Das lockt auch unseriöse Anbieter in den Markt, die die Subvention mitnehmen und die Kunststoffabfälle dann anderweitig entsorgen“, kritisierte Michaelis.

Distanzierte Position des Umweltrats

Der Umweltrat nehme deshalb in seinem neuen Umweltgutachten eine sehr distanzierte Position ein zu dem Versuch, Abfallströme durch Vorgabe von Quoten in bestimmte, vorab definierte Entsorgungswege zu lenken. Besser wäre es, auf hohem Niveau harmonisierte Umweltstandards festzulegen und die dann noch verbleibenden Umweltbelastungen durch die

Energie aus Abfall:

Mittelstand steht in den Startlöchern

„Der Mittelstand nimmt die Herausforderung an. Der neu entstehende Markt für Ersatzbrennstoffe ist gerade für effektive mittelständische Lösungen wie geschaffen.“ erklärte heute bvse-Vizepräsident und Vorsitzender der bvse-Fachvereinigung Altholz und Ersatzbrennstoffe, Johannes Blees, auf der bvse-Tagung „Energie aus Abfall“ in Weimar.

Auf der Tagung wurde dargestellt, dass ab dem 01. Juni 2005 ein gesetzliches Vorbehandlungsgebot in Kraft tritt und diese Vorbehandlung, so Blees, wird in der Regel eine thermische Verwertung sein. Bisher gehe man jedoch davon aus, dass es zu geringe Kapazitäten für die thermische Vorbehandlung gebe. Der bvse schätzt, dass die Unterkapazität momentan ca. drei Millionen Tonnen betrage.

Zuverlässiger Partner der Industrie als Ziel

Die mittelständische Recycling- und Entsorgungsbranche wird sich hier verstärkt engagieren. „Wir stehen in den Startlöchern. Unsere Zielsetzung ist, dass wir in diesem Markt gefragter und zuverlässiger Partner der Industrie werden. Erfreulich ist, dass auch die Industrie, die Ersatzbrennstoffe einsetzt, großes Interesse an einer starken Zusammenarbeit hat,“, berichtete Blees von der Tagung in Weimar.

Eine Gefahr für diesen wach-

senden Markt sieht der bvse in der zunehmenden Marktkonzentration in der Entsorgungswirtschaft. Die Übernahme der RWE Umwelt AG durch die Rethmann AG und die daraus resultierende Bündelung von thermischen Behandlungskapazitäten in einer Hand kann schnell dazu führen, so bvse-Vizepräsident Johannes Blees, dass sich neue Monopolstrukturen auf der Nachfrageseite bilden.

Negativpreise verderben den Charakter

Der administrativ induzierte Überhang des Angebots an Sekundärrohstoffen verführt auch nach Auffassung von Wolfgang Schertz, Vorstandschef der Landbell AG (<http://www.landbell.de>) in Mainz, zu grotesken Kapriolen. „Negativpreise etwa für Altkunststoff verderben gleichermaßen Charakter, Gewissen und Rohstoffmärkte im Inland und im Ausland.“

Kaum nennenswerte Vermeidung von Verpackungen

Da der Grüne Punkt als Umsetzungsinstrument der Verpackungsverordnung zwangsläufig an einem Maximum an Lizenzeinnahmen interessiert war, gab es und gibt es bis heute kaum eine nennenswerte Vermeidung von Verpackungen. Etwaige Rückgänge sind überwiegend konjunkturell bedingt“,

Gefordert sind verlässliche politische Rahmenbedingungen

Voraussetzung für ein starkes Engagement des Mittelstandes seien jedoch vor allem verlässliche politische Rahmenbedingungen hieß es auf der Tagung. „Es muss ganz klar sein, dass die Möglichkeit der Deponieverwertung oder die Müllverbrennung nach Osteuropa nicht zu Billigschlupflöchern werden. Der Vollzug in den Ländern muss diesen möglichen Tendenzen konsequent einen Riegel vorschreiben.“

monierte Schertz in seinem Referat. Was der Markt nachfrage, soll er sich holen. „Der Staat verordnet das Sammeln, die Wirtschaft muss schauen, was sie damit macht“. Hier liege der

Kern der Produktverantwortung, die sich auf alles Produzierte beziehe und nicht nur auf Verpackungen, die nur einen geringen Anteil des Gesamt Mülls ausmachen.

Die Reduzierung der Umweltdenkte auf Verpackungen

Getrennte Erfassung weiter entwickeln

Diskussion auf dem 6. Europäischen Recyclingtag des bvse in Leipzig

Die Diskussion um neue Möglichkeiten der Erfassung von Haushaltsabfällen wurde auch auf dem 6. Europäischen Recyclingtag des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. geführt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand das Pilotvorhaben der Alba AG in Leipzig mit der Einführung der „Gelben Tonne plus“.

Peter Kurth, Vorstand der Alba AG, betonte, dass der Arbeitstitel „Gelbe Tonne plus“ schon ausdrücke, dass es nicht darum gehe, die getrennte Erfassung in Frage zu stellen. Seinem Unternehmen gehe es vielmehr darum, im Leipziger Pilotversuch wissenschaftlich begleitet zu untersuchen, ob eine sinnvolle Weiterentwicklung der Gelben Tonne, also die Miterfassung von Elektrokleingeräten, Metallen und Kunststoffen aus ökologischer wie ökonomischer Sicht sinnvoll sei.

Erweiterungsoption

bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer machte deutlich, dass sein Verband diesen Versuch mit großer Aufmerksamkeit verfolgen werde. Er sehe in dieser Erweiterungsoption eine sinnvolle Möglichkeit, die Erfassung zu optimieren, ohne auf der Qualitätsseite in zu große Schwierigkeiten zu kommen. Anders wie etwa bei der RWE-Tonne, gehe es hier nicht um den plumpen Versuch, den Kampf um Abfälle zu gewinnen. Fischer: „Dem bvse geht es um eine sinnvolle hochwertige Verwertung, nicht darum, den Abfall zu verbrennen.“

Prüfungswerte Alternativen

Der Vertreter der DSD AG, Dr. Fritz Flanderka, zeigte sich überzeugt, dass in den meisten Gebieten in Deutschland auch zukünftig die bewährten Sammelstrukturen erhalten bleiben. Er sehe aber neue Ansätze, wie die „Gelbe Tonne plus“, für bestimmte Gebiete als prüfungswerte Alternativen.

„Gelbe Tonne plus“

Dieser Linie folgte auch Hans-Dieter Kowalski, Leiter des Referats Abfallwirtschaft im sächsischen Umweltministe-

riem. Angesichts von Fehlwürfen, die in manchen Gebieten 45 Prozent ausmachten, sei das Projekt der „Gelben Tonne plus“ ein interessanter Ansatz. Er verwies auch darauf, dass mit der Umsetzung der WEEE in Deutschland diese Art der haushaltsnahen Erfassung von Elektrokleingeräten eine bürgerfreundliche Lösung darstelle.

„Dort werden teils vereint und teils getrennt diverse Sekundärrohstoffströme angeliefert: Scherben aus der Mehrweggebindeabfüllung, Scherben von Altglas-Sammelgefäßen aus nicht bepfandeten Verpackungen wie Senf- und Marmeladegläsern, Pfandflaschen aus der Abfüllung carbonisierter Erfrischungsgetränke, Bierflaschen aus der Automatenrücknahme oder manuellen Rücknahme, Einweggebinde aus dem Kastenverkauf, Spezial- und Laborglas und auch Flachglas. Das alles teilweise farbgetrennt. Im Schmelzofen vereinigt sich vieles inniglich“, so Schertz.

Staat soll Ziele vorgeben

Ideal wäre es, wenn nicht die Verpackung, sondern die darin enthaltenen Sekundärrohstoffe in einer Gesamtschau aller Rohstoffe zu Bündeln gleicher Verwertungswege zusammengefasst würden. „Der Staat sollte nicht die Wege und Verfahren, sondern die Ziele vorgeben und lediglich indirekte Lenkungsmittel einsetzen“, forderte Schertz.

„Klasse statt Masse“

Eva Leonhardt von der Deutschen Umwelthilfe war vor allem wichtig, dass die Qualität im Vordergrund stehe. „Klasse statt Masse“ war ihre Forderung. Der Deutschen Umwelthilfe sei wichtig, wie eine sinnvolle Kreislaufwirtschaft organisiert werden könne, die einen tatsächlichen ökologischen Nutzen generiere. Wichtig sei daher, dass hochwertige Stoffströme erreicht würden, die auch hochwertig verwertet werden könnten.

Stoffströme generieren

Der Vertreter des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, Alexander Schink, erklärte, dass die Kommunen es grundsätzlich begrüßten, wenn die Verwertungsquote gesteigert werden könnte. Die Technik ändere sich, und wenn dies dazu führe, dass erwiesenermaßen zu geringeren Kosten, ökologisch gleichwertig und bei guter Qualität Stoffströme zur hochwertigen Verwertung generiert werden könnten, müsse man dies aufgreifen.

Vorbehalte des Landkreistags

Große Vorbehalte habe der Landkreistag jedoch gegen die Option der gemeinsamen Erfassung von Restabfall in der Gelben Wertstofftonne. Diese Ausbehebung der Überlassungspflicht werde man nicht akzeptieren

Der Grüne Punkt stellt sich dem Wettbewerb

Neue Unternehmensstruktur zur Lösung der kartellrechtlichen Probleme

Die Duales System Deutschland AG (DSD AG) wird auf Grund der Forderungen des Bundeskartellamts die kartellartige Struktur des Unternehmens auflösen und sich für den Kapitalmarkt öffnen. In Verhandlungen mit dem Bundeskartellamt hat sich erwiesen, dass dies der einzige verantwortbare Weg ist, eine Untersagung abzuwenden und damit den dauerhaften Fortbestand des Unternehmens zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund hat der Aufsichtsrat bei seiner Sitzung in Abstimmung mit dem Bundeskartellamt folgende Entscheidungen getroffen:

1. Großunternehmen des Handels und der Industrie sollen aus dem Kreis der Aktionäre ausscheiden. Den Aktionären wird ein entsprechendes Angebot zur Übernahme der Aktien vorgelegt.

2. Die bisherigen Stillen Beteiligungen von Unternehmen des Handels und der Industrie werden gekündigt. Damit entfallen künftig die bisher an Stille Gesellschafter geleisteten Zinszahlungen.

3. Der Anteil der verbleibenden bisherigen Aktionäre am Stammkapital wird auf unter 25 Prozent zurückgeführt. Hierfür erfolgt erforderlichenfalls eine Kapitalerhöhung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Altaktionäre.

4. Bis zur Herstellung von Streubesitz der Aktien durch einen Börsengang oder eine vergleichbare Platzierung am Kapitalmarkt werden die durch die Kapitalerhöhung geschaffenen Aktien durch einen neutralen Investor übernommen, der nicht Kreisen verbunden ist, die mit der Umsetzung der Verpackungsverordnung befasst sind. Der Aufsichtsrat hat den Vorstand gebeten, unverzüglich in Verhandlungen mit geeigneten Institutionen einzutreten.

5. Als Voraussetzung für die Herstellung der Börsenfähigkeit werden künftig Gewinnausschüttungen des Unternehmens zugelassen.

6. Die Regelung der Satzung der DSD AG, wonach die Aufsichtsratsmitglieder von den durch die Verpackungsverordnung verpflichteten Kreisen entsandt werden, wird aufgehoben. Der Aufsichtsrat wird nach der Kapitalerhöhung von 6 auf 12 Mitglieder erweitert, wobei die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder im Amt bleiben.

7. Von der DSD AG eingelegte Rechtsmittel gegen die Zulassung von Konkurrenzsystemen nach § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung werden zurückgezogen.

Nach Abschluss der Vorbereitungen wird eine außerordentliche Jahreshauptversammlung der DSD AG stattfinden, da das Konzept der Bestätigung durch eine satzungsändernde Mehrheit der Aktionäre bedarf.

Das Bundeskartellamt hat in Aussicht gestellt, das anhängige Untersuchungsverfahren gegen die DSD AG einzustellen, wenn die notwendigen Maßnahmen bis zum Jahresende umgesetzt oder in unumkehrbarer Weise eingeleitet worden sind. Der Aufsichtsrat erwartet, dass die konsequent wettbewerbsfördernde Ausrichtung des Dualen Systems zu sinkenden Kosten bei der Entsorgung von Verpackungen und damit zu weiteren Absenkungen der Lizenzgebühren für den Grünen Punkt führen wird. Er ist daher davon überzeugt, dass die DSD AG auch in der neuen Unternehmensstruktur ihre führende Rolle bei der Umsetzung der Produktverantwortung behaupten wird.

Stadtparkasse München erneuert ihr Umweltzertifikat

Umweltbewusstsein ist für die Stadtparkasse München nicht erst in jüngster Zeit ein Thema. Bereits 1995 hat sich das Haus mit der Veröffentlichung des ersten Ökoberichtes auf den Weg zur „umweltfreundlichen Sparkasse“ gemacht. Mit der Einführung eines Umweltmanagementsystems im Jahre 2000 entschied sich die Stadtparkasse dafür, den bisherigen Weg des freiwilligen nachhaltigen Wirtschaftens konsequent weiterzugehen. Damit verbunden ist auch die regelmäßige Erneuerung ihres Umweltzertifikats nach den europaweit anerkannten Standards. So auch in diesem Jahr.

Die aktuelle Prüfung 2004 wurde erneut erfolgreich bestanden. Der Gutachter hat den drei zentralen Standorten erneut das Umweltsiegel verliehen. Allein an diesen geprüften Standorten arbeiten über 1.300 Mitarbeiter der Stadtparkasse München.

Unsere ökologischen Bemühungen teilen sich in verschiedene Bereiche auf. Dabei bilden die direkten Umweltauswirkungen aus dem Geschäftsbetrieb, die so genannte Betriebsökologie, den Schwerpunkt. Hier geht es darum, Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Dieses Ziel kann jedoch in Konflikt mit dem Ausbau einzelner Geschäftsbereiche stehen. So stieg wegen der zunehmenden Zahl von SB-Geräten und PC's am Arbeitsplatz der Stromverbrauch in den letzten drei Jahren um 18 Prozent.

Im Sinne der Ressourcenschonung hat die Stadtparkasse im Gegenzug jedoch in mehreren anderen Teilbereichen deutliche

Erfolge erzielt. So reduzierte sie den Papierverbrauch um über sechs Prozent, im Vergleich zu 1999 sogar um knapp 40 Prozent. Dies ist unter anderem auch dem zunehmenden Einsatz unseres elektronischen Bürokommunikationssystems zu verdanken. Auch wurde der Wasserverbrauch an den geprüften Standorten im gleichen Zeitraum in den vergangenen drei Jahren um vier Prozent gesenkt. Ebenfalls gute Ergebnisse für die Erneuerung des Umweltzertifikats wurden bei der Abfallvermeidung verzeichnet. So verringerte man das Gesamtabfallaufkommen im Berichtszeitraum um gut vier Prozent.

Aber auch bei ihren Produkten im Kredit- und Anlagengeschäft achtet die Stadtparkasse München darauf, dass der Umweltaspekt sinnvoll berücksichtigt wird. So spielen beispielsweise Umweltschulungen bei den Anlagenempfehlungen eine wichtige Rolle.

Trinkwasser- und Abwasseranlagen:

Gemeinden erfreut über zinslose Überbrückungskredite

Brandl: Massiver Druck auf den Freistaat hat sich ausgezahlt

Der Bayerische Gemeindetag begrüßt die Ankündigung des Freistaats, den Gemeinden und Städten in einer einmaligen und befristeten Aktion ab 6. September 2004 zinslose Überbrückungskredite für im Bau befindliche oder bereits fertig gestellte Trinkwasser- und Abwasseranlagen zu gewähren. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Damit ist der Weiterbau von dringend notwendigen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen gesichert. Unser hartnäckiges Drängen auf eine kurzfristige Finanzierungslösung hat sich gelohnt. Ich danke den Staatssekretären im Finanz- und Umweltministerium und der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag für ihren Einsatz, den Kommunen schnell und unbürokratisch zu helfen.“

Anfang des Jahres hatte der Freistaat - für die Gemeinden und Städte überraschend - kurzfristig einen Auszahlungsstopp der Fördergelder für den Bau von Trinkwasser- und Abwasseranlagen verfügt. Die betroffenen Gemeinden waren empört, da sie bereits Zuwendungsbescheide erhalten hatten und im Vertrauen auf eine zeitgerechte Auszahlung der Zu-

wendungen die Fördermittel im Haushalt berücksichtigt hatten.

Schwierige Situation

Viele Gemeinden hatten bereits die Bauarbeiten ausgeschrieben, teilweise bereits vergeben und in nicht wenigen Fällen mit dem Bau begonnen. Der verhängte Förderstopp hatte zahlreiche Gemeinden bereits in eine schwierige finanzielle Situation gebracht, weil ihnen eine weitere Kreditaufnahme wegen der angespannten Haushaltssituation nicht mehr möglich war.

Gemeindetagspräsident Uwe

Brandl hat zusammen mit Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium), Staatssekretär Franz Meyer (Finanzministerium) und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag Markus Sackmann in intensiven Verhandlungen den jetzt gefundenen Kompromiss erreicht.

Kompromiss

Die Bayerische Landesbank wird den betroffenen Gemeinden und Städten einmalig eine zinslose Zwischenfinanzierung mit einem Volumen von ca. 115 Mio. Euro bis zum 31. März 2005 anbieten. Danach kann die Auszahlung mit den Finanzmitteln des Doppelhaushalts 2005/2006 fortgesetzt werden. Brandl: „Es ist erfreulich, dass kurzfristige Lösungen zugunsten der Kommunen vor dem Hintergrund der drastischen Sparmaßnahmen des Freistaats noch möglich sind.“



Tümpelquelle der Tallagen bei Eschenlohe.

Bild: LfW

Gewässerschutz an der Quelle beginnen

Landesweite Übersicht über natürliche Vielfalt der Quellen veröffentlicht

Tausende Quellen im Freistaat sind in ihrem Bestand und als Lebensraum gefährdet. Darauf wies der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (LfW), Albert Göttle, hin. Er forderte dazu auf, den Schutz der empfindlichen Quellbereiche landesweit zu verstärken, die noch natürlichen Quellen zu schützen und verbaute Quellen, wo möglich, zu renaturieren.

„Quellen sind der Ursprung unserer Bäche und Flüsse, Quellschutz ist deshalb Gewässerschutz von Anfang an“, betonte Göttle. Für die Quellschutz stellt der Freistaat nun mit dem Quelltypenkatalog ein wichtiges neues Rüstzeug bereit. Er ordnet die natürliche Vielfalt bayerischer Quellen und ist Richtschnur für die Wiederherstellung naturnaher Zustände in den einzelnen Regionen.

Typenkatalog

Fast 2000 Quellen aus allen Landesteilen wurden dazu erfasst und ausgewertet. Der Typenkatalog ist Teil des Aktionsprogramms Quellen, das vom Bayerischen Umweltministerium gefördert wird. Bis 2006 sollen die Grundlagen für die landesweite Inventur der bayerischen Quellen geschaffen werden, denn viele der Zehntausende Quellen im Freistaat sind bislang kaum bekannt und erfasst.

Quellen sind die Kinderstube unserer Gewässer. Aus Quellsümpfen, Tümpeln oder aus den Klüften der Gesteine tritt dort das Grundwasser aus. Natürliche Quellen bieten einzigartige nährstoffarme Lebensräume, die im Sommer kühl und im Winter warm bleiben. „Diese Refugien brauchen besonderen Schutz, denn Quellen sind oft wertvolle Biotop- und Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten“ sagte Chri-

stopf Himmighoffen, der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz (LfU). Nach seinen Worten gefährden vor allem Verrohrungen, Drainagen, wilde Müllablagerungen und zahlreiche Nutzungen, von der Viehtränke bis zum Fischweiher, die empfindlichen Lebensräume. Die Fachleute des LfU sind am Aktionsprogramm Quellen beteiligt, das vom LfW geleitet wird. Experten des Naturschutzes, der Land- und Forstwirtschaft, der Geologie und Wasserwirtschaft aus den Verwaltungen und Verbänden arbeiten im Programm mit. Zu den Partnern zählt auch der Landesbund für Vogelschutz, der sich seit Jahren intensiv für den Schutz der Quellen einsetzt.

Verbreitungsschwerpunkte

Von den eher unscheinbaren Sickerquellen bis zu den Fallquellen der Alpen, bei denen das Quellwasser wie bei einem Wasserfall an den Felswänden hinabstürzt: 14 natürliche Quelltypen listet das neue Verzeichnis auf und bewertet den ökologischen Zustand der Quelltypen in allen Landesteilen, Karten zeigen deren Verbreitungsschwerpunkte in Bayern.

Die neue Veröffentlichung „Bayerischer Quelltypenkatalog“ kann kostenlos beim Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft bezogen werden.

4. Weidener Wasser-Workshop:

Plädoyer für ganzheitlichen Gewässerschutz

Die Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie kann nur gemeinsam gelingen, betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller in Vohenstrauß beim 4. Weidener Wasser-Workshop. Laut Müller machen Hochwasserwellen, Verschmutzungen und Fischwanderungen nicht an der Gemeindegrenze halt. Deshalb könne nur ein ganzheitlicher Gewässerschutz, wie von der Wasserrahmenrichtlinie verlangt, letztendlich erfolgreich sein.

Nach den Worten der Staatssekretärin misst Bayern der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle im Gewässerschutz bei. Die künftigen Maßnahmenprogramme können nur mit den Gewässernutzern gemeinsam entwickelt werden: „Transparenz in der staatlichen Planung schafft Vertrauen beim Bürger.“

Wasserforum Bayern als ideale Plattform

Zur aktiven Beteiligung an der Planung in Bayern hat der Freistaat bereits Ende 2002 das Wasserforum Bayern ins Leben gerufen. Müller zufolge ist dieses Wasserforum die ideale Informations-Plattform, um im Freistaat gemeinsam die Weichen für einen ganzheitlichen Gewässerschutz zu stellen.

Im Wasserforum Bayern sei das gesamte Spektrum der Interessenvertreter und Nutzer durch die Spitzen der Verbände vertreten. Zusammen mit dem Umweltministerium und der Wasserwirtschaft begleiteten unter anderem die kommunalen Spitzenverbände, Industrieverbände, Wasserdienstleister, Land- und Forstwirtschaft und die Naturschutzverbände die Umsetzung der Rahmenrichtli-

nie in Bayern. Darüber hinaus richte das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft ein Internetportal ein, um die Öffentlichkeit über alle Umsetzungsschritte zu informieren.

Vielfalt als Richtschnur

Das Ziel der Richtlinie, der „gute Zustand“, sei weit mehr als nur saubere Bäche und Seen, so Müller: „Richtschnur ist die intakte ökologische Vielfalt der Gewässerlandschaften, nicht der Einheitsbach.“ Experten der bayerischen Wasserwirtschaft überprüfen derzeit in einer ersten Bestandsaufnahme, wo die Brüsseler Zielvorgaben erreicht werden können und welche Belastungen und Nutzungen bestehen. Die Bestandsaufnahme an den bayerischen Bächen und Flüssen, den Seen und im Grundwasser ist bis Ende 2004 abgeschlossen. Bis März 2005 wird der EU-Kommission über die Ergebnisse der Bestandsaufnahme berichtet. Belastete Gewässerabschnitte werden näher unter die Lupe genommen. Mit gezielten Abhilfemaßnahmen soll dieser „gute Zustand“ nach der Richtlinie bis 2015 erreicht werden; das gilt für alle Gewässer in ganz Europa. DK

Murnauer Moos:

Dauerhafte Sicherung durch gemeinsamen Kraftakt

In einem gemeinsamen Kraftakt ist es gelungen, das Murnauer Moos als eines der größten intakten Mooregebiete Mitteleuropas auf Dauer zu erhalten. Dies betonte Umweltminister Werner Schnappauf bei dessen Besichtigung zusammen mit Landwirtschaftsminister Josef Müller im Landkreis Garmisch-Partenkirchen.

Schnappauf: „Für das Naturschutz-Großprojekt „Murnauer Moos“ haben Bund, Freistaat, Landkreis, Verbände, Bayerischer Naturschutzfonds und die Land- und Forstwirte vor Ort alle an einem Strang gezogen. So konnte ein Natur-Juwel europäischer Güte dauerhaft erhalten werden.“ Rund 15 Prozent der Gesamtkosten von 15,5 Millionen Euro stellte der Bayerische Naturschutzfonds seit 1992 zur Verfügung; drei Viertel entfielen auf den Bund; die restlichen zehn Prozent steuerte der Landkreis bei. Seit Anfang 2004 wird das Projekt als reines Landesprojekt von der Direktion für Ländlichen Entwicklung mit Zuschüssen in Höhe von 750.000 Euro für die nächsten drei Jahre fortgeführt.

Ökologische Vielfalt

Das rund 4.200 Hektar große Mooregebiet ist inzwischen Refugium für 164 bedrohte Tier- und Pflanzenarten und das reichste Brutvogelbiotop in Süddeutschland: Großer Brachvogel, Wachtelkönig, Raubwürger, Schlangenanler und Schwarzmilan ziehen hier ihren Nachwuchs auf. Schnappauf: „Die ökologische Vielfalt ist auch der Verdienst der Land- und Forstwirte vor Ort, die in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden große Teile des Moores extensiv bewirtschaften. So konnten Zwergstrauchgebiete, Moorwälder, Streuwiesen und Magerrasen als ökologisch besonders wertvolle Lebensräume erhalten werden.“

Für rund 1.900 Hektar wird im Rahmen des Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramms eine naturnahe Bewirtschaftung durch freiwillige Verträge zwischen Grundeigentümern und Freisaat sichergestellt. Dafür werden jährlich 900.000 Euro ausbezahlt. „Das Geld ist exzellent angelegt. Ein intaktes Moor ist wertvoller Lebensraum und wichtiger Helfer im Klima- und Hochwasserschutz zugleich“, so der Minister weiter. Treibhausgase wie Kohlendioxid und Methan werden im Moor gebunden, zusätzlich hält es wie ein Schwamm das Wasser zurück und wirkt dadurch als Wasserspeicher bei Hochwasser. So kann beispielsweise ein Kubikmeter Torf bis 950 Liter Wasser speichern.

Richtfest am Feuchter Wasserwerk „Jägersruh“

Nach einer sechsmonatigen Bauzeit wurde im Oktober das Richtfest des Wasserwerkes Jägersruh der Feuchter Gemeindewerke GmbH (FGW) gefeiert. Voraussichtlich im Juli 2005 löst dann das neue Wasserwerk nach einer fünfmonatigen Inbetriebnahmephase das alte Werk ab.

Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige und zudem ortsnahe Wassergewinnung sicherzustellen, traf der FGW-Aufsichtsrat im Oktober 2003 die Entscheidung, das 35 Jahre alte Wasserwerk Jägersruh durch einen Neubau zu ersetzen.

Umfassendes Know-how

Am 15. April 2004 beauftragte die FGW die N-ERGIE Aktiengesellschaft als Generalunternehmer für das Projekt „Wasserwerk Jägersruh“ mit einem Auftragsvolumen von 2,3 Millionen Euro. Mit der Auftragsvergabe an N-ERGIE, die sich zur Projektabwicklung ihres

Tochterunternehmens AquaOpta GmbH bedient, nutzen die Feuchter Gemeindewerke GmbH das umfassende Know-how des regionalen Branchenführers beim Bau und Betrieb von Wasserversorgungsanlagen.

Beispielhaftes Modell

Mit dem „Feuchter Modell“ wird ein Festpreis bis zur kompletten Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Wasserwerkes garantiert. Für die FGW entfällt somit jedes Risiko von Kostensteigerungen und Nachtragsangeboten. Nach der Fertigstellung des neuen Wasserwerkes hat die AquaOpta GmbH die Option für eine Ver-



Von links nach rechts: Werner Juling, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft, Konrad Rupprecht, Bürgermeister Markt Feucht und Aufsichtsratsvorsitzender der FGW, Dr. Andreas Greving, Geschäftsführer AquaOpta GmbH, Helmut Dammer, Geschäftsführer Feuchter, Gemeindewerke GmbH (FGW).

tragsdauer bis 2014 die Betriebsführung zu übernehmen.

Neues Wasserwerk mit modernster Technik

Das Feuchter Wasserwerk wird auf der rückwärtigen Freifläche des derzeitigen Wasserwerksgebäudes errichtet. Mit Außenabmessungen von 22 x 10 Metern fällt das neue Gebäude wesentlich kompakter als das bestehende Wasserwerk aus. Das Wasser wird mit vier Brunnen aus Tiefen von bis zu 252 Metern ans Tageslicht zum Wasserwerk geleitet.

Deutliche Unterschreitung der Grenzwerte

Die installierte Technik sorgt bei nahezu allen Parametern für eine deutliche Unterschreitung der gesetzlichen Grenzwerte der Trinkwasserverordnung. Die beiden Mehrschichtfilter mit einem Durchmesser von 4 Metern und einer zylindrischen Mantelhöhe von 3,8 Metern bilden das Herzstück der Anlage. In ihnen wird beispiels-

weise Eisen und Mangan aus dem Wasser gelöst.

Schnelles Reagieren bei Störungen

Um einen sicheren Betrieb gewährleisten zu können, wird in dem neuen Werk modernste Steuerungs- und Prozessleittechnik eingesetzt. Diese Technik regelt und steuert alle Stufen der Wasseraufbereitung. Darüber hinaus wird das Wasserwerk an das zentrale Leitsystem der Feuchter Gemeindewerke GmbH und die Leitwarte der AquaOpta GmbH angeschlossen, um bei Störungen schnell reagieren zu können.

Trinkwasserabnahme wird steigen

Die Feuchter Gemeindewerke GmbH lieferten im Jahre 2003 etwa 750.000 Kubikmeter Trinkwasser an rund 14.000 Einwohner. Aufgrund steigender Bevölkerungszahlen wird mit einem künftigen Wasserbedarf von ca. 825.000 Kubikmeter pro Jahr gerechnet.

Grundwasserqualität in Bayern:

Gefährdung durch Unkrautvernichtungsmittel

Bayerisches Landesamt für Wasserwirtschaft weist vermehrt Dichlorbenzamid als Abbauprodukt von Dichlobenil im Grund- und Trinkwasser nach

Seit einiger Zeit haben die Experten des bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft das Pflanzenschutzmittel Dichlobenil im Visier. Immer häufiger lässt sich dessen Abbauprodukt Dichlorbenzamid im Wasser nachweisen, obwohl die Zulassung von Dichlobenil seit drei Jahren ruht. Vor allem Schwaben ist betroffen, dort sind erhöhte Werte auch in Wasserversorgungen nachweisbar. Die ersten betroffenen Wasserversorger reagieren bereits und

planen die Nachrüstung ihrer Anlagen mit einer Aktivkohlefilterstufe, falls die Belastungen im Grund- und Trinkwasser in den nächsten Jahren nicht zurück gehen sollten.

Unkrautvernichtungsmittel mit dem Wirkstoff „Dichlobenil“ (2,6-Dichlorbenzonnitril) wurden vor allem im Grünland zur Ampferbekämpfung eingesetzt, aber auch im Gartenbau, von Hobbygärtnern und Kommunen. Weitere Anwendungsgebiete waren die Unkrautbekämpfung im Obst- und Weinbau sowie im Forst. Dichlobenil war zum Beispiel unter den Handelsnamen Prefix, Casoron und Compo Unkrautvernichter auf dem Markt.

Unterallgäu betroffen

Der Wirkstoff Dichlobenil darf nicht in Gewässer gelangen, weil er giftig für Algen, Fische und Fischnährtiere ist. Er wird relativ rasch in eine andere Verbindung umgebaut, die dann im Gewässer nachweisbar ist. Bei dem im Grundwasser gemessenen Dichlorbenzamid handelt es sich um das Hauptabbauprodukt von Dichlobenil. Der Wirkstoff selbst kann derzeit nur von wenigen Labors gemessen werden.

Vor allem im Unterallgäu übersteigen die Gehalte des Abbauproduktes den vorsorgenden

Auenprogramm Bayern:

Hochwasser soll sich verlaufen können

Landesamt-Vizepräsident Becker bei Auenkonferenz: Schutz der Auen ist vorbeugender Hochwasserschutz

„Überschwemmungsbare Flächen verringern die Hochwassergefahr für die Unterlieger“, sagte heute Michael Becker, der Vizepräsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (LfW), bei der zweiten Auenkonferenz in Neuburg an der Donau.

Nach Beckers Darstellung sind intakte Auen ein wirksamer Schutz vor Hochwasser, weil sich dort die Fluten in der Landschaft verlaufen können, ohne Schaden anzurichten. Der Vizepräsident rief dazu auf, sich verstärkt für den Schutz und die Wiederherstellung der gewässerbegleitenden Auen und ihrer Lebensräume einzusetzen. Mit dem Auenprogramm werden dafür die Grundlagen geschaffen.

Startschuss 2002

Das Umweltministerium hatte vor zwei Jahren den Startschuss für das Programm

gegeben. Derzeit machen die Experten Inventur: Bis 2006 sollen alle Auen im Freistaat erfasst werden.

Mehr als 100 Projekte

„Auenschutz ist vorbeugender Hochwasserschutz und ein wichtiger Bestandteil des bayerischen Hochwasserschutz-Aktionsprogramms“, urteilte Becker. Mehr als 100 Projekte zur Wiederherstellung oder Verbesserung der Auen sind in den letzten Jahren in Bayern durchgeführt worden, zwischen Neuburg und Ingolstadt an der Donau läuft das derzeit größte Auenprojekt.



Auen verringern die Hochwassergefahr: Der Fluss Regen in der Oberpfalz hat beim Augusthochwasser 2002 mehr als 50 Millionen Kubikmeter Wasser in seinen Talauen bei Cham zurückgehalten. Bild: LfW

Die Fakten:

- ☞ Auen sind die natürlichen Überschwemmungsgebiete und bilden mit den Bächen und Flüssen eine Einheit. Wechselnde Wasserstände, zeitweilige Überflutungen und wechselnde Grundwasserstände schaffen besonders vielfältige und artenreiche Lebensräume. Auen zählen deshalb für den Naturschutz zu den besonders wertvollen Gebieten.
- ☞ Intakte Auen können Hochwasser wirksam zurückhalten und speichern, weil die Fluten ausufern können. Die gefährlichen Hochwasserscheitelspitzen werden dadurch verringert- aus Hochwasser wird „Breitwasser“.
- ☞ Erstmals wird mit dem Auenprogramm Bayern eine gründliche Inventur über den Zustand der Auen gemacht. Fachleute der Wasserwirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft und des Naturschutzes arbeiten in dem Programm unter Federführung des Landesamtes für Wasserwirtschaft zusammen. An den insgesamt 70.000 Kilometern bayerischer Bäche und Flüsse werden die Auen bis 2006 erfasst. Für knapp die Hälfte sind die Arbeiten bereits abgeschlossen.
- ☞ Bis Ende des Jahres wird eine Internetplattform erstellt. Eine Datenbank mit Auenprojekten in Bayern soll Tipps und Hilfen für Fachleute, Kommunen und Projektträger bereitstellen.
- ☞ Auen nehmen mehr als 10 Prozent der bayerischen Landesfläche ein. In der Vergangenheit wurden viele Auenflächen durch den Ausbau von Siedlungen und Straßen, durch Kiesabbau, landwirtschaftliche Nutzungen oder durch Gewässerbegradigungen beeinträchtigt. An den größeren Bächen und Flüssen sind nur noch drei Prozent völlig intakt, bei mehr als vierzig Prozent könnte dieser Zustand wieder hergestellt werden.

Trinkwassergrenzwert von 0,1 Mikrogramm (ein zehnmillionstel Gramm) je Liter Wasser.

Betroffen sind mehr als 20 Versorgungsanlagen in Schwaben. Eine akute Gesundheitsgefahr besteht aber nicht: Alle bislang ermittelten Werte für Dichlorbenzamid liegen weit unter den maximal zulässigen Gehalten, die ohne Gesundheitsgefährdung ausnahmsweise befristet zugelassen werden können.

Falls die Gehalte im Wasser nicht zurückgehen sollten, müssen sich die betroffenen Wasserversorger darauf einstellen, ihre Anlagen in den nächsten Jahren zu ergänzen, damit die Qualitätsanforderungen an das Trinkwasser auf Dauer eingehalten werden können. Mit einem speziell dafür angepassten Aktivkohlefilter kann der Stoff Dichlorbenzamid wirksam aus dem Trinkwasser entfernt werden.

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Bürgerbegehren gegen Schwimmbadschließung

Nachdem ein Gemeinderat wegen der Finanznot die Schließung eines Hallenbades beschlossen hatte, ging eine Bürgerinitiative im Wege der Klage gegen diese Entscheidung vor. Die Klage richtete sich nicht unmittelbar gegen die Haushaltssatzung der Gemeinde oder gegen den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs. Begehrt wurde allein die Rücknahme des Schließungsbeschlusses sowie die Erteilung eines Auftrags zu einem betriebswirtschaftlichen Konzept. Der Umstand, dass hierfür Haushaltsmittel bereitgestellt oder erforderlich waren, änderte zunächst nichts daran, dass die Bürgerinitiative lediglich die Offenhaltung des Hallenbades wie ein betriebswirtschaftliches Konzept hierfür erstrebte.

Allerdings war der Umstand zu berücksichtigen, dass die Schließung des Hallenbades einen wesentlichen Teil des Haushaltssicherungskonzepts der Gemeinde darstellte. So stand dem Bürgerbegehren entgegen, dass es nur einen unvollständigen Deckungsvorschlag enthielt.

Fehlende Kostenschätzung

Ein Deckungsvorschlag besteht aus zwei Elementen, nämlich aus der Kontenangabe und dem eigentlichen Deckungsvorschlag. Insoweit enthielt der vorgelegte Kostendeckungsvorschlag lediglich Angaben, wie die begehrte Maßnahme finanziert werden konnte, nämlich beispielsweise auf den geplanten Umbau eines Kulturhauses zu verzichten, den Ringbus wegfallen zu lassen und die Organisation des Bäderbetriebes zu straffen. Gänzlich fehlte es jedoch an einer bezifferten Kostenschätzung als Grundvoraussetzung eines nachvollziehbaren Kostendeckungsvorschlags.

Der Sinn des vorgeschriebenen Kostendeckungsvorschlags

ist es, den zur Unterzeichnung aufgerufenen Bürgerinnen und Bürger die unter Umständen erheblichen finanziellen Auswirkungen der begehrten Maßnahme deutlich zu machen, denn der Bürgerbescheid steht einem Beschluss des Gemeinderats gleich.

Transparente Bezifferung

Die mit dieser Form unmittelbarer Demokratie verbundene Verantwortung der Bürgerschaft setzt daher eine transparente und vertretbare Bezifferung der zu erwartenden Kosten der begehrten Maßnahme voraus. Es ist deshalb gerechtfertigt, die Angabe der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten sowie etwaiger Folgekosten (z. B. Unterhaltungskosten, Betriebskosten, Renovierungskosten usw.) zu fordern. Fehlt die Angabe der zu erwartenden Kosten oder ist sie unzureichend, ist das Bürgerbegehren unzulässig.

Zu diesem Ergebnis ist das Verwaltungsgericht Saarland im Urteil vom 24.3.2004 - 11 K 93/02 - gekommen. Dr. O.

OB-Wahl in Landshut:

Rampf neuer „Burger-Meister“

Sensationeller Sieg für den CSU-Politiker im ersten Wahlgang
Ab 1. Januar 2005 Nachfolger von Josef Deimer

Das war fürwahr eine Punktlandung: Mit exakt 50,9 Prozent der Stimmen hat Hans Rampf, CSU-Mitglied und Kandidat der Liste „Bürger für Landshut“ bereits im ersten Anlauf den Landshuter Rathaus thron erobert und wurde damit zum Nachfolger von Josef Deimer gewählt. Der neue „Burger-Meister“, wie Rampf spaßeshalber aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit genannt wird, setzte sich damit klar gegen den offiziellen Kandidaten der Christlich-Sozialen Union, Ludwig Zellner, durch. Dieser erhielt lediglich 14,8 Prozent der Stimmen. Rampf war Zellner noch bei der internen Aufstellungsversammlung der CSU unterlegen. Er hatte sich dennoch zur Kandidatur entschlossen, nachdem Landshuter Bürger 8000 Unterschriften für ihn gesammelt hatten. Für Thomas Keyßner von den Grünen stimmten 25,1 Prozent, für Gerd Steinberger von der SPD 9,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 62,0 Prozent.

Der 55-jährige Rampf, in Lärweinting (Landkreis Straubing-Bogen) aufgewachsen, ist seit knapp 25 Jahren als selbstständiger Unternehmer tätig und betreibt mehrere McDonald's Restaurants in Landshut und Umgebung. Seit 1996 ist er für die CSU Mitglied des Stadtrats, 1998 wurde er zum CSU-Fraktionsvorsitzenden als Nachfolger von Bezirkstagspräsident

Manfred Hölzlein gewählt. Mit knapp 21.000 Stimmen erreichte Rampf bei den Stadtratswahlen 2002 Platz 1 auf der Liste. Mit Abstand hatte er das beste Ergebnis aller Kandidaten eingefahren. Nach dem Bürgeraufruf „ProRampf“ zur OB-Kandidatur im April 2004 hatte der neue OB alle Parteiämter niedergelegt.

Die Arbeit von Josef Deimer

fortzusetzen, sei eine Herkulesaufgabe, die ihn reizte, betonte Rampf in einer ersten Stellungnahme. Zwar könne er optisch mit dem antiken Helden nicht mithalten, aber er wolle unter dem Motto „Bewegen und verändern“ die Stadt Landshut in eine sichere Zukunft führen. Er bekräftigte, für die kleinen Leute Ansprechpartner zu sein, dabei aber keiner Klientel nachlaufen zu wollen oder Geschenke zu verteilen. Ihm gehe es um die Sachpolitik. Ein Oberbürgermeister müsse es in der heutigen Zeit „drauf haben, dass er Sachthemen mehrheitsfähig machen kann“.

Mehr Kommunikation

Der dreifache Familienvater, dessen politisches Vorbild Ministerpräsident Edmund Stoiber ist, will den „Organismus Stadt“ wieder aktiver und attraktiver gestalten. Die Kommunikationskultur zwischen Einzelhandel, Politik und Verwaltung sei verbesserungswürdig. Straßen und Plätze sollten mitgestaltet, Aktivitäten vernetzt werden.

Kurze Informationswege

Wichtig sei es, einen Ansprechpartner zu haben, der kurze Informationswege gewährleiste. Die Innenstadt, so Rampf, lebe vom Einzelhandel, er leiste eine Menge hinsichtlich der Wirtschaftsbilanz, biete qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Dem neuen OB schwebt zudem ein gemeinsamer S-Bahn-Bau zwischen München-Landshut-Dingolfing für den Flughafen München vor, darüber

in den Vordergrund gerückt hätten. Das Geschichtsbewusstsein sei gestärkt worden. Landtagsabgeordneter Georg Winter stellte heraus, dass es gelungen sei, das Schloss in den Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums und der Schlosserverwaltung zu bekommen, mit den damit verbundenen positiven Wirkungen. Erwähnt wurde von Winter auch der Einsatz seines Vorgängers, des ehemaligen Dillinger Stimmkreisabgeordneten Staatssekretär a. d. Otto Mayer.

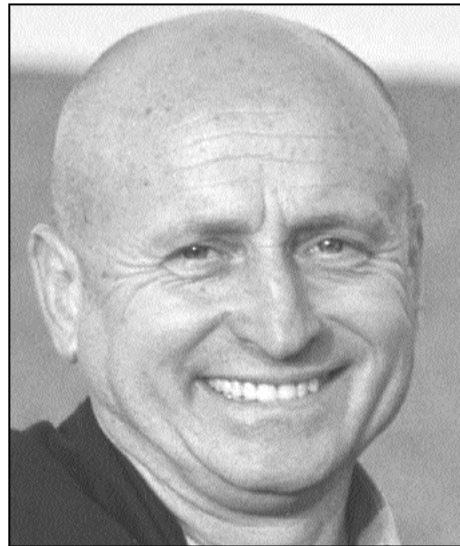
Langfristiges Konzept

Für das mit einem Aufwand von rund 20 Millionen Euro in den letzten Jahren renovierte Schloss Höchstädt kündigte Reichert ein langfristiges Ausstellungskonzept an. In Erinnerung an die folgenschwere Entscheidungsschlacht des Spanischen Erbfolgekrieges am 13. August 1704 bei Blindheim/Höchstädt wird nach dem Ende der bis zum 7. November 2004 laufenden großen Ausstellung dann im Jahr 2005 eine Dauerausstellung zu diesem blutigen Großereignis folgen. Hinzu kommen im nächsten Jahr eine von Dr. Fassel organisierte Foto-Sonderschau zum Kriegsende 1945 in Schwaben und die Ausstellung „Medien in der Kunst“, für die die Fachhochschule Augsburg zuständig sein wird.

Mahnung zum Frieden

Stellvertretende Landrätin Angela Rieder lobte den großen ehrenamtlichen Einsatz der Bevölkerung bei der Gestaltung des Gedenkjahres „1704 - 2004“ und den besonderen Rang der Aufgabe, Heimat lebenswert und liebenswert zu gestalten. Bürgermeisterin Hildegard Wanner verwies auf den Tatbestand, dass sowohl Höchstädt als auch Blindheim und Lützingen im Gedenken an die Schlacht von 1704 die Mahnung zum Frieden bewusst

hinaus eine gemeinsame Abfallwirtschaft, ein regionaler ÖPNV, eine innovative Verwaltungskonzentration für alle Planungen sowie ein gemeinsames Gesundheits- und Sozialwesen. Eine sofort zu schaffende Koor-



Der Sieger: Hans Rampf.

ordinationsstelle könne die Aktivitäten der Kultur, des Sportes, der Freizeit- und Geschäftsinteressen steuern, um ganzjährig hohe Qualität anzubieten. Der Schwaigermarkt und regionale Marktanbieter sollten sich ganzjährig im Fußgängerbereich etablieren, der Christkindmarkt solle in die Altstadt verlagert werden und mobiles Grün müsse im Altbereich ebenso erlaubt sein wie hochwertige Straßenmusik.

Wirtschaftsförderung

Rampf plädiert für eine professionelle Wirtschaftsförderung mit einem ausgewogenen Konzept für Innenstadt und Peripherie, um den Ruf Landshuts als Einkaufsstadt und als Dienstleistungszentrum zu festigen.

Da es Eltern möglich sein müsse, zwischen Erwerbstätigkeit und Familie zu entscheiden

oder beides zu vereinbaren, sei der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung und die Einbindung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen in die soziale Stadtkultur von großer Bedeutung, fährt Rampf fort: „Landshut soll eine Stadt bleiben, in der die jungen Familien gerne leben und sich wohl fühlen können - mit höchster Lebensqualität.“

Hierzu gehört auch eine Ausbildungs-offensive mit einer engen Verbindung Schule - Wirtschaft - Stadt. Die Schaffung günstigen Wohnraums für junge Familien sei stärker zu forcieren. „Betreutes Wohnen“ für Senioren und Behinderte müsse gefördert werden, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Schutz der Familie und der Kinder sei einzufordern. Vor allem aber gehe es um eine „in die tägliche Praxis umgesetzte Vorstellung vom menschlichen Zusammenleben der Landshuter Bürgerinnen und Bürger“.

Auch im kulturellen Bereich gilt es laut Rampf, Platz für neue Aktivitäten zu schaffen. Verstärkt werden müsse eine lebendige Kulturszene mit Fernwirkung sowie herausragende

Kulturreignisse auch für junge und moderne Kultur. Ihm schwebte ein breitgefächertes Angebot an kulturellen Ereignissen vor, das allen Bürgern zugute kommt.

Verkehrsfluss optimieren

In punkto Verkehr plädiert Rampf für die Verbesserung der Parkplatzsituation und die Optimierung des Verkehrsflusses - Stichwort „staufrei durch den Berufsverkehr“. Verkehrsberuhigte Zonen seien zu fördern, Alternativen zum Auto anzubieten. Hierzu sollten das Radwegenetz erweitert und Stadtbusse bedarfsorientiert eingesetzt werden. Auch sei eine sinnvolle Verkehrsanbindung für neue Wohn- und Gewerbegebiete sicherzustellen.

Beim Thema Verwaltung schließlich sei es vorrangig, ein offenes Ohr für die Anliegen der Mitarbeiter zu haben. Sie müssten direkt in Entscheidungen eingebunden werden, denn hier liege das Erfahrungspotenzial. Wichtig sei es, mehr Eigenverantwortung zu fördern. In seinem Unternehmen sei er, Rampf, stets gut damit gefahren, motivierte Mitarbeiter für höhere Aufgaben zu qualifizieren und mit Hilfe von Controlling und Budgetierungen die Ziele - Dienstleistung und Service auf die Bedürfnisse der Bürger abzustimmen - zu erreichen. **DK**

Niederbayerisches Landräte-Treffen in Deggendorf:

Soziale Lasten gerechter verteilen

Beim turnusgemäßen Treffen der niederbayerischen Landräte in Deggendorf standen die Themen Eingliederungshilfe für Behinderte, die Umsetzung von Hartz IV und die künftige Finanzsituation der Landkreise im Blickpunkt der Diskussion. Gemeinsam mit Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein und Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger forderten die neun Landräte eine gerechtere Verteilung der sozialen Lasten.

Hanns Dorfner, Vorsitzender im Verband der niederbayerischen Landräte, kritisierte den Umstand, dass die jährlichen Zuwächse bei den Sozialleistungen von sieben bis acht Prozent allein von den Kommunen geschultert werden müssten. Die Eingliederungshilfe für Behinderte, mit bayernweit 1,43 Mrd. Euro jährlich der größte Posten bei den Sozialausgaben, müsse zu gleichen Teilen auf Bund, Land und Kommunen verteilt werden. Zwar fungiere der Bezirk als Träger im sozialen Bereich, doch fordere er seine Ausgaben durch die Umlage von den Gemeinden wieder ein. Voraussichtlich, so Dorfner, werde die Umlage im kommenden Jahr um erwartete 1,5 Prozent steigen - für die Landkreise, die Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter zufolge ihrem schwierigsten Jahr entgegensehen, ein enormer Betrag.

Solidarität der Gesellschaft

Im Namen seiner Kollegen plädierte Dorfner für eine Neuregelung der Lastenverteilung, für die sich die Staatsregierung im Bundesrat stark machen solle. Dass aber auch der Bürger seinen individuellen Beitrag leisten muss, darauf verwies Manfred Hölzlein und Dr. Walter Zitzelsberger. So müssten Eltern, die es sich leisten können, für die Ausbildung ihres behinderten Kindes aufzukommen, dies auch selbst bewerkstelligen. Hölzlein: „Die Solidarität der Gesellschaft sollten nur die erfahren, die sich selbst nicht helfen können.“

Der Umsetzung von Hartz IV sehen die Landräte - zumindest was den Verwaltungsaufwand anbelangt - dagegen vergleichsweise gelassen entgegen. Im Gegensatz zu den Arbeitsagen-

turen seien die Landratsämter gut gerüstet, betonte Dorfner. Freilich sei zu erwarten, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe enorme Ausgaben zukommen. Für den Landkreis Passau schätzte Dorfner etwa 5,5 Mio. Euro, für Deggendorf etwa 3,5 Mio. Euro. Da u.a. immer noch nicht klar sei, wie viele Menschen von Hartz IV tatsächlich betroffen sind, seien diese Zahlen allerdings nur hypothetisch.

Regentalbahn

Einen positiven Niederschlag in ihren Kassen erhoffen sich die niederbayerischen Landkreise vom Verkauf der Regentalbahn. Sie waren sich darin einig, dass diese 60 Mio. Euro in Form von Zuwendungen aus München allein nach Niederbayern fließen sollten. Damit könnten etwa die in der Grenzregion ansässigen, kaum über Eigenkapital verfügenden Unternehmen unterstützt werden.

Zauberwort Konnexität

Stichwort schulische Ganztagsbetreuung: Auch in diesem Punkt erwarten die Landräte klare Signale aus der Landeshauptstadt. Da die Landkreise die Voraussetzungen geschaffen hätten, müsse der Freistaat nunmehr für die Mehrkosten bei der Schülerbeförderung aufkommen. Das Zauberwort heiße Konnexität, so Dorfner.

Was für die Städte bereits zutrifft - sie sehen durch steigende Einnahmen vor allem aus der Gewerbesteuer bereits Licht am Horizont - scheint für die Landkreise indes noch in weiter Ferne zu sein. Bernreiter mutmaßte, dass sich dieser Umbruch wohl erst frühestens 2006 bemerkbar machen werde. **DK**



Beim 33. Schwäbischen Heimattag im Schloss Höchstädt gab es viel Anerkennung für den vielseitigen und erfolgreichen Einsatz des schwäbischen Heimatpflegers (von rechts): Professor Dr. Walter Pötzl (Kreisheimatpfleger des Landkreises Augsburg), Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassel, Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, stellvertretende Landrätin Angela Rieder, Professor Dr. Ferdinand Kramer, Bürgermeisterin Hildegard Wanner, der Dillinger Kreisheimatpfleger Alois Sailer, Benedikt Rösner vom Musikverein „Donauklang“ (der den Heimatpflegern einen musikalischen Gruß entbot), der Geschäftsführer des Schwäbischen Heimattages, Uli Braun, Landtagsabgeordneter Georg Winter.

Bild: -jdt-

Schwäbischer Heimattag:

Vielseitiger Einsatz für Heimat und Kultur

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert würdigte beispielhaftes Engagement

Höchstädt (jdt). Den großen und vielseitigen Einsatz der Heimatpfleger für die Sicherung der Kultur im umfassenden Sinne würdigte mit hoher Anerkennung Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert beim 33. Schwäbischen Heimattag im Schloss Höchstädt. Von den 45 Stadt- und Kreisheimatpflegern im Regierungsbezirk Schwaben und ihren vielen Verbündeten in den Kommunen und in zahlreichen Vereinigungen werden, so wurde von den Repräsentanten des öffentlichen Lebens bestätigt, viel Idealismus investiert.

Dem schwäbischen Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassel ist es ein besonderes Anliegen, auch jüngere heimatverbundene Frauen und Männer vermehrt für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen. Hier biete sich eine vielfältige Chance, unter anderem in Arbeitskreisen und historischen Vereinen: „Das ist nicht nur etwas sehr Interessantes für ältere Leute“.

Stadtführungen

Die Stadtführungen zum Auftakt übernahmen in der geschichtsträchtigen Donaustadt der Höchststädter Stadtheimatpfleger Georg Strobl und der Dillinger Kreisheimatpfleger Alois Sailer.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der Geschäftsführer des Schwäbischen Heimattages,

der Memminger Heimatpfleger Uli Braun, im Rittersaal des Schlosses, diese zentrale Veranstaltung müsse bestehen bleiben.

Dank und Gedenken

Der Höchststädter Bürgermeisterin Hildegard Wanner, der Stadt und der Schlosserverwaltung Bayerns galt ein besonderer Dank für die großzügige Gastfreundschaft. Braun kündigte seinen Abschied von der Aufgabe des Geschäftsführers nach langjähriger Tätigkeit an. Ein ehrendes Gedenken galt dem wenige Tage vorher gestorbenen langjährigen Unterallgäuer Kreisheimatpfleger Hermann Zeller. Er habe Großes geleistet.

Bezirkstagspräsident Reichert hob die Bedeutung der Ausstel-

Bad Reichenhall:

Feuer der Geschichte weitertragen

2005 steht im Zeichen des Salzes - 36 Ideen für einen wirtschaftlichen Aufschwung

Die Stadt Bad Reichenhall stellt das Jahr 2005 unter das Thema „Salz und Sole“ und entdeckt damit wieder ihr großes Erbe. Trägt doch der Stadtname - frei übersetzt soviel wie „das Bad mit dem Salzreichtum“ das keltische Wort „Hall“, Salz, in sich. Und tatsächlich verhalten die Solequellen dem nahen Erzbischof Salzburg ebenso wie bayerischen Fürstentümern und den Reichenhaller Salzherren zu enormen Reichtum. Noch heute zeugen Kirchen und Burgen von dieser Zeit. Auch im 21. Jahrhundert könnte das „weiße Gold“ dem Staatsbad wieder zu einer Initialzündung verhelfen. Das hat sich die Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain zum Ziel gesetzt und 180 Vermieter, Stadträte, Ärzte und Entscheidungsträger aus der Wirtschaft geladen und ein großes Paket an „salzigen Ideen“ aufgemacht.

Auf 12 großen Stellwänden skizzierte Kurdirektorin Gabriella Squarra 36 „Salzthemen“ die sie auch gleich mit den dazugehörigen Verantwortlichkeiten und Arbeitskreisen versah.

„Salzthemen“

Der Reigen reichte von Ausstellungen, Theater- und Märchenaufführungen, Entschlackungskuren, künstlerischen Skulpturen, Bildergalerien bis hin zu einem Kochbuch und Wanderungen auf alten Solewegen. Medizinische und gesundheitliche Vorzüge der Sole soll eine

Studie von Priv. Doz. Dr. Rainer Willy Hauck, Prof. Dr. Wolfgang Petro und Dr. Johannes Kerschle belegen.

Trink-Sole-Studie

Eine eigene Trink-Sole-Studie von Heilpraktikerin Petra Scheller, Dr. Florian Gierl und Dr. Tilman Fritsch soll den Nachweis über die gesundheitsfördernde Wirkung führen. Als Höhepunkt des „Solejahres“ ist für den Juli 2005 ein zweiwöchiges Festprogramm vorgesehen.

Die Eröffnung der Ruper-

therme, die sich ebenfalls ganz der Sole verschrieben hat, setzt im März 2005 einen herausragenden Anfang für das „Jahr des Salzes und der Sole“ in Bad Reichenhall. Auch auf Seiten der Hotellerie hat die Vereinigung der „Salzhotels“ einen Weg der Vermarktung ebnen und mit dem Slogan „In Tradition mit Wasser und Salz“ das Thema des Salzjahres 2005 bereits früh vorweg genommen.

Gesundheitstourismus

Gabriella Squarra setzt mit den traditionellen Stärken Bad Reichenhalls auf einen Gesundheitstourismus, dem Experten für die nächsten Jahre einen hervorragenden Markt bescheinigen. Als großer Förderer für das Salzjahr bringt sich das Unternehmen Südsalz, zu dessen Vermögen auch die Saline in Bad Reichenhall zählt, in einem noch nie gekannten Ausmaß ein. „Das beruht auf Gegenseitigkeit“, beteuert Gabriella Squarra. „Wir haben uns dem Thema Salz in Bad Reichenhall

nie in ausreichendem Maße angenommen und so hat auch die Saline keinen Handlungsbedarf gesehen.“

Aufbruchstimmung

Der Marketingleiter der Südsalz, Lars Greve aus München, erkennt für beide Seiten eine wertvolle Wechselbeziehung. „Andere Unternehmen müssen sich für viel Geld eine Legende, eine Identität schaffen und für noch mal soviel Geld damit ihr Produkt vermarkten. Wir haben hier eine jahrtausend alte Kultur, eine herrliche Alpenlandschaft, eine Saline als europäisches Kulturgut und bis heute „im Schoß der Erde“ reine Sole, die dort seit Tausenden von Jahren ruht, hermetisch abgeschlossen von jeglichen Umwelteinflüssen.“ Greve denkt auch an das nur 24 Kilometer entfernte Berchtesgaden, so dass die Region insgesamt auch mit seiner Salzgeschichte erlebbar wird.

Die von der Kur-GmbH vorgelegten Ideen und Konzepte sorgten für eine Aufbruchstimmung. Vielleicht gelingt es in Bad Reichenhall, die „Glut in der Asche der Geschichte zu entfachen“. Die Voraussetzungen dafür scheinen günstig.

Gerd Spranger



Verleihung des Oberbayerischen Kulturpreises 2004. Von links: Laudator Klaus Jörg Schönmetzler, die Bildhauerin Erika Maria Lankes, Bezirkspräsident Franz Jungwirth, Schriftstellerin Ruth Rehmann, sowie Laudator Hans Krieger.

Oberbayerischer Kulturpreis:

Auszeichnung für Lankes und Rehmann

Die Bildhauerin Erika Maria Lankes aus Stephanskirchen bei Rosenheim und die Schriftstellerin Ruth Rehmann aus Trostberg sind mit dem Oberbayerischen Kulturpreis 2004 des Bezirks Oberbayern geehrt worden. Bezirkspräsident Franz Jungwirth überreichte ihnen die Auszeichnung im Rahmen eines Festaktes am vergangenen Wochenende im Kleinen Theater Haar bei München.

Denkmal gesetzt

Jungwirth hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass sich beide Künstlerinnen in besonderem Maß um die Kultur Oberbayerns verdient gemacht hätten. Ihr Wirken bereichere das hiesige Kulturleben in besonderem Maße. Der Kulturpreis solle daher auch als Dank des Bezirks an die beiden Frauen verstanden werden, die jede auf ihre Weise „der Region und ihren Menschen ein Denkmal gesetzt haben“, sagte Jungwirth. Die höchste kulturelle Auszeichnung des Bezirks Oberbayern, die seit 1980 verliehen wird und mit jeweils 5.200 Euro dotiert ist, ging in diesem Jahr zum ersten Mal an zwei Frauen.

Unmittelbare Zuwendung

Als eine der „wichtigsten Plastikerinnen Bayerns und eine Wegbereiterin des neuen, zukunfts zugewandten Realismus“ bezeichnete der Kulturreferent des Landkreises Rosenheim, Klaus Jörg Schönmetzler, die Künstlerin Erika Maria Lankes in seiner Laudatio. In seiner Würdigung beschrieb er Lankes als sensible Künstlerin, die sich mit ihren Arbeiten ganz unmittelbar den Menschen zuwendet und vor allem die kleinen Leute in den Mittelpunkt ihres Wirkens stellt. Gleichzeitig erinnerte er auch an die enge Symbiose mit ihrem Mann, dem Maler und Bildhauer Franz Lankes, der erst vor knapp einem Jahr verstorben ist.

Deutsche Geschichte

In seiner Laudatio auf Ruth Rehmann ging der Lyriker und Publizist Hans Krieger auf die vielseitige und engagierte Autorin ein, die sich in ihren Werken immer wieder mit den Menschen im Chiemgau beschäftigt hat, das seit rund 50 Jahren ihre Heimat ist.

„Wir verdanken diesem Prozess des Ein- und Abtauchens ins Bayerische ganz wunderbare Literatur“, sagte Krieger. Zugleich wies er darauf hin, dass Rehmann sich wiederholt mit den großen Themen der deutschen Geschichte auseinandergesetzt hat, sei es mit der deutschen Nazi-Vergangenheit

oder mit dem Fall der Mauer.

Eine Ausstellung mit Werken von Erika Maria Lankes ist bis zum 31. Oktober im Kleinen Theater Haar, Leibstr. 72, zu sehen.

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Projekt CLARA@eu:

EU-Osterweiterung mit Leben erfüllen

Gemeinsam mit sechs weiteren Projektpartnern hat sich die Regierung von Oberfranken der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Behörden und Institutionen der öffentlichen Verwaltung in den Regionen Oberfranken, Karlsbad, Chemnitz sowie in der nördlichen Oberpfalz und in Ostthüringen angenommen und das Projekt CLARA@eu auf den Weg gebracht. Im Rahmen eines Treffens der Führungsspitzen aller beteiligten Projektpartner wurde das Projekt nun vorgestellt.

Zwischen der Regierung von Oberfranken und der Region Karlovy Vary gibt es bereits seit mehreren Jahren gute Kontakte; in diese Kontakte sind auch Vertreter von Kommunen eingebunden. Gleiches gilt für Kontakte zwischen dem Regierungspräsidium Chemnitz und der Region Karlsbad. Laut Regierungspräsident Hans Angerer „ist es das Kernziel des Projekts, die EU-Osterweiterung mit Leben zu erfüllen. Unter Nutzung unserer gegenseitigen guten Kontakte soll die Integration der Regionen weiter entwickelt werden. Dies bringt den insgesamt 3,3 Mio. Einwohnern der beteiligten Regionen unmittelbare Vorteile in nahezu allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen“.

Zielgruppen und Inhalte

Das Projekt richtet sich an alle Institutionen der öffentlichen Verwaltung, also auch an alle Institutionen der kommunalen Selbstverwaltungen. Alleine seitens der allgemeinen staatlichen und kommunalen Verwaltungen werden in den drei Regionen ca. 420 Behörden angesprochen, um sich aktiv an dem Projekt zu beteiligen. Hinzu kommen Fachbehörden der verschiedenen Sektoren und Ebenen.

Inhaltlich sollen bevorzugt die Sektoren abgedeckt werden, die im Zuge der Vorbereitung des Projekts als besonders relevant für die Regionen identifiziert wurden: Verkehr, Gesundheit/Tourismus, Umweltschutz, Katastrophen-/Zivilschutz, Raumordnung/Regionalplanung, Bürgernahe Verwaltung, Jugend/Bildung/Kultur.

Das Projekt wird Mitarbeiter aller Ebenen und Sektoren der beteiligten Behörden zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit motivieren. Dazu wird eine mehrstufige Aktionskette (Kick-off-Kongress, Workshops, Ab-

ordnungen, Arbeitskreise) für die Mitarbeiter der einzelnen Handlungsspektoren durchlaufen werden. Die geknüpften Kontakte werden sich also im Laufe des Projekts zunehmend verfestigen. CLARA@eu wird auch eine Plattform für reale und virtuelle Begegnungen interessierter Menschen in den Regionen liefern; diese Begegnungen bilden die zukünftige Basis für eine grenzüberschreitende Integration der Regionen auf allen Ebenen.

Parallel zur konkreten Arbeit in den Workshops und Arbeitskreisen soll eine wissenschaftliche Begleitung des Projekts voraussichtlich durch die TU Chemnitz, die Universität Bayreuth und die Universität Pilsen (Außenstelle Cheb) erfolgen, um u.a. die Aktionen des Projekts zu evaluieren und zu dokumentieren.

Als fachspezifische Ergebnisse werden Lösungsstrategien zu grenzüberschreitenden Fragestellungen aller relevanten Bereiche erwartet. Die installierten Arbeitskreise werden nachhaltig auch nach Beendigung von CLARA@eu weiter an der Erarbeitung solcher Strategien arbeiten.

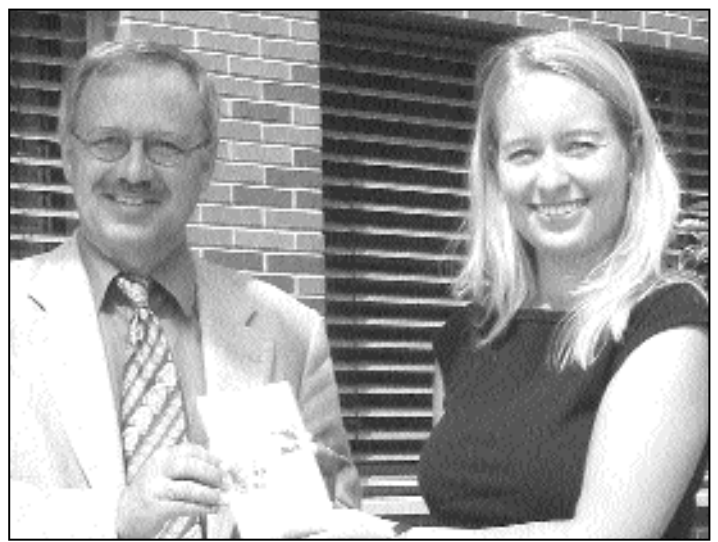
Darüber hinaus werden folgende allgemeine Ergebnisse und Auswirkungen des Projekts erwartet:

• Aufbau einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses für die Lösungsansätze und Verfahrensstrategien in den teilnehmenden Regionen

• Abbau von Berührungspunkten zwischen Institutionen in den Mitglieds- und Kandidatenländern

• Stärkung der Eigenverantwortung der beteiligten Institutionen im Kontext der geltenden Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Verwaltungsverfahren

• Förderung der Bereitschaft, individuelles Wissen durch Bereitstellung für Andere besonders wertvoll zu machen. DK



Auch Landrat Hubert Hafner freut sich, dass es mit dem Wanderführer gelungen ist, kompakt und dennoch flächendeckend die vielseitigen Wandermöglichkeiten für Einheimische wie für Gäste in der Region darzustellen. Text und Bild: Hans Joas

Landkreis Günzburg:

Mit neuem Wanderführer auf Entdeckungstour

Wandern, Walken, Wohlfühlen - quer durch den Landkreis Günzburg -, Wanderschuhe an und Rucksack gepackt ... denn der handliche Wanderführer mit 16 ausgewählten Wanderrouten quer durch den Landkreis Günzburg ist da! Wandern liegt im Trend und die Nachfrage nach Wandertouren steigt. Wandern wird in den letzten Jahren als Freizeitaktivität wieder neu entdeckt, denn Wandern ist weit mehr als nur Fortbewegung: Es ist gesundheitsfördernd sowie entspannend und wohltuend für Körper, Geist und Seele zugleich.

Der Wanderführer mit dem Titel „Wandern - Walken - Wohlfühlen“ - herausgegeben von der Regionalmarketing Günzburg GbR - bietet Einheimischen wie Gästen eine ideale Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen und die Naturschönheiten in intakter Landschaft zu „erwandern“. Die Rundtouren wurden unter dem Gesichtspunkt verschiedener Themen ausgewählt, so dass für jeden Geschmack etwas dabei ist.

Nordic-Walking-Touren

Für besonders Sportliche enthält die Broschüre auch sechs Nordic-Walking-Touren an den Standorten Ichenhausen und Krumbach. Auf 40 Seiten erhält man neben einer Übersichtskarte detaillierte Hinweise zu jeder Route sowie eine Kurzinfo mit Tourenablauf, Streckenlänge, Sehenswerten und ggf. Tipps für Kinder. Er ergänzt das Angebot des bereits vorhandenen Informationsmaterials zur Familien- und Kinderregion

und ist insbesondere zu den Radwegführern entlang Mindel, Kammel, Günz eine weitere Alternative. In einem zweiten Schritt sollen im Laufe der nächsten Monate die Wanderrouthen noch beschilbert werden, so Anja Dürrschmidt von der Regionalmarketing Günzburg GbR, die dieses Projekt betreut hat. Besonders stolz ist sie darauf, dass dieser Wanderführer durch das Engagement und die Mitarbeit vieler Personen von Wandervereinigungen und Gemeinden oder Privatpersonen entstanden ist.

Unbekannte Winkel

Anja Dürrschmidt ist sich sicher, dass jeder, der sich „auf Entdeckungstour“ begibt, den einen oder anderen bislang unbekannt Winkel des Landkreises Günzburg entdecken wird. Erhältlich ist der Wanderführer für 2 Euro bei der Regionalmarketing Günzburg GbR, An der Kapuzinermauer 1, Tel.: 08221-95140.

Kommunalpolitischer Kongress der CSU Niederbayern:

Verwaltungsreform und Staatsfinanzen

Beim Kommunalpolitischen Kongress der CSU Niederbayern in Deggendorf standen die Themen Verwaltungsreform und Staatsfinanzen im Blickpunkt der Diskussion. Bezirksvorsitzender und Staatsminister Erwin Huber erläuterte die Grundzüge der Verwaltungsreform, während Finanzstaatssekretär Franz Meyer die Teilnehmer über den Doppelhaushalt 2005/2006 und hier insbesondere den kommunalen Finanzausgleich informierte. Neben den Hauptreferenten hatten sich u.a. der stellvertretende Bezirksvorsitzende der KPV Niederbayern, Manfred Kaschel, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein und Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder im Kolpinghaus eingefunden.

Der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Verwaltungsreform, Erwin Huber, bekannte sich vor den CSU-Delegierten klar zu weitreichenden Verwaltungsreformen. Maßstab, so Huber, müsse sein, was in zehn und 20 Jahren angesichts eines raschen Wandels bestehen könne. Ziel sei es, Bayern zu einem effizienten und dynamischen Staat des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, um so der jungen Generation Perspektiven und Chancen, nicht aber Schuldenberge zu vererben. Wer ab 2006 ohne Neuverschuldung auskommen und einen zukunftsfähigen Staat schaffen wolle, komme an einer echten Reform der Verwaltung nicht vorbei, betonte der Minister. Ziel sei eine Abkehr von steigenden Personalkosten hin zu mehr Investitionen.

Erhitzte Gemüter

Aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche müssten die Gemeinden massiv sparen, erläuterte Erwin Huber. Eine der Sparmaßnahmen sei die Zusammenlegung von Ämtern und Behörden sowie die Verlegung von Behördenstandorten, die auch die Gemüter in der Region Deggendorf/Passau erhitzt.

Kämpferisch erklärte Oberbürgermeisterin Anna Eder: „Wir sind Behördenstandort und wollen und werden es auch bleiben!“ Konkrete Äußerungen zur Standortfrage kamen Huber freilich noch nicht über die Lippen, die Beschäftigten dürften aber sicher sein, dass nach sozi-

alverträglichen Lösungen gesucht werde. Abgesehen davon sei es auch zumutbar, Anfahrtswege von etwa 40 Kilometern in Kauf zu nehmen. Verglichen mit den Anforderungen in der Wirtschaft sei dies kaum erwähnenswert, betonte Huber, „zumal es ja Fahrtkostenrückerstattung gibt“.

Keine neuen Schulden

Finanzstaatssekretär Franz Meyer bekräftigte seinerseits die Entschlossenheit der Bayerischen Staatsregierung, ab dem Jahr 2006 keine neuen Schulden mehr zu machen. Schon heute zahle Bayern die wenigsten Zinsen. Bayern könne daher mehr investieren als alle anderen Länder. Die Doppelstrategie der Staatsregierung - „Sparen und Investieren“ - hat nach den Worten Meyers dazu geführt, dass Bayern mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent im ersten Halbjahr 2004 die absolute Spitzenposition in Deutschland einnimmt. Alle die glaubten, man müsse Schulden machen, um die Wirtschaft anzukurbeln, würden mit diesen Zahlen eines Besseren belehrt, erklärte Meyer.

Investitionen haben hohen Stellenwert

Trotz der Zielsetzung, 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, werden, wie der Finanzstaatssekretär versicherte, Investitionen auch im Doppelhaushalt 2005/2006 einen hohen Stellenwert haben. Die erforderlichen Mittel würden

durch Privatisierungserlöse finanziert. So sollen etwa im Doppelhaushalt 2005/2006 zusätzlich 300 Millionen Euro aus Grundstockerlösen für den ersten Teil einer Investitionsinitiative Bayern 2008 (Bildung und Infrastruktur) eingesetzt werden. Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Regentalbahn in Höhe von 60 Mio. Euro wolle man zudem weitere wirtschaftspolitische Akzente für Ostbayern setzen.

Faire Partnerschaft

Den kommunalen Finanzausgleich bezeichnete Meyer als „besten Beweis für die faire Partnerschaft des Freistaates mit den Kommunen“. Die Rahmenbedingungen für die Kommunalhaushalte seien nach wie vor problematisch. Wengleich die Gewerbesteuererinnahmen der bayerischen Gemeinden im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,5 Prozent gewachsen seien, sei es noch verfrüht, Entwarnung zu geben. Denn in den letzten Jahren hätten Steuerrückgänge und Ausgabenzuwächse zu hohen Defiziten bei den Kommunen geführt. Der mit den kommunalen Spitzenverbänden Ende Juli einvernehmlich ausgehandelte Entwurf für den kommunalen Finanzausgleich 2005/2006 sehe deshalb zur Stärkung der Kommunalhaushalte beachtliche Verbesserungen vor. Das Paket aus finanziellen und strukturellen Verbesserungen belaufe sich in der Gesamtbilanz auf ein Plus von 446 Millionen Euro. Das bedeute eine Steigerung von 9,4 Prozent.

Verbesserungen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs ist, wie Meyer hervorhob, geprägt von finanziellen und strukturellen Verbesserungen. Er verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Anhebung des Verbundsatzes beim allgemeinen Steuerverbund von 11,54 auf 11,60 Prozent, die Abschaffung der Solidarumlage in drei Schritten, die Fortsetzung der Reform des Sozialhilfeausgleichs an die Bezirke verbunden mit einer weiteren Anhebung des Sozialhilfeausgleichs auf 540 Millionen Euro und die Übernahme der Kosten für die „Kontingentflüchtlinge“ mit einem Entlastungsvolumen von etwa 60 Millionen Euro.

Schließlich plane die Staatsregierung auch keine Kürzungen bei den Fördermitteln für kommunale Investitionen. Bei Investitionen für den öffentlichen Personennahverkehr und im Bereich des Kommunalstraßenbaus und -unterhalts solle es sogar wieder mehr Finanzhilfen geben.

Der Staatssekretär betonte in seinen weiteren Ausführungen, dass selbst mit noch so deutlichen Verbesserungen auf der Einnahmenseite den Kommunen allein nicht dauerhaft wirksam geholfen werden könne. Es

der Preisvergabe an die Regierung in Usbekistan appellieren, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Menschenrechte zu respektieren.

Mut zum Risiko

Maly betonte, mit Tamara Chikunova werde eine kaum bekannte Menschenrechtskämpferin gewürdigt, deren Organi-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Alle Jahre wieder...“ Mein Chef, der Bürgermeister, sang kein verfrühtes Weihnachtslied (obwohl auch in unserem bescheidenen Städtchen schon Nikolaus in den Supermarktregalen stehen), sondern schüttelte den Kopf über einen profilineurotischen Post- und Telefon-Antrag.

Post und Telekom sind ja nun schon seit einiger Zeit und durchaus erfolgreich privatisiert. Man merkt das als Kunde, weil man nicht mehr Wochen, sondern nur noch Tage auf einen neuen Telefonanschluss warten muss. Zu Stoßzeiten werden in der Postfiliale sogar weitere „Service-desks“ geöffnet, wenn sich die Kunden in einer langen Schlange anstellen, während bei der früheren Beamtenpost die Schalter gnadenlos geschlossen wurden, egal wie viel Leute noch Briefmarken wollten. Und flexibel sind die Unternehmen auch, schaut



schäftlicher vor kommunaler Aufgabenerledigung zu lobpreisen - vornehmlich auf Gebieten, auf denen sich Private noch nicht tummeln dürfen.

Wir haben uns zwar leicht an die Serviceverbesserungen seit der Entstaatlichung von Post und Telekom gewöhnt, aber sehen deren Dienste noch immer zu stark durch die Brille der Daseinsvorsorge und beachten zu wenig das betriebs-

wirtschaftlich Sinnvolle. Dabei sind die Filialen - die früheren Postämter - das beste Beispiel, wie man wirklich überflüssigen Ballast abwerfen kann. Zugegeben, das Postamt war früher so konstitutiv für ein Gemeinwesen wie Rathaus, Kirche und Schule. Aber um die täglichen Postgeschäfte zu erledigen, braucht man keine. In Großbritannien und Irland ist es seit hundert Jahren selbstverständlich, dass in Kramerläden oder Buchhandlungen ein „post office“ Unterschlupf findet. In Österreich und Italien kauft man seit jeher die Briefmarken beim Zeitungs- und Zigarettenhändler. Warum soll das bei uns nicht vorzüglich funktionieren? Briefmarken kann man übrigens ebenso wie Geld aus einem Automaten ziehen, zu versendende Pakete bei einer Packstation abgeben oder dem Paketzusteller in die Hand drücken. Da haben sich die Zustände doch seit den Zeiten der Staatspost um einen Quantensprung verbessert.

Mein Chef, der Bürgermeister, bringt es auf den einfachen Nenner: Für ein Privatunternehmen muss sich eine Maßnahme rechnen und es rechnet sich meistens nur das, was den Kunden Vorteile bringt. Nur dann hat man Erfolg auf dem Markt. Wenn man alles beibehalten will, wie man es - gut oder schlecht - seit der Prinzregentenzeit gewohnt ist, darf man halt nicht privatisieren - wie z.B. die Wasserversorgung. Schließlich hat der Schriftsteller Salman Rushdie Recht mit seinem Satz auf dem heutigen Kalenderblatt: „Es ist erstaunlich, was man alles lernen kann, wenn man will. Jede Gewohnheit lässt sich ändern.“

Maßnahmen müssen sich rechnen

man auf die Telekom, die jetzt Münztelefone aufbaut, weil die Prognose, dass öffentliche Fernsprecher durch die Mobiltelefone überflüssig wurden, sich nicht bewahrheitet hat. Lernfähigkeit wurde mit der früheren „grauen Post“ nicht immer verbunden.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung haben manche Ratsherrn und -damen noch nicht kapiert, dass der Staat bei diesen beiden Dienstleistern nichts mehr mitzureden hat. Sie stellen eifrig Schaufensteranträge zur Postversorgung, zu Briefkästen oder zu Telefonhäuschen, die allesamt wegen Unzuständigkeit des Stadtrats abgeschmettert werden. In Pressemeldungen werden sie dann aber als Ausweis des Sich-Kümmerns verbraten.

Solch eine Kandidatin ist auch Fanny Bacher, die die von der Post verfügte Schließung einer unrentablen Filiale in einem Ortsteil zum Anlass nimmt, apokalyptische Szenen eines Zusammenbruchs der Postversorgung im ganzen westlichen Stadtgebiet auszumalen. Dieselbe Fanny Bacher, die unter dem Einfluss ihres neoliberalen Einbläusers Hajo Klein ansonsten nicht müde wird, die Segnungen privatwirt-

bedürfe vor allem auch einer spürbaren Entlastung auf der Ausgabenseite. Dies gelte zumal bei den Sozialausgaben. Insbesondere die Bezirke seien hier stark betroffen. Der Sozialhilfeausgleich an die Bezirke soll deshalb in 2005 nach dem Haushaltsentwurf um 100 Mio. Euro auf dann 540 Mio. Euro ansteigen. Obwohl dies, wie der Staatssekretär vorrechnete, ein Plus von 22,7 Prozent und im Vergleich mit 2003 sogar einen Zuwachs von 80 Prozent bedeute, könnten die Bezirke keine stabilen Umlagesätze garantieren.

Effektive Kostendämpfung

Um so dringlicher sei es, den steilen Kostenzuwachs bei der überörtlichen Sozialhilfe durch effektive Kostendämpfungsmaßnahmen abzuflachen. Die Staatsregierung habe dazu Mitte September einen Gesetzentwurf zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich beschlossen und mittlerweile im Bundesrat eingebracht. Der Gesetzentwurf enthalte beispielsweise eine Finanzkraftklausel, die es den Kommunen ermöglichen soll, bei der Gewährung von Sozialleistungen mit Wahlrechten ihre eigene Finanzsitua-

tion in ihrer Heimat von den Behörden verfolgt werde. Die 1948 geborene Chikunova setze sich „mit bewundernswertem Mut und unter hohem persönlichen Risiko für die Achtung der Menschenrechte in Usbekistan“ ein.

Die feierliche Preisverleihung findet am 25. September 2005 im Nürnberger Opernhaus statt. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. **DK**

tion mehr zu berücksichtigen. Im Bereich der Jugendhilfeleistungen strebe die bayerische Bundesratsinitiative an, künftig vermögende Eltern an den Kosten für Jugendhilfemaßnahmen zu beteiligen. Wenn die bayeri-

Landkreis Miltenberg:

Einsatzleitungen mit neuer Kommunikationsausrüstung

„Laptop und Feuerwehr: Das sind keine Gegensätze sondern bilden heute für die Sicherstellung einer effektiven Einsatzleitung bei Schadensereignissen eine unentbehrliche Einheit.“ Mit diesen Worten übergab Landrat Roland Schwing am Landratsamt Miltenberg zwei Laptops an die Unterstützungsgruppen der örtlichen Einsatzleitungen in Obernburg und Großenbach. Diese werden in den bei diesen Feuerwehren stationierten Einsatzleitfahrzeugen integriert.

Die im Wert von insgesamt 2.500 Euro erworbenen Geräte ersetzen die bisher vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellte EDV-Ausrüstung, die allerdings nicht mehr dem Stand der Technik entspricht und aufgrund von technischen Problemen erst im kommenden Jahr durch neuerwertige Kommunikationskoffer vom Freistaat ersetzt werden kann. Nachdem sich die Feuerwehren in den vergangenen Monaten mit eigenen Rechnern beholfen haben, die allerdings nicht über die künftig erforderliche Systemausrüstung verfügen, kaufte der Landkreis die beiden Geräte für die Einsatzleitung, um bei größeren Schadensereignissen auf die Vorteile der EDV zurückgreifen zu können.

Die auf den Rechnern installierten Programme verfügen über diverse Office-Anwendungen und unterstützen die Mitglieder der Unterstützungsgruppe Örtlicher Einsatzleiter (UG-ÖEL) außerdem mit Daten aus

sche Initiative Erfolg hat, können die Kommunen nach Schätzung des Finanzstaatssekretärs bundesweit rund 300 Mio. Euro bei der Sozialhilfe und rund 250 Mio. Euro bei der Jugendhilfe einsparen. **DK**

the
fabriku

Nürnberger Friedensmahl 2004

Zum dritten Mal seit 1999 fand im Historischen Rathausaal das Nürnberger Friedensmahl statt. Es dient in den Jahren zwischen der Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises als Benefizveranstaltung dazu, Spenden für Projekte der Vorjahres-Preisträger einzuwerben. Der Titel knüpft an das historische Nürnberger Friedensmahl des Jahres 1649 an, bei dem die Gegner des Dreißigjährigen Krieges ihren Friedensschluss besiegelten und Details aushandelten.

Das Friedensmahl 2002 zugunsten von Projekten von Bischof Samuel Ruiz García, Preisträger des Jahres 2001, in Chiapas/Mexiko erbrachte eine Spendensumme von über 83.000 Euro.

Setalvad und Rehman

In diesem Jahr standen die beiden Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2003, Teesta Setalvad und Ibn Abdur Rehman, und ihre Projekte in Indien und Pakistan im Mittelpunkt. Beide stellten im Interview ihre Programme, die eine nachhaltige Friedensentwicklung und Menschenrechtsbildung auf dem konfliktbeladenen indischen Subkontinent zum Ziel haben, vor und baten um Unterstützung.

Im Rahmen des Friedensmahls wurde auch über den

Preisträger des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises 2005 entschieden. Die Jury votierte für die Gründerin von „Mütter gegen Todesstrafe und Folter“, Tamara Chikunova. Sie begründete ihre Entscheidung für die Usbekin damit, dass diese sich „mit Mut und unter hohem persönlichen Risiko“ für die Achtung der Menschenrechte einsetzt.

„Mütter gegen Todesstrafe und Folter“

Tamara Chikunovas Sohn wurde im Jahr 2000 hingerichtet - nach Beschuldigungen, er hätte zwei Menschen getötet. Im selben Jahr gründete Chikunova die Organisation „Mütter gegen Todesstrafe und Folter“, die sie nach wie vor leitet. Die internationale Jury unter Vorsitz von Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) will mit

Zum 65. Geburtstag von Landrat Heinrich Frey:

Politik mit Augenmaß

Heinrich Frey, Landrat des Landkreises Starnberg, feierte am 6. Oktober seinen 65. Geburtstag. In einer Stichwahl wurde der CSU-Politiker 1996 mit überzeugenden 66 Prozent zum Landrat gewählt. Die Wählerinnen und Wähler bestätigten seine erfolgreiche Amtsführung mit der Wiederwahl im März 2002.

Der Jurist und vierfache Familienvater war von 1975 bis 1986 Leiter des Referats „Kommunaler Finanzausgleich“ im Bayerischen Finanzministerium, ehe er zur Bayerischen Landesbank wechselte und dort Leiter des Unternehmensbereiches „Kommunalkunden“ wurde.

Stationen

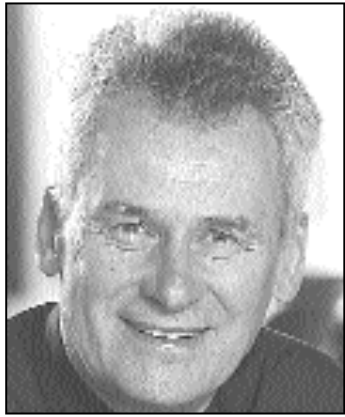
Als Sprecher der Geschäftsführung der Bayerngrund GmbH war Frey bis 1996 tätig. Im Kreistag Starnberg hatte er von 1990 bis 1996 den CSU-Fraktionsvorsitz inne. Derzeit fungiert der engagierte Landrat als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreisspar-

kasse München-Starnberg, als Vorsitzender diverser kommunaler Einrichtungen und Zweckverbände sowie sozial tätiger Organisationen.

Blickt man auf Freys bisherige „Leistungsbilanz“, so hat er es mit politischer Fairness und Weitsicht vermocht, den Wirtschaftsstandort Landkreis Starnberg nachhaltig zu stärken. Neue, angepasste Gewerbegebietsplanungen, die Gründung des Wirtschaftsforums und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie Innovationsmessen und Unternehmertage sind hierfür ein deutliches Indiz. Die ehemals selbständige Sparkasse Starnberg fusionierte 2000 mit der Kreissparkasse zur Kreis-

sparkasse München-Starnberg - damit ist sie eine der größten in Bayern.

Neben dem Vorrang für präventive Maßnahmen zugun-



Landrat Heinrich Frey.

sten der Jugend und einer Stärkung des ehrenamtlichen Engagements wurde auch die Leistungsfähigkeit des Kreiskrankenhauses erhöht. Dafür sorgten eine neue Betriebsform als GmbH sowie bauliche und medizinische Modernisierungsmaßnahmen (Neuordnung der Radiologie, Zentrum für Handchirurgie, Orthopädie-Netzwerk SPORMED). Zudem konnte während Freys Amtszeit die Ökologische Abfallwirtschaft

langfristig durch einen mehrjährigen Entsorgungsvertrag mit der Landeshauptstadt München, durch die Verwertung von Grün- und Bioabfall vor Ort sowie durch eine neue Umladestation an der Autobahn Lindau gesichert werden.

Heinrich Freys Bestreben ist es auch, Kultur und Bildung zu fördern. So hat er für die Erweiterung der Fünfseenschule gesorgt, zudem Betriebskostenzuschüsse für weiterführende Schulen genehmigt, kulturelle Projekte gezielt unterstützt und einen Landkreiskulturpreis sowie einen Kultur-Förderpreis ins Leben gerufen. Die Rückführung von Kreisumlagehebesatz und Schuldenstand verdeutlichen die solide und sparsame Haushaltswirtschaft des Landkreises. Auch hat der agile Landkreischef dafür Sorge getragen, dass das Landratsamt als Dienstleistungs- und Servicezentrum vom Kunden angenommen und geschätzt wird. Erweiterte Öffnungszeiten, eine fachkundige Beratung, eine verkürzte Bearbeitungsdauer sowie ein zentrales Projektmanagement dienen letztlich allen Bürgern.

Bei allen Erfolgsmeldungen gibt es doch einen gewaltigen Wermutstropfen, weiß Landrat Frey zu berichten: Wie nie zuvor bestimme die öffentliche Finanzmisere auch das kommunalpolitische Leben im Landkreis. Obwohl Starnberg einer Studie des

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage für Abonnementwerbung für die Zeitschrift „Reden-Berater“, Bonn, (Postvertriebskennzeichen: G 7929) bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Magazins „Focus-Money“ zufolge zu den wirtschaftlich attraktivsten Regionen gehören soll, sei er „keine Insel der Seligen“. Die schwierigen wirtschaftlichen und konjunkturellen Verhältnisse stellten die Verantwortlichen vor enorme Herausforderungen.

Schwierige Beratungen

Der Landkreis, so Frey, habe im laufenden Jahr eine außerordentlich hohe Umlage an den Bezirk Oberbayern für soziale Ausgaben abzuführen. Daher gestalteten sich die Beratungen über den Kreishaushalt 2004 sehr schwierig. Der Hebesatz der Kreisumlage sei zwar um 0,06 Prozentpunkte auf 49,26 Prozent angehoben worden, „doch muss der Landkreis 2004 aus eigener Kraft ein schweres Paket an Einsparungen schultern, verbunden mit dem hohen Risiko einer Neuverschuldung“.

Zentral wichtige Zukunftsaufgaben dürfen am Sparkurs nicht scheitern, fährt Frey fort. So sei das Klinikum Starnberg als leistungsfähiges „Regionales Gesundheitszentrum für die ganze

Familie“ weiter zu stärken. Dazu diene die Fertigstellung eines Gästehauses. Auch die anderen Krankenhausträger im Landkreis, insbesondere das weitere kommunale Fachkrankenhaus in Seefeld, hätten sich den Herausforderungen der Gesundheitsreform zu stellen.

Politik

„nahe an den Menschen“

Die Erweiterung der Berufsschule in Starnberg komme wiederum der Ausbildung der Jugend zugute. Die Schaffung moderner altengerechter Wohnungen in Form des „Betreuten Wohnens“ sei ein Schwerpunkt der Neubautätigkeit des Zweckverbandes für den sozialen Wohnungsbau. Sport und Kultur schließlich würden weiter gefördert.

Das Landratsamt als offenes Dienstleistungs- und Servicezentrum für alle entspricht dem Leitbild einer Politik „Nahe an den Menschen“, die ihre Sorgen und Belange aufgreift und ernst nimmt. Dafür steht Heinrich Frey in ganz besonderem Maße. **DK**

Vorschau auf GZ 21

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 21, die am 4. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- ◀ Kommunale Baupolitik
- ◀ Krankenhäuser, Pflegeheime, Gerontotechnik
- ◀ Handwerk